

„Kleinen Zeitung“ gefreut, daß das möglich ist, aber es ist ein Beweis dafür, daß die Schwierigkeit, die die Landwirtschaft hat, nicht in einer Behinderung durch die Sozialisten . . . (Zwischenrufe — Präsident: „Bitte keine Zwischenrufe, Herr Abgeordneter Zinkanell hat das Wort.“) Danke, Herr Präsident . . . durch die Sozialisten besteht, sondern vielmehr auf der Seite Wirtschaftsband, Handel und Gewerbe zu suchen ist. Denn wenn da nicht Schwierigkeiten wären, dann hätten wir schon mehr und früher Milchautomaten auch in der Steiermark gehabt. (Abg. Pölzl: Glauben Sie, der Wirtschaftsband ist gegen die Milchautomaten?) (Präsident: „Herr Abg. Pölzl, keine Zwiegespräche! Jeder kann sich zu Worte melden!“) Es gäbe aber zu dieser Frage noch mehr zu sagen. Ich darf nur ganz kurz auf die Schwierigkeiten der Landwirtschaft, insbesondere in unserem Bezirk Deutschlandsberg und auch im Bezirk Voitsberg im Frühjahr bei der Tbc-Bereinigung hinweisen. Sie haben sich insbesondere daraus ergeben, daß der Handel, der große Viehhandel, leider wenig Verständnis für die Nöte der Landwirte bekundet hat. Die Tbc-Bereinigung ist an sich eine notwendige Sache, aber es war nicht notwendig, daß diese Großaufkäufer im Bezirk Deutschlandsberg den Zwang zum Abverkauf des Viehs dazu mißbrauchten, sehr schlechte Preise zu zahlen. Es war keine Notwendigkeit, daß die Preise auf S 5— und im Herbst dann auf S 5'70 und so ähnliche Preise gesunken sind, und ich brauche Ihnen dazu keine näheren Ausführungen zu geben, weil Sie selber diese Schwierigkeiten kennen. Das ist jetzt gewissermaßen die zweite Gruppe von Punkten. Die eine war jene, wo wir von vornherein ziemlich gleicher Meinung sind, weil sich in sozialen Belangen die Österreichische Volkspartei unseren Auffassungen weitgehend angenähert hat. Hier bei den gewerblichen und Handelsfragen haben wir noch Schwierigkeiten, weil interne Differenzen der ÖVP noch unausgekocht sind. Echte Schwierigkeiten erwarten wir uns bei dem Bemühen, bei Preis und Produktion mehr als bisher die Klein- und Mittelbetriebe zu berücksichtigen. Nun habe ich aber auch aus der heutigen „Neuen Zeit“ mit Interesse gelesen, daß der Herr Bundeskanzler anscheinend einer alten Anregung und Forderung, notwendigen Forderung, bereits Aufmerksamkeit zuwendet, nämlich, daß man auch über die Staffellung der Milchpreis-subsvention reden könne. Ich nehme an, daß Sie auch die „Neue Zeit“ von heute bereits durchgesehen haben und auf der ersten Seite diese Meldung schon bemerkten. Wenn das stimmt, dann wird auch die Frage der Preis- und Produktionsregelung doch so gelöst werden können, daß wir mit etwas besserem Gefühl einer Assoziation mit der EWG entgegensehen können. Denn wenn das nicht der Fall wäre und sich später eine Zusammenarbeit nicht mehr aufschieben läßt, würden wir mit großer Enttäuschung die Preise in der EWG zur Kenntnis nehmen müssen. Ich habe hier eine sehr interessante Abhandlung, leider geht es zu weit, sie näher zu erörtern, und zwar eine Preiskalkulation in der EWG 1959/60 im Hinblick auf die Entwicklung bis gegen 1970. Sie zeigt, daß die Preise nicht steigen werden, sondern daß sie eher eine sinkende Tendenz haben. (Landesrat Prirsich: „Wenn das andere gleich-

bleibt!“) Wenn das „andere“? Was meinen Sie mit dem anderen? (Landesrat Prirsich: „Die anderen Preise!“) Wenn die anderen Preise gleichbleiben. Wir hoffen, daß wir uns auch in dieser Frage finden werden, weil ich glaube, daß wir uns im Interesse der Landwirtschaft finden müssen. Ich habe eingangs schon gesagt, wir können von hier aus nicht eine EWG-Agrarpolitik machen, sondern werden uns hier damit befassen müssen, den steirischen Bauern europafest zu machen. Dazu möchte ich gleich auch einen konstruktiven Beitrag in der Form bringen, daß ich anrege, man möge vom Landtag her periodisch, vielleicht zweimal im Jahr, eine Agrarenquete einberufen, zu der neben den zu delegierenden Abgeordneten der einzelnen Parteien natürlich auch die hervorragendsten Agrarfachleute des Landes oder des Bundesgebietes und andere Wirtschaftsexperten beigezogen werden müßten. Eine solche Agrarenquete hätte die Aufgabe, festzustellen, was können wir hier in der Steiermark für unsere steirischen Bauern tun, und zwar über das hinaus, was bisher bereits geleistet wird? Was kann man darüber hinaus oder was muß man darüber hinaus an Hilfe und Unterstützung vom Bund verlangen? Wie kann man die Agrarstrukturverbesserung fördern, ohne daß die Klein- und Mittelbetriebe zwischen den wirtschaftlichen Mühlsteinen zerrieben werden, und was kann man vor allem auch tun, um die Ausbildung, die nun erst richtig im Anlaufen ist, viel stärker als bisher zu intensivieren. Ich erwarte mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, von einer solchen periodischen Zusammenkunft, einer solchen Agrarenquete eine sehr fruchtbare Koordinierung und Stärkung aller Kräfte für die Landwirtschaft, zum Wohle der steirischen Landwirtschaft und letzten Endes auch der gesamten Bevölkerung. Damit hätte ich ausgesprochen (Beifall bei der SPO).

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Assmann.

**Abg. Dr. Assmann:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt mit grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die ja für uns in der nächsten Zeit besonders aktuell werden. Ich glaube, es wird insofern sehr einfach sein, über diese Probleme der EWG hier im Hohen Hause zu sprechen, nachdem ich jetzt feststellen konnte — gerade aus der Rede des Herrn Abgeordneten Zinkanell —, daß zumindest auf landwirtschaftlichem Gebiet ja schon alles versucht wird daranzusetzen, um in ihrem Bereich eine EWG-Festigkeit von kleinen Landwirtschaften usw. zu erreichen. Nun, wenn wir über dieses wirtschaftliche Problem sprechen sollen, vor dem wir stehen, ist es richtig, wenn wir uns einmal die Ausgangslage ansehen. Nach einem enormen wirtschaftlichen Aufstieg seit dem Kriegsende ist nunmehr in den letzten Jahren eine Verflachung eingetreten und im heurigen Jahr war es etwa so, daß der Anstieg in der Produktion nur etwa 2% betragen hat gegenüber früher 6%. Nun, selbst wenn es sich dabei nur um eine vorübergehende Konjunkturückentwicklung handeln sollte, ist aber letztlich doch damit zu rechnen, daß der allgemeine Trend in wirtschaft-

licher Hinsicht doch noch verhältnismäßig günstig ist, und das nicht nur für die nächsten paar Jahre, sondern, wie Fachleute das untersucht haben und geglaubt haben festzustellen, auf etwa 10 bis 20 Jahre. Der Grund hierfür, daß man einen Trend nach der Richtung hin auf so lange, also eine gute Aussicht verspricht, liegt im Zwang zur Rationalisierung, zur Automatisierung, Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven, dann selbstverständlich im Streben nach Verbesserung des Lebensstandards, und dadurch, daß die Entwicklungshilfen bei uns und auch in anderen Ländern entsprechend vorangetrieben werden. Aber natürlich wird der Aufschwung in der nächsten Zeit nicht mehr so steil sein, wie es einmal gewesen ist, darüber müssen wir uns im klaren sein, und im Zusammenhang damit werden natürlich auch gewisse Produktions- und Bedarfsverlagerungen entstehen. Es werden gewisse Zweige sich entsprechend rasch und gut entwickeln, besser als bisher, gewisse Wirtschaftszweige werden stagnieren. Nun, es wird dann auch so und so viele Wirtschaftszweige geben, die auch rückläufig sein werden. Unter diesen Aspekten zeigt die österreichische Wirtschaftsstruktur leider dadurch ein etwas ungünstiges Bild, als in Österreich gerade seit dem Kriegsende eine sehr starke Entwicklung der Grundindustrie und der Investitionsgüterindustrie stattgefunden hat. Diese beiden Industriezweige, welche seinerzeit vor dem Jahre 1938 etwa 43% ausgemacht haben an gesamtwirtschaftlichem und industriellem Umsatz, machen heute etwa 61% aus. Und dadurch, daß eben gerade in der Eisen- und in der Stahl- und Aluminiumindustrie gewisse Konjunkturverflachungen eingetreten sind, zum Teil Rückläufigkeit, wirkt sich das eben gerade für diese Investitionsgüter und Grundstoffgüter entsprechend aus.

Wir dürfen auch nicht verhehlen, daß außer den genannten Industriezweigen, wie Eisen, Stahl und Aluminium, damit im Zusammenhang auch Magnesit, irgendwie in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Förderung des Erdöls ist interessanterweise in Österreich auch etwas rückläufig und andere Schwierigkeiten sind ja bekannt, wie zum Beispiel die Finanzierungsschwierigkeiten für den weiteren Ausbau der Wasserkräfte. Weitere Schwierigkeiten haben wir heute auf dem Mühlen Sektor, bei der Sägeindustrie, zum Teil wegen Überproduktionen, Textilindustrie, Lederindustrie und Papierindustrie. Das ist ja auch bekannt, daß diese zu kämpfen haben. Wir haben allerdings glücklicherweise in Österreich auch Industriezweige, die für die nächste Zeit sehr günstige Aussichten haben werden. Leider sind diese Industriezweige in Österreich noch nicht besonders stark entwickelt. Das haben Untersuchungen ergeben, die sich auf ganz Europa erstreckt haben. Das sind vor allem Elektronik und auch die Kunststoffindustrie und vor allem die Rohstoffherzeugung in der Kunststoffindustrie. Wir selbst haben aber glücklicherweise in Österreich ja andere Zweige, existent hier, die strukturell in keiner Weise notleidend sind. Das sind verschiedene Verarbeitungsbetriebe, das ist vor allem aber auch die chemische Industrie und die Elektroindustrie selbst. Wir dürfen, wenn wir die heutigen Wirtschaftsprobleme betrachten, natürlich auch nicht verhehlen,

daß es noch diverse andere Schwierigkeiten gibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich in erster Linie von den Schwierigkeiten hier spreche, so bitte ich, das so aufzufassen, daß man eben in der Wirtschaft mit diesen Problemen und mit diesen Tatsachen sich konfrontieren muß. Daß wir andererseits die Möglichkeit hätten, auch gerade im Zusammenhang, wenn wirtschaftliche Probleme zur Debatte stehen, eine ganz entgegengesetzte Rede zu halten, das ist mir auch vollkommen klar. Ich möchte aber hier das Gegenteil machen und uns die ernstesten Probleme hier vor Augen halten. Und die ernstesten Probleme, die wir in Österreich noch haben, sind zum Beispiel zu finden in der Wohnungswirtschaft, in der Subventionswirtschaft ganz im allgemeinen gesehen, im Defizit der Bundesbahnen meinetwegen, in der Koordinierung der Energiewirtschaft und andere Probleme, die hier auch schon zur Sprache gekommen sind, wie meinetwegen der Hochschulsektor und auch, sagen wir, die Frage der Entwicklungsgebiete. Und diese ganzen schwierigen Probleme, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen nun entsprechend betrachtet und berücksichtigt werden, wenn wir vor der Frage stehen, was wir nun in der nächsten Zeit in Österreich zu tun gewillt sind. Es gibt also, grundsätzlich gesehen, zwei Möglichkeiten: das eine wäre die Integration mit der EWG, und die andere Möglichkeit, die Alternative, wäre ein bloßes Handels-Arrangement. Wir müssen uns also vor Augen halten, wie sich diese beiden Probleme für uns auswirken würden. Im Fall einer Integration Österreichs ist es so, daß wir in wirtschaftlicher und in sozialpolitischer Hinsicht entsprechend nachziehen müssen gegenüber den EWG-Staaten, die uns ja schon Wesentliches voraus haben durch ihren vor sieben Jahren erfolgten Zusammenschluß. Wir müssen uns weiters darüber im klaren sein, daß die Zölle innerhalb der EWG bereits zur Hälfte abgebaut sind und wir, wenn wir in diesem Konzert mitmachen wollen, auch entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen haben. Wir müssen uns aber vor allem über eines im klaren sein, daß, wenn wir zur EWG-Integration kommen, wir nicht zu untersuchen haben die Arbeitsplatzsicherung als solche, sondern den richtigen Einsatz der Arbeitskraft und des Kapitals. Das ist also so zu verstehen, daß es nicht richtig wäre, wenn wir versuchen würden, in defizitären und unproduktiven Betrieben den Arbeitsplatz absolut zu sichern, sondern wir hergehen müssen, Kapital und Arbeitskraft so einzusetzen, daß in diesem großen Wirtschaftsgebiet dann ein entsprechender Ertrag dabei herauskommt. Denn letztlich, meine Damen und Herren, ist es ja immerhin wichtig und von größtem Interesse, daß unsere Betriebe auch nach einer Integration über einen entsprechenden Ertrag verfügen werden, über entsprechende Gewinne, denn von diesen Gewinnen wird ja schließlich die Steuer bezahlt, die ja so wichtig für unser Budget, ob nun im Lande oder im Bunde, ist. Nun, die zweite Möglichkeit, von der ja so oft gesprochen wird, die immer wieder als mögliche Form von der einen oder anderen Seite vorgeschlagen wird, das wäre das bloße Handelsarrangement mit den einzelnen Ländern der EWG. So ein bloßes Handelsarrangement mit den EWG-Staaten würde wohl für den

Anfang vielleicht gewisse Schwierigkeiten, aber nicht in diesem Ausmaß bringen, als wir sie bei der Integration auf uns zu nehmen haben, auf Sicht gesehen, allerdings wäre es doch wohl so, daß wir an dem enormen Aufschwung, an dieser dynamischen Entwicklung der EWG-Staaten nicht entsprechenden Anteil nehmen könnten und uns ergo dessen zur Sicherung der Arbeitsplätze und darüber hinaus, um unsere Produkte verkaufen zu können, uns noch auf eine andere Seite hinzuwenden hätten. Und, meine Damen und Herren, wenn wir nun also heute uns mit dem Osten immer stärker und stärker zu verhandeln hätten in wirtschaftlicher Hinsicht, dann ist also sehr leicht vorauszusehen, daß daraus dann auch einmal eine politische Abhängigkeit werden könnte und gerade das wollen wir ja hier in Österreich auf jeden Fall vermeiden. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Leitner.)

Wenn Sie mir dazwischenreden, dann ist das schon ein Beweis dafür, daß ich recht habe, weil, wenn Sie mit mir einverstanden sind, dann bin ich schon auf der falschen Linie.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen also vor einem sehr großen wirtschaftlichen Problem für Österreich, für die gesamte Bevölkerung dieses Landes, und ich glaube, daß sich die beiden großen Parteien auch dieser Verantwortung bewußt sind, wenn sie nun ein gemeinsames wirtschaftliches Konzept zu entwickeln haben. Es ist allerdings bisher so, daß die Auffassung über ein wirtschaftliches Gesamtkonzept, die ja auf Ihrer Seite anders ist als bei uns — Sie vertreten die sozialistische Planwirtschaft (Abg. Z i n k a n e l l: „Die sozialdemokratische Planwirtschaft!“) und wir vertreten die soziale Marktwirtschaft —, das ist nun also doch ein wesentlicher Unterschied, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, in wirtschaftlichen Fragen ist es doch so, daß man in erster Linie sachlich und nüchtern die Dinge zu prüfen hat; es geht um unsere Arbeitsplätze, es geht um unseren Export, und es soll jede politische Grundsatzprüfung ausbleiben. Nachdem immerhin der Westen bewiesen hat durch die soziale Marktwirtschaft, die bei uns in Österreich zugegebenermaßen verwässert da ist, daß dort das Lebensniveau in den letzten Jahren derart enorm gestiegen ist, so möchte ich das doch als Beweis dafür nehmen, daß wir hier also das Risiko, wenn Sie so wollen, das Risiko der sozialen Marktwirtschaft auch eingehen können. Es ist doch erfreulich, wenn man weiß, daß z. B., um jetzt auf den Extrem-Fall zu kommen, in dem hochkapitalistischen Land der Welt, nämlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Arbeitnehmer nicht nur die größten Rechte hat, sondern darüber hinaus vor allem auch „der“ Konsument schlechthin ist, der den Markt bestimmt, der sich aber auch für sich entsprechend viel leisten kann, der viel kaufen kann und einen Lebensstandard hat, wie die Arbeitnehmer und wie die Bevölkerung hier in Österreich ihn sich nur wünschen könnten. Ich möchte also sagen, daß wir nunmehr so dringend wie nur etwas eine Regierung brauchen werden. Wahrscheinlich dauert die Regierungsbildung eben aus gewissen grundsätzlichen Gegensätzen der beiden Seiten doch etwas länger.

Ich wünsche mir aber, daß letztlich eine Regierung zustande kommt, in der alle einzelnen Mitglieder so an einem Strang ziehen, wie das eben nur wünschenswert ist, wenn es gilt, eine Konzeption auf lange Sicht zu machen, um damit die österreichische Wirtschaft für die Zukunft entscheidend zu beeinflussen, und ich kann nur jeden der hier anwesenden Damen und Herren im Hohen Hause ersuchen, auch irgendwie persönlich — jeder hat dazu jedenfalls die Möglichkeit —, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß dann letzten Endes eine Regierung zusammenkommt, wo einer wie der andere dieselbe Überzeugung hat in wirtschaftlicher Hinsicht und auch am selben Stricke zieht. Nun, meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt noch ganz kurz einer Frage auch zuwenden, die einige Male im Hohen Hause auch angeschnitten wurde und dann zu Zwischenrufen von beiden Seiten geführt hat, und zwar war das das Thema „die verstaatlichte Industrie“. Ich glaube, Sie wollten uns da absichtlich mißverstehen. Es wurde von uns in keiner Weise behauptet, daß wir reprivatisieren wollen. Das hat keiner der Abgeordneten hier in diesem Hause jemals erklärt, und Sie wissen auch, daß von keiner anderen Seite der Österreichischen Volkspartei eine Erklärung nach der Richtung hin abgegeben wurde. Das, was wir vielmehr wollen, ist folgendes. Wir wollen, daß, wenn diese verstaatlichte Industrie — ich darf mich nun so ausdrücken, wie ich denke —, no halt schon da ist, dann soll man sie auch, na, warum soll man nicht ehrlich sprechen, ich würde ja überhaupt auf dem Standpunkt stehen, daß wir uns dann gegenseitig viel leichter tun würden — wenn ich mich also auf diesen Standpunkt stelle, dann möchte ich sagen, das ist nun der Standpunkt der Volkspartei, daß wir eine entsprechend solide Finanzierung zu haben, das sind wir alle ja schließlich der verstaatlichten Industrie schuldig, die aufgebaut wurde seit dem Jahre 1945 und immerhin in ihrer Potenz und in ihrer Bedeutung doch etwas ganz besonders Maßgebendes in Österreich darstellt, daß nun also eine Finanzierung gefunden wird in der Form wie z. B. Volksaktien. Aber ich hoffe, daß Sie sich auch dann letzten Endes einmal zu einem Arrangement mit uns herbeilassen werden. Es soll in keiner Weise der Staat den Mehrheitsanteil an diesen Unternehmen verlieren (Abg. W u r m: „Fohnsdorf!“), aber sie sollen entsprechend finanziert werden. Nun, bitte, vielleicht mag in Ihren Reihen, meine Damen und Herren, vielfach die Auffassung bestehen, daß, wenn nun ein Betrieb einmal verstaatlicht ist, daß dann vielleicht eine gewisse Sicherheit da ist, eine gewisse Sicherheit des Arbeitsplatzes. Nun bitte, ich darf Ihnen sagen, wenn wir weiterhin entsprechend subventionieren von seiten des Budgets, wenn es in einem solchen Falle notwendig wäre, dann würde ich mich auch auf den Standpunkt stellen, ja dann ist diese Auffassung richtig. Aber wenn ich einen Betrieb nach wirtschaftlichen Überlegungen führe, dann muß ich sagen, dann ist auch der Staatsbetrieb nicht in der Lage, eine absolute Sicherheit zu bieten. Darf ich Ihnen da ein paar Zeilen vorlesen, daß es z. B. auch in anderen Ländern, wo es also auch verstaatlichte Industrie gibt, z. B. einen Arbeitnehmerabbau leider Gottes gibt. Sie werden auch so-

fort entnehmen, um welche Industriezweige es sich dabei handelt. Und zwar eine amtliche britische Erklärung beweist, daß die Verstaatlichung keineswegs ein Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen darstellt. So wurden in dem vor fünf Jahren sozialisierten britischen Kohlenbergbau seither rund 165.000 Bergleute entlassen. (Landesrat Gruber: „Gehn's, hören Sie doch mit dem Witz auf!“) Das ist kein Witz, das ist sehr traurig, wenn Arbeitnehmer irgendwo entlassen werden. (Landesrat Gruber: „Den Kohlenbergbau in einem solchen Zusammenhang darzustellen, entbehrt jeder Sachlichkeit!“) (Allgemeine unverständliche Zwischenrufe.) Wir haben Einblick bekommen, daß der verstaatlichte Betrieb noch nicht die letzte Sicherheit gibt, wie sich das vielleicht manche vorstellen. In dem Zusammenhang möchte ich noch eines erwähnen. Es wird gerade von Ihnen, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, immer wieder, und das sicherlich mit einer gewissen Berechtigung, auf die Verhältnisse in Schweden hingewiesen. Schweden ist ein sehr schönes Land, so wurde mir erzählt, und es sind sehr nette und fleißige und tüchtige Menschen dort. (Abg. Hans Brandl: „Vierzig Jahre sozialistische Regierung, das macht was aus.“) (Allgemeine Zwischenrufe.) (Landesrat Prirsch: „und die höchsten Steuern!“) Wissen Sie, was das Schöne an dieser tüchtigen Regierung ist, sie kann, wenn sie wirklich mit dem Budget nicht auskommt, sogar die Steuern erhöhen, weil dort ein ganz geringer Teil verstaatlicht ist in diesem Land, alles andere ist privat, und die zahlen immer brav und schön ihre Steuern, also so schlau sind die Sozialisten. (Allgemeine Zwischenrufe — Abg. Fellingner: „Von was leben denn die Städte, wenn was verstaatlicht ist? Von der Steuer!“) Ich wollte damit, meine Damen und Herren. (Abg. Wurm: „Als Unternehmer müßte er das wissen! Dann hätten sie nicht in Italien die ganzen E-Werke verstaatlicht, wenn alles so schlecht wäre!“ — Abg. Ing. Koch: „Das scheint die Lösung zu sein!“) Ich wollte Sie in keiner Weise provozieren. (Abg. Ing. Koch: „Der Herr Kollege Leitner wird es schon uns empfehlen, alles zu verstaatlichen, wenn das die Seligkeit ist.“) Sie brauchen sich in keiner Weise. (Abg. Wurm: „Nehmen Sie Urlaub und fahren Sie einmal nach Schweden!“) (2. Präsident: Wir kommen in unseren Beratungen rascher weiter, wenn weniger Zwischenrufe gemacht werden.“) Ich wollte Sie in keiner Weise provozieren, ich habe das nur so gemeint, daß dort eine sozialistische Regierung sitzt. Und es ist bekannt, was der schwedische Ingenieur, was der schwedische Facharbeiter, was diese Leute leisten. Das weiß ich also zu schätzen und anzuerkennen. Ich wollte aber nur hier erklären, daß, obwohl dort eine sozialistische Regierung ist, trotzdem nur ein relativ kleiner Teil der Industrie verstaatlicht ist. Ich wollte das, ohne irgendeine Polemik herauszufordern, hier nur sagen. Bevor ich nun zum Schluß komme, meine Damen und Herren, wollte ich nur ganz kurz noch über Entwicklungsgebiete im allgemeinen sprechen, und zwar deshalb, weil wir ja auch hier in unserer Heimat im Süden und im Südosten und im Osten Entwicklungsgebiete haben. Diese Entwicklungsgebiete sind ja an und für sich keine österreichische oder

keine steirische Erfindung, die gibts also auch im Burgenland, die gibts im Waldviertel, in Oberösterreich, und in der ganzen Welt sind sie bekannt als die sogenannten „underdeveloped areas“. Und es haben also alle Regierungen, Österreich genauso wie Deutschland, wie meinetwegen Belgien oder Luxemburg oder auch Frankreich oder England, genau dieselben Probleme, wie man diese Entwicklungsgebiete entsprechend wirtschaftlich nachziehen kann. Daß dazu außer einem sehr guten Konzept Geld gehört, das wird Ihnen allen, meine Damen und Herren, klar sein, und wir haben ja auch bei uns in Österreich dafür gewisse Beträge vorgesehen. Ich darf allerdings sagen, soweit ich also informiert bin — und dieses Problem studiere ich ja auch in anderen Ländern —, wird dort eher von Jahr zu Jahr in diesem Budget für die Entwicklungshilfen mehr Geld vorgesehen. Es ist nun sehr bedauerlich, wenn wir in unserem Budget weniger drinnen haben, wenngleich das also nicht die Schuld der Steiermärkischen Landesregierung oder des Steiermärkischen Landtages ist, sondern diese Mittel im Hinblick auf die Kürzung, die wir von seiten des Bundes zu erwarten haben, auch anteilmäßig bei uns gekürzt wurden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich das für absolut bedauerlich finde, denn diese unterentwickelten Gebiete sind ja nicht nur als solche zu betrachten, als geschlossene Gebiete, die für sich selbst sorgen. Nun ja, gut, man kann im Augenblick nichts helfen. Diese Gebiete sind ja irgendwie, wenn sie nicht nachgezogen werden, für das gesündere Gebiet oder zumindest bei uns in Österreich für den viel größeren Teil, eine gewisse Belastung. Denn meinetwegen, ob das jetzt nur die Bedarfszuweisungsmittel sind, die müssen also doch in irgendeinem stärkeren Ausmaß in diese Gegenden hinfließen und Subventionen anderer Art natürlich auch. Also ist das eine gesamtösterreichische Angelegenheit, und deshalb ist es besonders zu bedauern, wenn nun also im Bundesbudget dafür weniger Mittel als im vergangenen Jahr vorgesehen sind.

Grundsätzlich möchte ich noch folgendes zu dem steirischen Entwicklungsgebiet sagen: Und zwar klammere ich jetzt die Landwirtschaft aus, denn auf diesem Gebiet hat es nach meiner Meinung jetzt die größeren Erfolge gegeben im Hinblick auf Nachziehen. Wenn heute jemand vor die Frage gestellt wird, eine Neugründung zu machen, weil es dort und da die Möglichkeit gibt, Vergünstigungen usw. zu erreichen, dann geht er sich zuerst einmal die geographische Lage anschauen, und wenn er sich in Österreich die geographische Lage im Hinblick auf Entwicklungsgebiete ansieht, wird er also sehen, daß das Gebiet der Südsteiermark doch sehr, sehr weit einerseits vom Lieferanten des Rohmaterials weg liegt und auch sehr, sehr weit weg ist vom Zentrum des Konsumenten und er wird sich möglicherweise für irgendeine andere Gegend entscheiden. Es ist nicht unsere Aufgabe als steirische Landtagsabgeordnete, zu sagen, wo er dann hinzugehen hätte oder wo ich persönlich hingehen würde. Ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen, daß wir geographisch mit unserem Entwicklungsgebiet nicht sehr günstig liegen. Und da ist eigentlich nur eine Möglichkeit vorhanden, um dem, auf die Dauer gesehen.

irgendwie abzuhelpen, und das ist, daß entsprechende Verkehrsverbindungen geschaffen werden. Nun, es ist heute unter der Gruppe 6 über Straßen und Wege sehr viel gesprochen worden, das wollte ich jetzt anziehen und wollte nur sagen, daß für uns im Entwicklungsgebiet der Steiermark und überhaupt die zukünftige Autobahn nach Wien von eminenter Bedeutung ist. Vom Fremdenverkehr ganz abgesehen, besonders aber für die Wirtschaft. Und das nicht nur für die Entwicklungsgebiete. Wenn wir diese Autobahn einmal haben werden, dann könnte ich mir auch vorstellen, daß wir auch für unsere Gebiete gewisse Leute interessieren könnten. Ich möchte noch eine andere Anregung machen. Es ist nach meiner Meinung nicht damit getan oder Genüge geleistet, wenn mir jemand sagt, „du bekommst eine Subvention“ oder „du kriegst einen entsprechenden Kredit“, denn ich glaube, das sollten im allgemeinen die letzten Momente sein, die für jemand ausschlaggebend sind, irgendwo in einem Entwicklungsgebiet etwas zu beginnen, es ist viel entscheidender, was sich dann in der späteren Folge hier auf dem Steuersektor ergibt. Da gibt es z. B. in manchen Ländern folgende Regelung, daß jemand, der sehr viel exportiert, für die Erlöse aus diesem Export eine Steuerfreiheit bekommt. Das ist insofern interessant, weil wir in Österreich ja auch interessiert sind, Betriebe zu bekommen, die exportieren, denn schließlich leben wir vom Export. 51% unseres Volumens haben wir Export. Ich möchte das also als Anregung hier deponiert haben, daß man auch nach der Richtung hin noch etwas machen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde in der letzten Zeit sehr viel von den Betriebsneugründungen dort und da gesprochen und man hat es immer wieder nicht verstanden, daß so viele Dinge dann nicht zustande gekommen sind. Es hat sich dann meistens herausgestellt, daß von den vielen Interessenten so und so viele Dinge, sagen wir, nicht fundiert gewesen sind. Ich möchte sagen, daß die Subvention letztlich und ein billiger Kredit nicht den Ausschlag dafür geben dürfen oder sollen, daß man irgendwo jemand hinbekommt. Das soll nur eine zusätzliche Sache sein. Ich weiß, ich muß zum Ende kommen, ich habe von beiden Parteien bereits die Blicke gespürt und möchte somit schließen und Sie bitten, vor allem in der wirtschaftlichen Frage, in der Integration (Abg. Heidinger: „Das ist eine harte Nuß, die Integration“) . . . ja, das ist eine harte Nuß, Herr Abgeordneter, da haben Sie vollkommen recht. Aber wenn wir gemeinsam diesen Weg gehen werden, zum Wohle unseres schönen Landes, dann, glaube ich, werden wir diesen Weg auch gemeinsam durchstehen. Und deshalb der Appell an Sie, heute denen das entsprechend einzupflanzen, die heute noch nicht so ganz davon überzeugt sind, daß es richtig ist, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen (Beifall bei der OVP).

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leitner (letzter Redner).

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren! Für das Jahr 1963 fordert das Landwirtschaftsministerium eine Erhöhung der Budgetmittel für den „Grünen

Plan“ von 450 Millionen Schilling im Jahre 1962 auf 700 Millionen Schilling im Jahre 1963. Der Betrag für verbilligte Agrarinvestitionskredite soll von 735 Millionen Schilling auf 867 Millionen Schilling erhöht werden. Man erklärt, daß diese öffentlichen Mittel, die zu einem beachtlichen Teil aus den Steuern der arbeitenden Menschen stammen, dazu verwendet werden, um das Bauerntum lebensfähig und krisenfest zu erhalten. Im wesentlichen kommen aber diese Beträge direkt oder indirekt nicht den Bauern, sondern den Großagrariern zugute. Ganz besonders gilt das für die verbilligten Kredite.

Im Oktober 1962 z. B. wurden durch die ERP-Kredit-Kommission beim Landwirtschaftsministerium sogenannte verbilligte Kredite vergeben. Auf der Liste der Kreditwerber aber befanden sich nur Großgrundbesitzer. (Zwischenruf: „Schon wieder die Kolchosen!“ — Unverständliche Zwischenrufe.) Großgrundbesitzer, wie z. B. Graf Dr. Paul Esterházy mit 2,2 Millionen Schilling, Prinz Reuss mit 3,7 Millionen Schilling, ein gewisser Graf Lanckoronsky mit 15,5 Millionen Schilling, Prinz Hohenlohe-Öhringen mit 1,2 Millionen Schilling, Graf Rudolf Hoyos-Sprinzenstein mit 3,6 Millionen Schilling und Sandor Metternich mit 2,1 Millionen Schilling. (Landesrat Wegart: „Der lebt auch noch.“) Diese Liste könnte noch fortgesetzt werden. Die Kreditansuchen dieser adeligen Herren hat diese ERP-Kommission, der auch sozialistische Vertreter angehören (Unverständliche Zwischenrufe.), durchwegs bewilligt. Nur in einigen wenigen Fällen wurden einige Abstriche gemacht. Bei der Verteilung der Subventionen kommen ebenfalls in erster Linie Großagrariere, die sich in sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden und auch in einer günstigen Lage, zum Zug. Die kleineren Bauern, die kleinen und mittleren, die Bergbauern, die wirklich eine Hilfe und eine Subvention brauchen, werden dabei völlig übergangen oder bekommen bestenfalls Brosamen. (Abg. Papst: „Reden Sie doch nicht, wenn Sie nichts wissen!“) Herr Abg. Papst, vielleicht haben Sie die Möglichkeit, öffentlich aufzuzeigen, wer und aus welchem Grund Subventionen bekommen hat, damit die bäuerliche Bevölkerung und die Steuervertreter mitkontrollieren können, wie „demokratisch“ und „gerecht“ die Mittel hier verteilt werden. (Abg. Papst: „Als Kammerobmann kenne ich genau die Subventionen, da brauchen Sie uns nichts erzählen!“) Diese Bauern bekommen zum überwiegenden Großteil deswegen nichts, weil sie bereits abgeschrieben wurden, und so sieht bei uns in Österreich die Förderung aus. (Allgemeine Zwischenrufe.) Ich muß sagen, Herr Abgeordneter Zinkanell, ich vertrete da wirklich die Interessen jener Bauern, die Sie vorgeben zu vertreten. (Gelächter.) Der Herr Abg. Dr. Rainer hat seine Wut und seinen Haß gegen alles, was nur ein bisschen sozialistisch klingt. (Zwischenruf: „Er war es ja gar nicht!“) Waren Sie es oder waren Sie es nicht? Er hat eine Brille auf. (Allgemeine unverständliche Zwischenrufe.) Wir sind der Ansicht, daß mit der Benachteiligung der Klein-, Mittel- und Bergbauern zum Nutzen der Großen und auf Kosten der Allgemeinheit endlich Schluß gemacht werden muß. Durch gesetzliche Maßnahmen ist dafür zu

sorgen, daß die für die Landwirtschaft vorgesehenen Fördermittel in die Hände der bedürftigen Bauern kommen. Aus den Mitteln des „Grünen Planes“ und den sonstigen Fördermitteln sind entsprechende Beträge zur Erleichterung der Arbeit der Bäuerin, z. B. bei der Hauswasserversorgung, der Wasserleitung, bei der Mechanisierung des bäuerlichen Haushaltes usw. bereitzustellen. Die Vergebung dieser staatlichen Mittel müßte veröffentlicht werden, damit alle, die daran interessiert sind, überprüfen können, was mit ihren Steuergeldern geschieht. (Abg. P a b s t: „In der ‚Wahrheit!‘“) Im Bauernbündler oder in sonst anderen Zeitungen, aber machen müßten Sie es. (Abg. P a b s t: „Wahr ist es erst, wenn es in der ‚Wahrheit‘ steht! — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Dann haben Sie gute Gründe, wenn Sie dem Großteil der bäuerlichen Bevölkerung das vorenthalten. Beträchtliche Summen verdienen die Großagrariere auch an den Preisstützungen bei Brotgetreide, bei Milch und durch staatliche Zuschüsse bei der Verbilligung der Düngemittel- und Futtermittel, wofür insgesamt im Jahre 1962 nicht weniger als 2 Milliarden Schilling bewilligt wurden. Die Milch- und Brotgetreidepreisstützungen in der Höhe von 55 Groschen für Weizen und Roggen pro kg, das auf den Markt kommt, und 50 Groschen für jeden Liter Milch, der an eine Molkerei geliefert wird, und die Subventionen zur Verbilligung der Düngemittel- und Futtermittel sind für die Klein-, Mittel- und Bergbauern absolut berechtigt. Es ist aber nicht gerechtfertigt, daß diese Subventionen die Großagrariere, die Großgrundbesitzer, bekommen, solche wie Mayr-Melnhof, Liechtenstein usw. Zum Beispiel hat die fürstliche Familie Liechtenstein im letzten Jahr allein für Getreidestützungen 1,2 Millionen Schilling bekommen. Großagrariere können aber mit ihrem mechanisierten und rationalisierten Betrieb wesentlich billiger produzieren, als der überwiegende Großteil der kleinen und mittleren Bauern. Deshalb ist es nicht notwendig, ihnen noch zusätzliche Subventionen zu geben. Diese Mittel, wir sind nicht dafür, daß sie gestrichen werden, sollen den kleinen und mittleren Bergbauern wirklich zukommen. Entschiedene Maßnahmen müßten auch gegen die Preistreibe der Industriellen, die den großen Teil der Bauern besonders betrifft, unternommen werden. (Abg. V i n z e n z L a c k n e r: „Morgen werden wir uns darüber unterhalten!“) Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat schon darauf hingewiesen. Bei verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten; so z. B. bei Wein, Obst und Gemüse, beträgt die Differenz zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis im Durchschnitt bis zu 100% und noch mehr. Auch bei anderen Waren, z. B. bei Fleisch und Kartoffeln, sind die Handelsspannen weit überzogen. Empfindlich geschädigt werden auch die Bauern durch das ständige Ansteigen der Preise der Industriewaren. Von der Mistgabel bis zum Traktor wurde in den letzten Jahren alles teurer. Die Ursache für diese Teuerung sind die wachsenden Profite der Unternehmer und die Zwischengewinne der Großhändler, so wie dies auch Herr Abgeordneter Zinkanell angeführt hat, die sich auf Kosten der Arbeiter und der Bauern bereichern. Man hat so, wie den Arbeitern in den vergangenen letzten

Wochen und Monaten, Preissenkungen versprochen, eine Überprüfung der überhöhten Handelsspanne versprochen. (Landesrat S e b a s t i a n: „Der wirbt euch die Bauern ab. Sie werden der ÖVP die Bauern bald abgeworben haben, wenn Sie so weiterreden.“) Wenn man genügend an sie herankommen würde. (Abg. P a b s t: „Warum kommt man denn nicht heran, Herr Abgeordneter? Es ist eine Gemeinheit, wenn Sie überhaupt im hiesigen Landtag die bäuerliche Bevölkerung herausfordern, denn wir wissen alle, wie die Situation in Rußland und in den kommunistischen Staaten ist; dort gibt es kein Bauerntum und Sie reden groß von Bauern.“) Herr Abg. Pabst, ich muß sagen, alle meine Vorschläge, die ich bringe, würden wahrscheinlich vom Großteil der Bauern begrüßt werden, und sie würden sagen, wenn der Leitner auch ein Kommunist ist, aber recht hat er, und das, was er sagt, ist auch richtig. Daß wir nicht so an die Bauern herankommen, hat seinen Grund darin, weil man uns in undemokratischer Art und Weise u. a. Radio und Fernsehen in jeder Hinsicht vorenthält. (Landesrat P r i r s c h: „Überall hat die russische Regierung die Bauern liquidiert!“) Ich kann Ihnen sagen, was Sie im Zusammenhang mit der EWG vorhaben, das ist ein Bauernlegen und damit würden hunderttausende Bauern, in Österreich mindestens ein Drittel, zugrunde gehen. (Abg. Dr. P i t t e r m a n n: „Daß Sie so leichtgläubig sind!“ — Landesrat P r i r s c h: „Daß Sie sich vor der EWG so fürchten!“) Ich habe meine Aufgabe, die arbeitenden Menschen so zu vertreten, wie es mein Gewissen und meine Stellung zu meiner Klasse, zur Arbeiterklasse gebieten. (Abg. P a b s t: „Sie haben überhaupt kein Gewissen.“) Herr Abg. Pabst, ich möchte nicht Ihre Arbeit genau untersuchen, aber ich kann beweisen, daß ich alles, was ein Mensch geben kann, im Kampf für die Sicherung unseres Landes Österreich, im Kampf gegen den deutschen Faschismus, eingesetzt habe. Ob Sie das können, müssen Sie beweisen. (Abg. P a b s t: „Sie sind ein ferngelenkter Russe, sonst gar nichts.“) Sehen Sie, das ist wieder so eine Verleumdung, die Sie natürlich nicht beweisen können. Aber dem Hohen Haus werde ich bei nächster Gelegenheit, wahrscheinlich wird da nur die nächste Budgetdebatte zur Verfügung stehen, zeigen, wie die Kommunistische Partei Österreichs zur Frage Freiheit, Demokratie, den Weg Österreichs zum Sozialismus Stellung nimmt. Ich würde nur hoffen, daß Sie genauso sachlich, wie ich die Argumente anziehen werde, genauso antworten werden. (Abg. D D r. S t e p a n t s c h i t z: „Warum sagen Sie uns das nicht schon heute?“) Aber Sie werden nur plumpe Verleumdungen haben. (Abg. P a b s t: „Die russische Schandmauer und die Berliner Schandmauer ist auch noch da!“ — Allgemeine Zwischenrufe.) Die Generaldebatte ist leider vorbei. (Allgemeine Zwischenrufe.) Wissen Sie, Herr Abgeordneter, ich dachte, ich habe eine Stunde zur Verfügung. Voriges Jahr z. B. wurde die Redezeit vom Präsidenten gleich vom Anfang an beschränkt. (Landesrat P r i r s c h: „Das war ein Mißverständnis!“ — Allgemeine Zwischenrufe.) Nächstes Jahr, im Zusammenhang mit den Erfahrungen, die ich jetzt während dieser 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahre Tätigkeit im Land-

tag gemacht habe, werde ich zu diesen angeführten Fragen Stellung nehmen. Ich werde mich freuen, wenn die verschiedenen Herren, u. a. Landesrat Wegart, dazu mit sachlichen Argumenten Stellung nehmen. Ich verlange nicht, daß Sie in ideologischen Fragen nachgeben, aber bitte keine „Argumente“, die keinen Fuß und keine Hand haben. Sehen Sie, ich habe es mir gut überlegt, ich müßte schärfere Worte wählen.

**Präsident:** Herr Abg. Leitner, zur Sache!

Abg. **Leitner:** Dann müssen Sie die Abgeordneten dazu auffordern!

**Präsident:** Sie sind der Redner. (Gelächter.)

Abg. **Leitner:** Das ist, wenn man unterbrochen wird. Die Folgen der derzeitigen Agrar- und Wirtschaftspolitik für die Bauern sind aus der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung des Jahres 1960 zu ersehen. Bei dieser Zählung wurde festgestellt, daß in der Steiermark zwischen 1951 und 1960 nicht weniger als um 3144 landwirtschaftliche Betriebe weniger gezählt worden sind. Diese 3144 Betriebe wurden zum großen Teil von anderen, größeren Betrieben aufgesaugt, um deren Position zu stärken. Mit dem geplanten Anschluß an die EWG sind selbst nach Meinung des Abg. Lackner von der OVP nicht weniger als mindestens weitere 25.000 Bauernwirtschaften bedroht.

Die Politiker, die den Wirtschafts- und Agrarkurs in Österreich bestimmen, behaupten so wie auch hier im Landtag immer wieder, daß die Eingliederung Österreichs in die EWG aus agrarwirtschaftlichen Gründen notwendig und im Interesse der Bauern wäre. Das stimmt aber nicht. Wie sind die Dinge wirklich? (Unverständlicher Zwischenruf.)

In den EWG-Ländern gibt es große Agrarüberschüsse. Beachtlich sind zum Beispiel die Überschüsse an Wein, Obst und Gemüse in Italien, an Milchprodukten in Holland und an Weizen in Frankreich. Bei einer Eingliederung Österreichs in die EWG könnten diese Produkte ohne jede Begrenzung eingeführt werden. Gerade diese Länder produzieren die angeführten Waren billiger und deshalb werden die Absatzschwierigkeiten der österreichischen Bauern nicht verkleinert, sondern vergrößert werden. Es ist so, daß unsere bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe technisch noch sehr mangelhaft ausgerüstet sind. Z. B. haben nach einer Statistik in der Steiermark nur 14.000 Bauern einen Traktor und 62.000 Bauern keinen. Und so ähnlich ist es auch bei anderen Maschinen. Im steigenden Ausmaß müßten daher die Bauern ihren Beruf aufgeben, Arbeit in der Industrie suchen und schließlich würde ihnen nichts anderes übrig bleiben, als ihre Wirtschaften zu verkaufen. Selbst die Verfechter des Anschlusses an die EWG geben zu, daß es zweifellos zu „bestimmten“ Schwierigkeiten kommen würde, wobei Wein-, Obst- und Gemüsebauern beachtliche Schwierigkeiten haben würden. Sie wären die ersten, die der

ausländischen Konkurrenz zum Großteil zum Opfer fallen würden. Auch den anderen Bauern würde es nicht gut gehen. (Landesrat Wegart: „Glauben Sie, wir würden eine Politik machen, die den Leuten schadet?“)

Den Großagrariern, den Großbauern wird es nicht schaden. Und die Politik dieser Leute machen Sie ja. Ich habe an einem guten Beispiel gezeigt, daß u. a. die Großagrariere die OVP am Gängelband haben. (Unverständliche Zwischenrufe.)

So wurde z. B. in einem Bericht des „Agrarischen Informationszentrums“, das in den Händen des OVP-Bauernbundes ist, über eine Tagung der Internationalen Organisation für Ernährung und Landwirtschaft — FAO —, die im Oktober 1962 in Rom getagt hat, festgestellt, daß der Vizepräsident der EWG, Minister Mansholdt, der von mir und anderen Abgeordneten schon öfter zitiert wurde, „die Bergbauern in seinen Plänen bereits abgeschrieben hat“. In den Bericht heißt es weiter: „Minister Mansholdt ging dabei besonders auf die sogenannten Grenzbetriebe ein, nämlich die Klein- und Bergbauernbetriebe. Noch eindeutiger als bisher vertrat er den Standpunkt, daß die Bergbauernbetriebe in der Landwirtschaft der Zukunft keinen Bestand mehr hätten, sondern „aufgeforstet“ werden müßten. Über alle Einwände ging er hinweg mit der Erklärung: „Wir produzieren unten in der Ebene.“ Damit hat dieser Minister Mansholdt, der der offizielle Vertreter der EWG in landwirtschaftlichen Fragen ist, klar gesagt, was Österreich bei einem Anschluß bevorstehen würde, was die Bauernschaft betrifft. Der überwiegende Teil unserer steirischen Bergbauern müßte zugrunde gehen und auch viele andere Klein- und Mittelbauern in der Ebene. Ihnen würde allen der Garaus gemacht werden.

Unsere Bauern brauchen keine EWG. Sie brauchen vielmehr eine Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die es ihnen ermöglicht, ihre bäuerliche Existenz zu festigen und ihren Lebensabend menschlich zu verbringen. Dazu brauchen sie vor allem: 1. Maßnahmen gegen die Teuerung, 2. einen gesicherten Absatz ihrer Produkte zu anständigen Preisen durch Ausschaltung des Zwischenhandwuchers, Staffelung der Preisstützungen, freien Handel und Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern, aber keine einseitige Bindung an die EWG; weiters 3. billige Kredite und Subventionen, 4. die versprochene Krankenversicherung zu tragbaren Bedingungen, 5. Aufstockung ihrer Betriebe — der kleinen und mittleren — durch eine Bodenreform dadurch, daß ihnen, wo dies möglich ist, Herrschaftsland gegeben wird. Vielen tausenden Bauern könnte dadurch wirksam geholfen werden.

Es wäre die Pflicht des Steirischen Landtages und der Landesregierung, den steirischen Bauern in diesem Sinne zu helfen.

**Präsident:** Hohes Haus, ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr früh.

Unterbrechung der Sitzung um 1.15 Uhr.

Beginn der Sitzung: 8.25 Uhr.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scheer.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Fremdenverkehr, dargestellt durch unseren Referenten, Herrn Landesrat Wegart, hat, wie ich schon in meiner Generaldebatte ausführte, einen erfreulichen Aufschwung genommen, und wir stellen das mit besonderer Befriedigung fest, insbesondere deshalb, weil durch die besonders eingesetzten Mittel sich ein Fremdenverkehrsförderungsgesetz, das ich hier in diesem Hohen Hause immer wiederum gefordert habe, erübrigt. Ich stelle dies mit besonderer Genugtuung deshalb fest, weil wir vor etwa 3 Jahren zur Fremdenverkehrsförderung noch über 3 Millionen Schilling verfügt haben, jetzt aber der Fremdenverkehrsreferent mit seinem Stab in der Lage ist, über etwa 15 Millionen an direkten Stützungsgeldern im Fremdenverkehr zu verfügen und darüber hinaus noch ein Betrag von 10 Millionen Schilling vorhanden ist, aus dem Zinszuschüsse für Darlehen in der Höhe bis zu 10 Millionen Schilling gewährt werden können. Diese stürmische Vorwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs ist umso erfreulicher, weil wir sicher offene Türen eintreten mit der Behauptung, daß der Fremdenverkehr eine außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung, insbesondere für unser Österreich hat, und aus diesem Grunde darf ich namens unserer Fraktion besonders die Dotierung des Fremdenverkehrs herausheben und begrüßen und im übrigen hinzufügen, daß wir gerne dieser Gruppe unsere Zustimmung erteilen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hans Brandl.

**Abg. Hans Brandl:** Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Wenn die Land- und Forstwirtschaft mit ihren Problemen sowohl in der alltäglichen Politik in den Budgetberatungen als auch in den Diskussionen zur Lösung der gesamtvolkswirtschaftlichen Fragen stets im Mittelpunkt steht, so ist dies durchaus verständlich und durchaus berechtigt. Ein so wichtiger Wirtschaftszweig, der für die Ernährung des Volkes zu sorgen hat und der in den ungeheuren Umwälzungen der letzten Jahrzehnte sowie in den bevorstehenden Veränderungen der nächsten Zeit eine Strukturwandlung wie keine andere Berufsgruppe zur Kenntnis nehmen mußte, kann aus den politischen Auseinandersetzungen nicht herausgehalten werden. Technischer Fortschritt und wissenschaftliche Erkenntnisse prägen auch der Landwirtschaft jene Form auf, die mithilft und allein Aussicht hat, im kommenden harten Konkurrenzkampf eines großen Wirtschaftsraumes bestehen zu können. Dabei ist es naheliegend, daß ein Umlernen und ein Umdenken in wirtschaftlichem, sozialem als auch kulturellem Bereich eine grundsätzliche Voraussetzung ist. Ich verweise vor allem deshalb darauf, weil von dieser Umstellung und von dieser Einstellung auch die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft sehr stark betroffen sind und die alte Form vom Herrn und vom Knecht keine Daseinsberechtigung und vor allem

keine Zukunftsaussicht hat. Bei einer Jahr für Jahr ständig und konsequent fallenden Beschäftigungszahl erhöht die Landwirtschaft jedoch merklich ihre Produktion, d. h. daß pro Vollarbeitskraft von Jahr zu Jahr mehr erzeugt wird. Wer der Meinung war, daß durch den Abgang von rund 10.000 Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft in Österreich jährlich oder von rund 2000 jährlich in der Steiermark ernste Schwierigkeiten auftreten, der mußte zur Kenntnis nehmen, daß es sich hier um einen notwendigen Umschichtungsprozeß handelt, der noch lange nicht zu Ende ist. Bedauerlich an dieser Entwicklung ist, daß meist die tüchtigsten Facharbeiter abwandern, und unverständlich muß jedem noch in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten in Österreich und auch in unserem Lande Steiermark sein, daß er wohl im gesamten Land die gleichen Pflichten hat, sein Arbeitsrecht jedoch und seine Lohnverhältnisse von Bundesland zu Bundesland verschieden sind. Zum Beweis meiner Behauptung nehme ich hier den „Grünen Bericht“ und verweise auf die Lohnstatistik in diesem „Grünen Bericht“, der für 1961 eindeutig feststellt, daß in der Landwirtschaft in der Steiermark die niedrigsten Löhne in den Gutsbetrieben sind mit 1040 S für die Landarbeiter und daß auch die Landarbeiter in den bäuerlichen Betrieben in diesem Bundesland am schlechtesten, fast am schlechtesten nach Salzburg in Österreich bezahlt werden und daß der Lohn für die Landarbeiter noch immer 960 S beträgt. (Abg. Karl Lackner: „Brutto oder netto?“) Die Lohnverhältnisse sind im Jahre 1962 etwas geändert worden, jedoch hat sich die Diskrepanz zwischen den Löhnen, die uns ausgewiesen werden, durch die Gebietskrankenkassen einerseits und die für das Jahr 1961 1754 S im Durchschnitt betragen haben und für die Landwirtschaftskrankenkassen 1210 S, also ein Unterschied von 544 S, diese Diskrepanz hat sich im Laufe dieser Zeit nicht verändert. Wir müssen also feststellen, daß die Löhne der Landarbeiter in unserem Bundesland um ein Drittel niedriger sind, als die Löhne in Industrie und Gewerbe. Mit aller Deutlichkeit, mit aller Offenheit und mit aller Eindringlichkeit muß ich darüber hinaus auch noch feststellen, daß das Land Steiermark auch auf der gesetzlichen Ebene gegenüber seinen Land- und Forstarbeitern es unserer Meinung nach verabsäumt hat, rechtzeitig die erforderlichen Verbesserungen durchzuführen und daß heute die Landarbeitsordnung von Steiermark als die gesetzliche Grundlage weit schlechter ist als die Landarbeitsordnungen benachbarter Bundesländer (Landeshauptmann Krainger: „Das stimmt nicht!“), wobei ich auf Kärnten und auf Niederösterreich verweise.

Wir Sozialisten haben uns erlaubt, bereits 1961 einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Wir haben diese Verbesserungen auf der gesetzlichen Ebene für die Land- und Forstarbeiter auch in der zuständigen gesetzlichen Interessenvertretung eindeutig diskutiert. Und unserer Meinung nach hätte das zuständige Referat längst schon eine entsprechende Vorlage ausarbeiten können; es ändert nichts daran, Herr Landesrat Prirsch, wenn ich gleich vorweg sagen kann, daß anscheinend schon eine diesbezügliche Vorlage in die nächste oder heutige

Regierungssitzung kommt. Es wird mir voraussichtlich entgegengehalten werden, daß, nachdem das Landarbeitsrecht Grundsatzgesetzgebung und in weiterer Durchführung Ausführungsgesetzgebung des Landes ist, hier eine Überprüfung des Verfassungsdienstes vorgenommen werden mußte, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Überprüfung so lange dauern kann, und ich muß außerdem hier festhalten, daß wir einen Antrag eingebracht haben, der voll und ganz fertig war, wo es also auch dem zuständigen Referat sehr leicht gemacht wurde, hier rascher zu einer Erledigung zu kommen. (Landeshauptmann Krainer: „Er hat die verfassungsmäßige Deckung nicht gefunden!“)

Aber bitte, meine Damen und Herren, vielleicht darf ich überhaupt etwas zu der Stellungnahme des Verfassungsdienstes und grundsätzlich etwas zu dieser Materie sagen. Meiner Meinung nach ist diese ganze Angelegenheit sehr problematisch, denn letzten Endes muß es doch jedem vernünftig denkenden Menschen in unserem Lande klar sein, daß ein Arbeitnehmer, ein Landarbeiter oder ein Forstarbeiter in der Steiermark, in Niederösterreich oder von mir aus in Tirol die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten haben soll, daß er auch letzten Endes die gleichen Leistungen vollbringen muß, wenn auch unter verschiedenen Verhältnissen und daß wir als Sozialisten es anerkannt haben und uns auch dafür eingesetzt haben, daß ein Landwirtschaftsgesetz allgemein auf der allgemeinen Basis erstellt werden soll und daß wir nach wie vor der Meinung sind, daß auch für das Landarbeitsrecht das gleiche gelten soll, weil es in einem so kleinen Land wie in Österreich absolut nicht gerechtfertigt erscheint, daß wir neun verschiedene Landarbeitsordnungen haben, die durch die Entwicklung der letzten Jahre sehr wesentlich — das darf ich hier sagen, denn ich könnte es mit Beispielen untermauern — voneinander abweichen, und daß hier die Problematik dieser Länder-Kompetenz sehr ausführlich und sehr anschaulich zum Ausdruck kommt. Wenn Sie bedenken, sehr geehrte Damen und Herren, wie der jetzige Zustand ist, daß beispielsweise im Süden unseres Landes, in der Soboth oder irgendwo zwei Forstarbeiter, die nur das Pech haben, durch eine Landesgrenze voneinander getrennt zu sein, eine verschiedene Abfertigung erhalten und daß letzten Endes die Differenz bei dieser Abfertigung rund ausgesprochen bei 14.000 S oder 15.000 S betragen kann, dann müssen doch diese Menschen es als Unrecht empfinden, daß durch diese Landesgrenzen sie nun ein verschiedenes Arbeitsrecht haben. Ganz das gleiche gilt in der Obersteiermark, ganz das gleiche gilt an unseren Grenzen gegenüber Burgenland. (Abg. Scheer: „Jugoslawien auch?“) Das ist ganz was anderes. Und schauen Sie, meine Damen und Herren, allein aus dieser Frage heraus ergibt sich schon, wenn nun die Landesgesetzgebung ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen will, dann muß sie selbstverständlich mit den Erkenntnissen, daß man auch den Land- und Forstarbeiter zumindest in unserem Lande gleich behandeln muß, dann muß man auch jeweils nach den gegebenen Verhältnissen die soziale Besserstellung auf der gesetzlichen Ebene in diesem Lande entsprechend durchführen.

Noch ein weiteres Problem aus dieser Richtung: Wir haben bekanntlich die Landarbeiterkammerwahlen, die in diesem Jahr stattfinden sollten, deshalb verschoben, weil es Schwierigkeiten gegeben hat bei der Erstellung eines neuen Landarbeiterkammer-Gesetzes, bei der Novellierung desselben und in diesem Zusammenhang auch einer Abänderung der damit zusammenhängenden Landarbeiterkammer-Wahlordnung. Ich weiß, daß alles ist ein sehr schwieriges Problem und ist in gewisser Hinsicht auch ein heißes Eisen. Wir haben auch diesbezüglich einen entsprechenden Antrag eingebracht, und nach einem Beschluß unserer Gewerkschaft haben beide Fraktionen in der Gewerkschaft es sich erlaubt, beim Herrn Landeshauptmann in dieser Richtung vorzusprechen und ich darf hier im Hohen Hause feststellen, daß der Herr Landeshauptmann uns zugesichert hat, daß er sich für ein demokratisches Wahlrecht auch in der gesetzlichen Interessenvertretung der Land- und Forstarbeiter, in der Landarbeiterkammer, einsetzen wird. Ich hoffe also, daß im nächsten Jahr, im Jahr 1963, rechtzeitig die Beratungen darüber beginnen werden und daß man nun auch in dieser Interessenvertretung, in der Landarbeiterkammer, dafür sorgt, daß nach demokratischen Prinzipien es jedem Wähler möglich ist, seine Stimme so abzugeben, daß wirklich die Grundsätze des freien und des geheimen Wahlrechtes gesichert bleiben. Es gibt in dieser Landarbeiterkammer-Wahlordnung noch einige andere reformbedürftige Bestimmungen, die ich nicht näher aufzählen möchte, wobei ich doch hoffe, daß von Seite der ÖVP das erkannt wird und gemeinsam mit uns ein Landarbeiterkammer-Gesetz und eine Landarbeiterkammer-Wahlordnung zustande kommen, die einigermaßen — übertriebener Optimist bin ich ja ohnehin nicht — entspricht.

Nun gestatten Sie mir noch einige Worte zur Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft zu sagen. Wir haben auf Grund des Berufsbildungsgesetzes — wiederum Bundes-Grundsatz- und dann Durchführungsgesetzgebung der Länder — jetzt die Situation, daß die Ausbildungszeit, die Lehrzeit in der Forstwirtschaft drei Jahre beträgt und in weiterer Folge noch eine dreijährige Gehilfenzeit absolviert werden muß, also ein Forstarbeiter 6 Jahre braucht, bis er Facharbeiter wird. In der Landwirtschaft beträgt die Lehrzeit 2 Jahre und die Gehilfenzeit ebenso zwei Jahre, hier also eine Lehrzeit von 4 Jahren bis zur Erreichung des Facharbeiters. Wir haben hier, so wie im allgemeinen in der Land- und Forstwirtschaft, einen ständigen Rückgang zu verzeichnen. 1960 waren in unserem Lande Steiermark noch insgesamt 1906 Lehrlinge, davon 294 Forstarbeiter. 1961 waren es 1880 Lehrlinge, davon 256 Forstarbeiter, 1962 dagegen, als vorläufiges Ergebnis — daran kann sich noch Geringfügiges ändern — 1596 Lehrlinge, davon 147 Forstarbeiter. Der Unterschied ist also der, daß wir beispielsweise 1959 noch 417 Lehrlinge in der Forstwirtschaft gehabt haben, während wir 1962 nur mehr 147 Lehrlinge feststellen können. Also ein katastrophaler Rückgang, wenn wir in Rechnung stellen und wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß gerade die Forstwirtschaft in der Steiermark, aber darüber hinaus die Forstwirtschaft in ganz

Osterreich ein sehr wesentlicher und ein sehr entscheidender Faktor unserer gesamten Volkswirtschaft ist, weil wir dabei berücksichtigen müssen, daß rund ein Fünftel der Menschen des gesamten Landes irgendwie mit Holz zu tun hat und sie aus diesem Wirtschaftszweig heraus ihren Brotterwerb praktisch tätigen. In der Frage der Berufsausbildung darf ich feststellen, daß auch Fachleute der Meinung sind, daß die Ausbildungszeit absolut zu lange ist und daß hier nach den gegebenen Möglichkeiten und nach den Erfahrungen und nach den Erkenntnissen eine entsprechende Verkürzung vorgenommen werden müßte. Unsere Gewerkschaft hat beim Landwirtschaftsministerium einen diesbezüglichen Vorstoß unternommen und angeregt, daß drei Jahre Lehrzeit einheitlich in der Land- und Forstwirtschaft voll und ganz genügen müßten und daß nach diesen 3 Jahren Lehrzeit die Facharbeiterprüfung abgelegt werden könnte. Für die Land- und Forstwirtschaft ist nun einmal die Heranbildung tüchtiger Fachkräfte eine Existenz- und eine Lebensfrage. Vielfach müssen wir jedoch feststellen, daß eine Überalterung vorhanden ist, die für die Zukunft gesehen ernste Gefahren für diesen so wichtigen Wirtschaftszweig in sich birgt. Ergreifen wir daher auch von diesem Hohen Hause aus, von diesem Landtag aus, rechtzeitig die Initiative und bemühen wir uns, den Nachwuchs zu sichern. Ich habe mich nun in kurz gedrängter Form bemüht, Ihnen einiges über die Probleme der Land- und Forstarbeiter zu sagen.

Ich darf aber heute die Anwesenheit des Herrn Landeshauptmannes benützen, um ihm eine Frage zu stellen, die ich auch schon im Finanzausschuß gestellt habe, die jedoch dort nicht beantwortet werden konnte, weil der Herr Landeshauptmann nicht anwesend war. In dem allgemeinen Kapitel der Förderung der Land- und Forstwirtschaft sind rund 2½ Millionen Schilling dafür enthalten, daß Kleinkraftanlagen und Elektrifizierungen in unserem Lande gefördert werden. Aus den Erläuterungen ist zu entnehmen, daß rund 180, wenn ich mich nicht irre, solcher Kleinkraftanlagen gefördert werden, und ich darf Sie, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, hier fragen, ob Sie aus dieser Post heraus für die beiden wichtigen und notwendigen Elektrifizierungsprojekte im obersteirischen Raum, die Elektrifizierung von Terz über Lahnsattel nach Frein und die Elektrifizierung des Salztales, ob aus dieser Post heraus entsprechende Mittel bereits vorgesehen sind. Zum Abschluß, sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir jedoch noch ein allgemeines und offenes Wort. Wenn auch jeder von uns selbstverständlich sich in erster Linie für seinen Berufsstand oder für ein Problem, das ihm am nächsten liegt, interessiert, so müssen wir jedoch darüber hinaus stets erkennen, daß dieser Landtag ein gemeinsames Ganzes darstellt, ein ebenso gemeinsames Ganzes, als dies auch unsere Volkswirtschaft ist, die trotz ihres riesigen und komplizierten Räderwerkes zusammenarbeiten muß und ein Rad in das andere greifen soll. Gerade in einer Zeit, wo in Europa die Grenzen abgebaut, die Schutzzölle beseitigt und der größte Wirtschaftsraum der Welt im Aufbau begriffen ist, bedarf es größter gemeinsamer Anstrengungen. Wir

werden daher jeder auf unserem Platz unsere Pflicht und unsere Aufgabe zu erfüllen haben. Räumen wir daher Vorurteile weg, wo immer wir sie treffen und wo immer Vorurteile vorhanden sind, und ebnen wir dadurch den arbeitswilligen und aufbaufröhlichen Menschen in unserem Lande den Weg zu wirtschaftlichem Aufstieg und sozialem Fortschritt. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kaan.

Abg. **Dr. Kaan:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! In dieser Gruppe wird auch der Fremdenverkehr behandelt. Ich benütze daher die Gelegenheit, einen Fall aufzugreifen, der in einer gestrigen Verlautbarung des Herrn Präsidenten bereits erwähnt worden war. Jeder von uns ist froh, wenn er besucht wird, und wir Österreicher sind immer froh, wenn wir besucht werden und wenn die Fremden zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen. Im heurigen Sommer war dieser Besuch mehrfach etwas gestört und auch ein wenig getrübt. Sie kennen die Sommerereignisse. Etwas vorher war die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht worden auf ziemlich breiter Basis auf einen Vorfall, der Erstaunen erregt hat, Erstaunen erregen mußte, nicht nur bei uns, sondern auch bei jedem, der uns besucht hat. Denn jeder, der nach Osterreich kommt und bei uns den Fernsprecher benützt, glaubt, daß diese Benützung in gleicher Weise ein Gespräch zwischen zwei Partnern ist, das er allein führt. Er mußte aber aus Zeitungsnachrichten mit Erstaunen und Befremden erfahren, mit Bestürzung erfahren, eine Bestürzung, die wir Österreicher gewiß geteilt haben, daß dem nicht so ist, sondern daß hohe und höchste Stellen Osterreichs der Meinung sind, es seien die Sicherheitsbehörden berechtigt, jederzeit ohne Verständigung des Fernsprechinhabers abzufragen und sogar diese Telefongespräche geheim auf Spruchband aufzunehmen. Sie alle kennen die scharfe Reaktion der Öffentlichkeit zu dieser auch im Landtag zur Sprache gebrachten Tatsache. Ohne daß ich damit scharf werden will, muß ich meinen persönlichen Eindruck, als ich davon erfuhr, wiedergeben. Ich dachte bisher, daß diese Methode der Überwachung der Staatsbürger nur jenseits des Eisernen Vorhanges Geltung hat. (Abg. **Leitner:** „In Westdeutschland! Das ist keine Methode der sozialistischen Länder!“ — Abg. **Dr. Pittermann:** „Ja, von euren Agenten werden sie abgehört!“) Herr Abg. Leitner, ich werde auf diesen Fall noch zurückkommen. Ich kann also wiederholen, daß wahrscheinlich die gleiche Auffassung, die wir über diesen Fall, über diese Methode vorher hatten, auch bei unserem Besucher, also dem Fremden, bestanden hat und daß es daher wohl unser Interesse ist, in diesem Fall vollkommene Klarheit im Sinne unserer Auffassung zu erwirken. Wir haben daher auch eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Okonomierat Josef Krainer gerichtet, welcher diese Anfrage offenbar ernster genommen hat als die Zentralstelle in Wien. Er hat, wie ich aus einer mir als Erstantragsteller gestern zugekommenen Antwort des Herrn Landeshauptmannes entnehme, drei ausführliche Schreiben, und

zwar je eines an den Herrn Innenminister Afritsch, an den Herrn Minister Waldbrunner und an den Herrn Justizminister Dr. Broda gerichtet, in welchen er also die Auffassung, die in der Anfrage zum Ausdruck gekommen ist, ergänzt durch die Auffassung der Öffentlichkeit, wie sie zum Ausdruck gekommen ist, bekanntgegeben und um Stellungnahme der drei Herren Minister gebeten hat. Diese Stellungnahme ist der Anfrage-Beantwortung angeschlossen. Die Stellungnahmen sind teils sehr kurz, teils sehr lang, ich werde Sie nicht ermüden mit der Verlesung, wohl aber muß ich Sie um Aufmerksamkeit bitten, daß ich die eineinhalb Seiten lange Antwort vorlesen kann, die der Landeshauptmann den Antragstellern gegeben hat. Sie lautet: „Im Verfolge Ihrer Anfrage vom 19. Juni 1962 habe ich mich an die Herren Bundesminister Dr. Broda, Dipl. Ing. Waldbrunner und Afritsch gewandt, um, ausgehend von der festgestellten Tatsache, wonach private Telefongespräche auf einer Teilnehmerstelle, deren Inhaber nicht in gerichtlicher Untersuchung steht, überwacht wurden, an der Schaffung jener Sicherheit mitzuwirken, die geeignet erscheint, künftighin solche Eingriffe in die private Sphäre zu unterbinden. Die genannten Bundesminister zeigten wenig Geneigtheit, auf die Fragwürdigkeit des Vorgehens der Sicherheitsbehörden einzugehen und beschränkten sich darauf, festzustellen, daß dem Telefonverkehr verfassungsrechtlich nicht derselbe Schutz zukommt, wie etwa dem Briefgeheimnis und dem Telegrammverkehr. Die Abhörung von Telefongesprächen wurde daher als dem Gesetz gemäß dargestellt.“ Also alle drei Bundesminister haben gesagt, es ist gesetzmäßig, daß man geheim abhören kann ein Telefon, deren Inhaber nicht in Untersuchung steht. „Herr Bundesminister Broda bezeichnete es überdies als außergewöhnlich, daß sich ein Landeshauptmann zum Sprecher einer Angelegenheit mache, die nicht Landessache sei.“ „Ich weiß mich“ — jetzt lese ich wieder aus dem Brief des Herrn Landeshauptmannes — „jedoch mit den Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung eins, daß die Grund- und Freiheitsrechte des Staatsbürgers, ob sie nun juristisch verschiedenartig beurteilt werden oder nicht, nicht nur Sache der im konkreten Fall zuständigen Behörden, sondern jedes Amtsträgers sind, der von einer Gefährdung dieses Rechtes Kenntnis erhält.“

In einer den rechtsstaatlichen Prinzipien zuwiderlaufenden Form und Inhalt blieb unbeantwortet, wo die unter allen Umständen zu wahrende Privatsphäre beginnt, ob jedes Telephon abgehört werden darf und wie der Telefoninhaber vor jeder mißbräuchlichen Verwendung der technischen Einrichtungen geschützt werden kann. Ich — also der Herr Landeshauptmann — vermag auf Grund der Äußerungen der drei Bundesminister den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages keine Gewisheit geben, ob nicht auch ihre Telefongespräche durch weisungsgebundene Organe abgehört werden oder das Belauschen von Privatgesprächen durch geheime Aufnahme von Tonbändern, wo immer, vorgenommen wird.“ Bei Gott, eine wahrhaft alarmierende Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes an unseren Landtag! Ich lese jetzt weiter: „Ich treffe bewußt die Feststellung, zu der mir eine unwahre Be-

hauptung des Herrn Bundesministers Dr. Broda den Anlaß gibt. Bundesminister Dr. Broda erklärte: Gegen den Mitinhaber des überwachten Fernsprechanchlusses sei ein Strafverfahren zum Zeitpunkt der Abhörung der Telefongespräche anhängig gewesen. Dies trifft nicht zu. Darüber hinaus war die betreffende Person, in deren Wohnung sich das überwachte Telefon befand nicht Mitinhaber, sondern Alleininhaber des in Rede stehenden Fernsprechanchlusses. Ich stelle Ihnen ein diesbezügliches Schreiben des Fernsprechgebührenamtes Wien vom 6. November 1962 zur Verfügung.“ Das hängt hier an, es ist eine Originalbestätigung des Fernsprechgebührenamtes Wien vom 6. November 1962 und bringt zum Ausdruck, daß ausschließlich diese Frau . . . . als Inhaberin dieser Fernsprechstelle aufscheint. Es fährt der Herr Landeshauptmann in seinem Briefe fort: „Nach dem Vorgesagten bin ich der Auffassung, daß weitere Initiativen ergriffen werden müssen, um jeden Mißbrauch von Abhörvorrichtungen auszuschließen.“

Meine Damen und Herren, soweit die Antwort des Herrn Landeshauptmannes. Ich maße mir nicht an, heute, am dritten Tag der Budgetberatung den Hohen Landtag etwa mit langen juristischen Ausführungen über dieses Thema in Anspruch zu nehmen und zu langweilen. Dieses Thema kann auch nicht durch juristische Zergliederungen spitzfindiger Art zerredet werden, wie vielfach in den vergangenen Monaten versucht wurde. Dieses Problem ist ein Problem viel tieferer Art, als juristischer Formulierungen. Ich nehme es daher Herrn Bundesminister Dr. Broda auch nicht übel, daß er, obwohl er erklärt hatte, er begrüße eine Diskussion dieses Themas auf breiter Basis, meiner Aufforderung, in einem offenen Brief diese Diskussion fortzusetzen, nicht Folge geleistet hat. Er braucht auf das Schreiben eines kleinen Provinzadvokaten nicht eingehen. (Abg. Heidinger: „Nicht so bescheiden, Herr Abgeordneter!“) Er soll aber wohl dem Herrn Landeshauptmann von Steiermark, der als Repräsentant des Landes hier spricht, eine entsprechende Antwort geben. Und diese Antwort muß ich als befremdend, ja geradezu als bestürzend bezeichnen. Denn Herr Bundesminister Broda bezweifelt vor allem, daß der Herr Landeshauptmann und der Landtag berechtigt seien, eine solche tief in die Grund- und Freiheitsrechte des Staatsbürgers eingreifende Frage aufzurollen. Diese Einstellung gegenüber dem Rechtsstaat und den rechtsstaatlichen Gesichtspunkten kann ich nicht teilen und ich glaube, auch Sie, meine Damen und Herren, können das nicht. Wenn Sie etwas erfahren, was derart tief in die Einzelsphäre eingreift, sind Sie wohl berechtigt, ja geradezu verpflichtet, als Landtagsabgeordnete das aufzurollen. Wo ist das Forum, das für uns zuständige Forum? Der Landtag! Wir haben den Landeshauptmann ersucht, zu fragen, und der zuständige Bundesminister drückt dann sein Befremden aus und bezweifelt die Berechtigung. Ich glaube, daß das wohl zurückgewiesen werden muß. In den Antworten aller drei Bundesminister, und zwar in der Antwort des Herrn Bundesministers Dipl. Ing. Waldbrunner in sehr kurzen Sätzen, in den Antworten der beiden anderen Minister in langen Artikeln, langatmig und in vielseitigen Ausführun-

gen, kommt zum Ausdruck, es sei vollkommen in der Ordnung, daß ein Telefon über Auftrag der Sicherheitsbehörden abgehört werden kann. Auch dann, wenn der betreffende Telefoninhaber mit diesem Gerichtsfall gar nichts zu tun hat. Also auch Sie, meine Herren, Ihr Telefon, kann jetzt abgehört werden, kann morgen abgehört werden, konnte schon abgehört werden, es braucht nur die Sicherheitsbehörde etwa der Meinung sein, daß Ihre Hausgehilfin einen Bräutigam hat, der irgend etwas, eine Zechprellerei begangen hat, oder eine Vergewaltigung versucht hat oder etwas ähnliches, es kann der Untermieter, Ihr Gast verdächtig sein oder ein zufällig Anwesender, das allein schon soll berechtigen, Ihre sämtlichen Telefongespräche bei Tag und bei Nacht, mit wem immer Sie sie führen, abzuhören und nicht nur das, nach Auffassung der Herren Minister Waldbrunner, Afritsch und Broda sogar auf ein Tonband aufzunehmen, dieses Tonband unkontrolliert durch die Beteiligten zu übertragen in Vollschrift und die Vollschriftübertragung in einen Akt, der mit Ihnen gar nichts zu tun hat, einzulegen, der auch von jedem gelesen werden kann. Ich erspare es Ihnen, die Details der durch drei Wochen aufgenommenen Spruchbänder, die viele Privatdinge betreffen, die alle da jetzt mit drin liegen, zu wiederholen. Es würde auch manches für die Sicherheitsbehörde Unangenehmes drinstehen, ich möchte Ihnen nur sagen, welcher Tatsache Sie also mit Zustimmung der aus Ihrer Partei stammenden Minister tatsächlich ausgesetzt sind. Die Antwort an den Landeshauptmann gibt keine Gewähr gegen eine mißbräuchliche Verwendung der bei der Postverwaltung bestehenden technischen Einrichtungen. Ich darf Sie aus den damaligen Zeitungserörterungen vielleicht daran erinnern, daß zuerst, ob das richtig war oder nicht, die Reaktion war, so etwas gibt's bei uns in Österreich gar nicht. Später haben wir allerdings dann aus einer illustrierten Presse sogar vorgeführt bekommen, wie diese Vorrichtungen ausschauen und daß sie selbstverständlich bei der Post- und Telegraphendirektion vorhanden sind. Ich glaube, sie werden „der Frosch“ genannt, sie können angeschaltet werden und jedes Telephongespräch kann abgehört werden. Bitte, ich habe gar nichts dagegen, selbstverständlich kann abgehört werden über Wunsch des Telephoninhabers, der unter Umständen ein großes Interesse hat zu erfahren, wenn ein Mißbrauch mit seinem Telephon ist. Aber ich bin nicht der Meinung, daß diese Vorrichtungen angeschaltet werden können ohne Zustimmung des Fernsprechinhabers. Nun, der Herr Bundesminister Waldbrunner ist gefragt worden darüber, sowohl im Nationalrat, aber auch durch Herrn Landeshauptmann, und hat klipp und klar erklärt, bitte, die Vorschriften lauten so, lesen Sie das Fernmeldegesetz, und dort steht ohnedies alles drinnen, wann dieses Geheimnis gebrochen werden darf, mehr nicht. Meine Herren, ich wurde durch diese etwas kurze Antwort des Herrn Bundesministers Waldbrunner lebhaft an die Geschichte des Generals Galgozzi erinnert, der bekanntlich einmal sich ärgern mußte über die Generalintendantur in Wien, weil diese ihn wiederholt betrieben hat um die Verrechnung und den Nachweis einer Ausgabe von

1 Million Kronen. Er hat darauf geschrieben: 1 Million erhalten, 1 Million ausgegeben, Rest Null, wer's nicht glaubt, ist ein Esel. Die Intendanz hat sich damit nicht zufrieden gegeben, ist zum Kaiser gegangen sich beschweren. Der Kaiser hat diesen Zettel länger angeschaut und hat gesagt: „Ich glaub's.“ Nun, es ist aber die Zumutung sehr arg an uns, zu meinen, daß die bloße Zusicherung in einer Fragebeantwortung vor dem Nationalrat hinreicht, uns zu sichern, daß niemand innerhalb der großen Organisation des Post- und Telegraphenwesens, der über diese Apparatur verfügen kann, der Versuchung nicht unterliegen könnte, es doch einmal anzuschalten und das Gehörte oder Aufgenommene irgenwie zu verwerten. Ich muß z. B. feststellen, daß ich bei meinem Telephon aufmerksam gemacht werde von meinen Untergebenen, es tut so oft knacksen drin, oder es werden auf einmal merkwürdige Verbindungen hergestellt, oder es wird abgebrochen, nicht wahr, bitte, es scheinen auch diese Apparaturen nicht sehr gut zu funktionieren, denn in diesen Telephongesprächen, die da aufgenommen wurden drei Wochen, kommt auch ein Gespräch vor, wo einer sagt, ja warum knackst es denn da immer, mir scheint, wir werden abgehört. Und dann kommen einige nicht sehr liebenswürdige Bemerkungen. Ich glaube also, daß es wohl notwendig gewesen wäre, seitens der höchsten Stellen eine Versicherung zu geben, in welcher Art verhindert wird, daß solche aufgenommene Gespräche tatsächlich an Unbefugte weitergegeben werden. In diesem Zusammenhang möchte ich — das einzige Juristische, was ich erwähne — sagen, daß beispielsweise in England, wenn abgehört werden soll, es dazu einer schriftlichen Weisung des Innenministers bedarf für jeden Einzelfall. Herr Bundesminister Broda hat die Ansicht vertreten, daß allein schon zur Aufklärung, also nicht etwa bloß zur Verhinderung eines Verbrechens, alles unternommen werden darf vom Untersuchungsrichter und vom Staatsanwalt, was nicht verfassungsgesetzlich verboten sei oder ausdrücklich durch Gesetz verboten sei. Nun, meine Herren, dieser Auffassung kann ich nicht folgen. Ich meine, es gibt auch andere Grenzen der Macht dieser Behörden. Wir brauchen uns darüber nicht auszulassen, aber hier scheinen mir die Dinge doch sehr einfach zu liegen. Das, was der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt tun darf, das steht natürlich in der Strafprozeßordnung und nicht im Fernmeldegesetz. Wie die Strafprozeßordnung gemacht worden ist, hat es noch kein Telephon gegeben, daher steht dort drinnen nur etwas von den Briefen und vom Telegramm, also die einzige Art der Nachrichtenübermittlung. Und da steht klipp und klar drin: Geöffnet dürfen diese Briefe nur mit Zustimmung des Beschuldigten werden und wenn der die Zustimmung nicht gibt, mit Ratskammerbeschluß, also niemals geheim. Und im Fernmeldegesetz steht drin: Fernmeldemittel sind Telephon, natürlich auch der Telegraph und der Fernschreiber. Dort sind also das Telegramm und das Telephon erwähnt, weil es ein späteres Gesetz ist. Also eine algebraische Rechnung ist, wenn a gleich b ist und b gleich c ist, so ist a gleich c. Wenn also in dem einen Gesetz steht, der Brief und das Telegramm sind gleich

und im zweiten Gesetz, das Telephon ist dem Telegramm gleich, so ist nach unserer Auffassung und aller Ihrer Auffassung selbstverständlich der Brief auch dem Telephon gleichzuhalten. Aber das ist juristisch. Meine Herren, denken Sie das einmal nicht juristisch durch, sondern denken Sie es praktisch durch. Wenn es wirklich nicht so ist, wenn die Telephongespräche also nicht unter dem Schutz stehen, weil der betreffende Herr Untersuchungsrichter oder Sicherheitsbeamte etc. glaubt, durch dieses Telephongespräch etwas erfahren zu können, wo sehen Sie da eine Schranke vor dem ärztlichen Geheimnis, abgesehen von der Familiensphäre, vor dem beruflichen Geheimnis, vor dem Anwaltsgeheimnis und vor dem Amtsgeheimnis. Meine Herren, stellen Sie sich einmal vor: Es kann jedem von Ihnen geschehen, daß Sie in den Verdacht kommen, etwa an einem Verbrechen beteiligt zu sein, kein Mensch ist davor gewahrt, ganz abgesehen von Verkehrsdelikten und ähnlichem. Sie werden selbstverständlich eines Rechtsanwaltes bedürfen, um sich verteidigen zu können. Wenn nun, wie der Herr Minister Dr. Broda sagt, der Untersuchungsrichter alle Mittel der Wahrheitsfindung ergreifen darf, so ist doch das letzte Mittel der Wahrheitsfindung, daß grundsätzlich sämtliche Strafverteidiger am Telephon überwacht werden. Es darf die Strafbehörde sich nun überall anschalten, hört, was der betreffende Anwalt mit seinem Klienten spricht, und auf diese Weise kommt man am ehesten auf die Wahrheit. Halten Sie diesen Vorgang für richtig oder für zulässig? Er wird aber praktisch damit für zulässig erklärt. Denn, wenn es als Mittel der Wahrheitsfindung angesehen wird, dann ist eben dieses Mittel auch schon als zulässig gehalten. Es hat auch der Herr Justizminister Dr. Broda nichts daran gefunden, daß geheim die Aufnahme auf ein Tonband aufgenommen wird. Nun, bitte, meine Herren, sehen Sie einen Unterschied darin, ob ich mit jemand über das Telephon spreche, etwa, sagen wir mit dem Herrn Kollegen Wurm, irgendeine Mitteilung telephonisch, weil er gleich im selben Haus, nicht im selben Zimmer ist, oder in einem anderen Haus ist, oder ob ich mit Ihnen in einem Zimmer spreche. Würden Sie es gestatten und für richtig befinden, daß geheim ein Mikrophon angebracht wird, damit irgendein Dritter belauschen kann, was wir zwei unter vier Augen sprechen? Ich glaube das wird als unanständig, ungehörig, unzulässig und menschenunwürdig angesehen. Und nirgends ist es auch in Gerichtsverfahren, die ordnungsgemäß verlaufen, zulässig, daß solche Tonbandaufnahmen, die geheim gemacht werden, als Beweismittel ohne Zustimmung der Gesprächspartner verwendet werden. Hier soll es aber zulässig sein? Erinnert das nicht fürchterlich an die vormärzliche Zeit, um deren Abschaffung Ihre Väter und Großväter auf die Barrikaden gestiegen sind, daß die Geheime Polizei nicht die Briefe spulieren darf und nicht als Lauscher an der Wand stehen darf? Und hier soll es zulässig sein. Ihr Herr Justizminister erklärt das für zulässig. (Landrat Sebastian: „Sind Ihre Vorväter im Vormärz nicht auch für die Abschaffung eingetreten, weil sie nur sagen „Ihre“? Wir haben immer geglaubt, daß auch Ihre eingetreten sind dafür, Ich

danke für diese Anerkennung.“) Aber wir haben keinen Justizminister gestellt, der diese Ansicht vertreten hat. Wir vertreten nicht diese Ansicht. Wir haben andere Auffassungen von der Menschenwürde und von der Achtung der Privatsphäre. (Landrat Sebastian: „Herr Abg. Dr. Kaan, Sie müssen doch zugeben, daß das über richterliche Weisung geschehen ist, das müssen Sie doch zugeben.“) Und nun kommt aber noch etwas anderes. Der Herr Landeshauptmann hat dem Herrn Justizminister auch geschrieben, es wäre doch zu erwägen, ob nicht, wenn schon das Mittel der Wahrheitsfindung, des Abhörens Platz zu greifen hätte, ob es nicht richtig wäre, den Betreffenden zu verständigen. Nun ist es klar, wenn sich jemand, der am Telephon abgehört werden soll, sagt, ich werde abgehört, daß er dann nicht weiterspricht. Und der Herr Justizminister scheint das in diesem engeren Sinn auch schon aufgefaßt zu haben, denn er fordert in einer — ich muß offen sagen — geradezu provozierenden Weise den Herrn Landeshauptmann auf, diese Ansicht in der Öffentlichkeit zu vertreten. Nun ich glaube, keiner von uns hält unseren Herrn Landeshauptmann für so töricht, daß er die Ansicht vertreten soll, daß die Gesprächspartner aufmerksam gemacht werden sollen „Sie werden jetzt abgehört“. Sondern er hat selbstverständlich gemeint — und das weiß Herr Justizminister Dr. Broda auch — der Inhaber muß verständigt werden, genauso, wie der Briefschreiber und nicht bloß der Empfänger zu verständigen sind nach der Strafprozeßordnung. Dadurch wird eben verhindert, daß dieses Verständigungsmittel in diesem Falle verwendet werden kann. Ein Telephoninhaber, der verständigt wird, „Sie werden abgehört“, kann entweder sagen, „gut, wenn ich abgehört werde, spreche ich nicht mehr darüber“, oder er riskiert, daß Unbefugte sprechen und dann abgehört werden. Es hat nämlich der Herr Justizminister die Ansicht vertreten, es muß doch mit gleichen Waffen gekämpft werden. Selbstverständlich haben die Verbrecher auch ein Telephon und einen Fernschreiber, also müssen diese Mittel auch den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen. Meine Herren, in dem Fall ist nicht durch Telephon-Sprechen ein Verbrechen begangen worden oder durch die Telephonbenützung. Gut, ich kann erklären, wenn der eine ein Maschinengewehr hat, soll der andere auch ein Maschinengewehr haben. Und die Justiz hat ja auch ihren Rundfunk, sie hat ja auch die Funkstellen, sie hat Telephon, sie ist also keineswegs mit ungleichen Waffen hier bedacht, aber durch Abhören sind auch noch keine Verbrechen begangen worden, soviel ich wenigstens weiß. Jetzt kommt aber das, was mich persönlich eigentlich am meisten bestürzt hat. Es ist doch immerhin eine Antwort eines Justizministers an einen Landeshauptmann, und zwar hier an unseren Landeshauptmann. In dieser Antwort kommt folgendes vor: Mitinhaberin des Telefons war die Braut des Gesuchten. Und diese Braut des Gesuchten steht in Strafuntersuchung. Die Feststellungen haben ergeben — ich habe es Ihnen ja vorweg gesagt —, daß Allein inhaberin eine Person war, die nicht diese Braut ist, also diese Mitteilung des Herrn Bundesministers Dr. Broda an den Herrn Landeshauptmann Krainer ist unwahr.

Des weiteren haben wir festgestellt, daß die Braut des Gesuchten erst am 17. November in Strafuntersuchung gezogen wurde und diese Abhörung am 3. November begonnen hat. Also auch diese Mitteilung ist unrichtig. Ich muß es als befremdend bezeichnen, daß eine hochamtliche Mitteilung eines Justizministers an einen Landeshauptmann so wenig genau verfaßt wurde, daß sie solche Unwahrheiten enthält. Aber umso befremdender ist es, wenn diese Unwahrheiten gerade den Kern der Frage betreffen. Denn wenn man das Abhören hier für zulässig erklärt oder für notwendig erklärt, dann kann das nur gegen den gerichtet sein, der der Inhaber des Telefons ist. Und wir haben hier jetzt gehört, daß die Inhaberin nicht nur nichts davon gewußt hat, sondern auch in keinerlei Weise in das Strafverfahren verstrickt war. Und diese beiden Unrichtigkeiten kommen ja in dem Brief des Herrn Justizministers vor.

Ich habe Herrn Abg. Leitner gesagt, er solle sich in diesem Fall nicht so ereifern. Ich war nämlich auch der Auffassung, daß also nur jenseits des Eisernen Vorhanges jene Methoden gehandhabt werden (Abg. Leitner: „Sie sprechen ja von Österreich!“), die wir so schrecklich dargetan sehen in dem Buch — ich glaube, von Orvell ist es —, in dem Zukunftsroman, der also einen perfekten Ameisenstaat unter den Menschen darlegt. Dort kommt immer wieder vor, daß der große Bruder — nicht Broda — von allem hört und weiß. (Abg. Scheer: „Da ist unser ‚großer Bruder‘-Hinweis auf die Mikrophone im Landtagssitzungssaal.“)

Meine Damen und Herren, es ist überraschend gewesen, ich habe Ihnen ja schon eine kleine Vorlesung gehalten, daß in der russischen Verfassung, die ich hier habe, im Artikel 170 und 171 — 128, ich habe mich geirrt — erklärt wird — darf ich, bitte, vorlesen? — „Unverletzlichkeit der Wohnung der Bürger und das Briefgeheimnis werden durch das Gesetz geschützt“. (Abg. Scheer: „Sie wird aber nicht eingehalten die russische Verfassung, sie ist wie ein Märchen!“) Ich habe mich damit nicht begnügt und einen Botschaftsrat befragt, und der hat mir unter Zitierung der betreffenden Stellen des Strafgesetzes bestätigt, daß selbstverständlich das Abhören von Telefongesprächen verboten und strafbar ist in der Sowjet-Republik. (Abg. Scheer: „Glauben Sie das wirklich, Herr Abgeordneter?“) Für mich war es einigermaßen beschämend, das zu erfahren und ich muß sagen, daß ich es auch als beschämend bezeichne, wenn ich in meinem Akt einerseits die Antwort des Herrn Landeshauptmannes an uns habe und die Antwort der drei Bundesminister Waldbrunner, Afritsch und Broda und andererseits diese Bestätigung. Ich schäme mich als Österreicher, dies sagen zu müssen, denn wir waren alle der Auffassung, daß das, was die Menschenwürde ausmacht, insbesondere aber die Privatsphäre, bei uns voll geschützt ist, nicht nur durch die Verfassung, sondern durch die allgemeine Auffassung, welche wir über diese tragenden Elemente des menschlichen Daseins haben. Ich bin erschüttert, jetzt vom Gegenteil belehrt worden zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Ileschitz hat das Wort.

**Abg. Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Budget für das Jahr 1963 sieht erfreulicherweise Einnahmen von über 1½ Milliarden Schilling vor. Dies ist möglich geworden, weil eine laufende Steigerung der Wachstumsrate unserer Wirtschaft festzustellen ist und wir auf der anderen Seite die Vollbeschäftigung, die wir gefordert haben, gemeinsam im Laufe der Jahre verwirklichen konnten. Es ist aber kein Geheimnis, daß der Zuwachs dieser Wachstumsrate seit Jahren in Prozenten wesentlich höher war als im letztvergangenen Jahr und auch höher gewesen sein wird als wahrscheinlich im kommenden Jahr. Woran liegt dies und welche Maßnahmen können dagegen getroffen werden. Unserer Ansicht nach müßte ja, um das weitere Wachstum unserer Wirtschaft zu sichern, die Produktion und die Produktivität in entsprechender Form gehoben werden. Es ist dies unerlässlich, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft in den künftigen Jahren und um unseren Schilling zu sichern, also eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, mit allen es gut meinenden Kräften in und für Österreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wirtschaftskonzept zu erstellen, ist schon sehr oft in diesem Lande diskutiert worden, es ist aber leider so, daß nur dann, wenn der Wille zur guten Zusammenarbeit besteht, ein solches Konzept überhaupt erstellt werden kann. Ich darf mir erlauben, zu sagen, daß immer dann, wenn von Seite unserer Partei oder von den Arbeitnehmer-Organisationen über Planung in der Wirtschaft oder Erstellung von Wirtschaftskonzepten, gesprochen wird, man uns sofort verdächtigt, daß man diese Planung für irgendwelche Dinge mißbrauchen wollte, daß also Planwirtschaft in unserem Lande nicht erwünscht ist (Landeshauptmann Krainer: „Planwirtschaft nicht, Konzeptplan ja, aber Planwirtschaft wirklich nicht“; — Landesrat Sebastian: „Eine rezidive, konstruktive Umschreibung, der Wirtschaftsrat!“) Das, was aber, wie die fünf Lohn- und Preisübereinkommen, die nach harten und schweren Kämpfen in einer sehr schwierigen Zeit zustande gekommen sind, an deren Durchführung bzw. Erstellung gerade die Sozialistische Partei und der Österreichische Gewerkschaftsbund durch ihre Vorschläge hervorragend mitgearbeitet haben, wirklich erst die Grundlage für die echte Stabilisierung des Schillings bildete und den weiteren von allen nicht erwarteten so raschen Aufstieg unserer Wirtschaft erbrachte. (Landeshauptmann Krainer: „Da hast du aber ein bisserl geplauscht, lieber Ileschitz, mit der Stabilisierung des Schillings, 1956 wart Ihr noch dagegen, das darf man nie vergessen.“) Sie haben auch, zugegebenermaßen, Herr Landeshauptmann, auf Ihrer Seite in den vorvergangenen Jahren zur Stabilisierung und zum Aufstieg in unserer Wirtschaft hervorragend beigetragen. („Sie waren überhaupt die Grundlage dazu.“) Darf ich aber auf das Jahr 1953 z. B. verweisen, auf jenes Jahr, das in Österreich in der Nachkriegszeit die höchste Arbeitslosenziffer gebracht hat und man sich damals zusammensetzte, um dieser bedrohlichen Entwick-

lung entgegenzutreten. Und nun, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, wenn es heißt „Wirtschaftsplanung“, möchte ich darauf verweisen, daß gerade im Jahr 1953, als man an die Erstellung eines Wirtschaftskonzeptes herangegangen war, und zwar den zehnjährigen Investitionsplan der öffentlichen Hand, der den Ausbau der Energiewirtschaft, die Elektrifizierung der Bundesbahnen, die Automatisierung des Fernsprechnetzes und Fernmeldenetzes, den Ausbau der Autobahnen usw. beinhaltete und diesen verwirklichte, dieser ganz große Erfolge zeitigte. Man konnte sich errechnen, wie hoch die finanziellen Anforderungen annähernd sein werden, um dann in den laufenden Budgets der folgenden Jahre die entsprechenden Beträge hierfür sicherzustellen. Gerade im Fernmeldewesen hat Österreich in diesen Jahren durch den Investitionsplan der öffentlichen Hand gewaltig gegenüber dem Westen aufgeholt. Wir sind heute im Fernmeldewesen zu einem der modernsten Länder in Europa geworden. Damit ist also der Beweis geliefert, daß bei vernünftiger Zusammenarbeit und bei Erstellung der entsprechenden Konzepte es möglich ist, wirklich für unser Vaterland wirtschaftlich, sozial und sozialpolitisch das zu tun, was benötigt wird. Meine Damen und Herren, Österreich sucht ein Arrangement mit der EWG. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei Wirksamwerden eines solchen unsere Wirtschaft zu mindest danach schon ausgerichtet sein muß. Und nun erhebt sich hier die Frage: Ist sie das schon? Ich kann meiner Meinung nach nur nein dazu sagen. Wir müßten also vor Verwirklichung eines solchen Arrangements wohl vorbereitet sein. Dies ist aber nicht möglich, wenn jeder Betrieb und jedes Unternehmen nach eigenen Grundsätzen und nach eigenen Ansätzen vorgeht. (LH. Krainer: „Seid doch nicht so kindisch, wir können doch nicht die Planung der einzelnen Betriebe übernehmen!“) Herr Landeshauptmann, mißverstehen Sie mich nicht. Es wird wohl notwendig sein, gerade im Interesse der österreichischen Unternehmer, die für die Exportwirtschaft in Frage kommen, sich in irgendeiner Art und Weise zusammenzusetzen und auf Grund von Marktforschungsplänen zu erheben, mit welchen Produkten wir uns in einer großeuropäischen Wirtschaft durchsetzen können und mit welchen Produkten nicht. Die Planung muß ausgerichtet sein auf Produktion, auf Ausmaß usw. (Landeshauptmann Krainer: „Die werden sich schon selber kümmern müssen!“) Der Österreichische Gewerkschaftsbund, meine Damen und Herren, fordert schon seit langem die Erstellung eines langfristigen Wirtschaftskonzeptes, und mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund aber auch die Sozialistische Partei, leider bisher mit mehr oder weniger negativem Erfolg. Sie werden mich wahrscheinlich jetzt gleich wieder steinigen (allgemeine Zwischenrufe. — Landeshauptmann Krainer: „Nein!“), wenn ich darauf verweise, daß im Zuge der jetzigen Regierungsbildung, Herr Landeshauptmann, die Sozialistische Partei, um eben die Zusammenarbeit zu dokumentieren, um in letzter Minute zu einer einheitlichen Auffassung nach dieser Richtung hin zu gelangen, einen sogenannten Wirtschaftsrat forderte oder die paritätische Kommission hierfür heranzuziehen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten sei (Landes-

rat We g a r t: „Wofür ist denn dann die Regierung da?), damit über die Bedürfnisse unserer Wirtschaft und deren Ausrichtung auf den europäischen Markt hin diese beraten und unterstützt werden kann. (Zwischenruf ÖVP: „Macht einen Vorschlag!“) Na, ein Vorschlag, ein konkreter, ist ja da. (Landesrat Sebastian: „Ist eh ein ÖVP-Vorschlag!“ — Zwischenruf Abg. Kaan — allgemeine Zwischenrufe.) Ich habe ja öfter die Möglichkeit, im Zuge von Verhandlungen mit Unternehmern der Metallindustrie und des Bergbaues zusammenzukommen. Man ist erschüttert, zu hören, welche Ansichten der eine oder andere in bezug auf die europäische Wirtschaft vertritt. (Landeshauptmann Krainer: „Dann ist er ein schlechter Unternehmer, wenn er sich nicht informiert!“) Und daher stehen wir auf dem Standpunkt, müßten die Unternehmer mit den Arbeitnehmerorganisationen und den verantwortlichen Regierungsmitgliedern zusammenkommen, um ihnen ein Konzept, eine Hilfe und Rat zu geben, damit sie begreifen, um was es hier überhaupt geht. (Abg. Pölzl: „Der große Bruder wird für dich denken!“) Das war beim Militär, wir verlangen aber die Mitarbeit dieser Leute, vertreten durch ihre Organisationen, nicht den oben, der denken soll, sondern dem unten soll man das entsprechende Wissen vermitteln. Ich möchte, meine Damen und Herren, gerade in der Frage des vorgeschlagenen Wirtschaftsrates sagen, daß der Gedanke, der hier geboren wurde, nicht in allen ihren Kreisen eine Ablehnung gefunden hat. Die „Salzburger Nachrichten“ zum Beispiel vom 1. Dezember (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ja nicht unsere Zeitung, die ist von den Unabhängigen!“) oder aber die „Oberösterreichischen Nachrichten“, die Zeitungen schreiben laufend von Ihnen und Ihre Politik wird auch laufend von diesen Zeitungen unterstützt. (Landesrat We g a r t: „Wir sind ihnen sympathisch!“) Diese Zeitungen finden diese Form der Zusammenarbeit, diese Form der Verantwortung für Österreich absolut als vernünftig. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß es wirklich an der Zeit ist, sich in dieser Frage zu ernster Arbeit zusammenzusetzen, trennende politische Auffassungen hintanzustellen und gegebene Wahlversprechen zu erfüllen. Die Steiermark als ein hervorragendes Industrieland Österreichs könnte hier bei einigermaßen gutem Willen einen großen Beitrag liefern, da sonst die Gefahr besteht, daß im Fall eines EWG-Arrangements die Produktionsstätten der Steiermark und auch die Vollbeschäftigung im bisherigen Ausmaß nicht mehr erhalten werden können. Es könnte der Fall sein, meine Damen und Herren, daß wir uns in den nächsten Jahren nicht mehr zusammensetzen müssen, um zu verhandeln, wie viele ausländische Arbeitskräfte importiert werden sollen, um den Bedürfnissen unserer Wirtschaft nachzukommen, sondern daß man sich zusammensetzen muß, um die Frage zu behandeln, was tun mit den arbeitslosen Menschen unseres Landes.

Ich richte daher, meine Damen und Herren, an Sie den dringenden Appell, die dringende Aufforderung, auf diejenigen weiterhin zu sehen, die bereit und geneigt sind, für die österreichische Wirtschaft, für unsere Heimat, für den Aufbau unserer Produktionsstätten, für die Erhaltung derselben ein-

zutreten und aber auch unsere Vorschläge zur Kenntnis nehmen zu wollen ohne jede Demagogie. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Pölzl.

**Abg. Pölzl:** Hohes Haus! Gestern hat der Herr Abgeordnete Schlager über die Gefahren der Wasser-Verschmutzung in der Steiermark gesprochen. Das Resümee seiner Rede: Der Mensch braucht reines, gutes Wasser. Der Mensch bemerkt jedoch nicht sofort, ob dieses Wasser, das in den Flußläufen angeboten wird, verschmutzt ist oder nicht. Außer, es werden wissenschaftliche Untersuchungen vorgenommen. Der Fisch jedoch reagiert sofort auf eine etwaige Wasserverschmutzung. Und es ist sofort feststellbar, daß die mikroskopisch kleinen Tiere im Wasser zuerst absterben, wenn mit diesem Wasser etwas nicht in Ordnung ist. Die Fischer unter den Mitgliedern des Hohen Hauses werden inzwischen bemerkt haben, wo ich hinaus will. Im Sinne des Fremdenverkehrs, aber auch im Sinne der vom Herrn Abgeordneten Schlager zitierten Wasserverschmutzung liegt ein modernes Fischereigesetz. Denn tausende Fischer werden achten, daß die Flußläufe und Bäche der Steiermark frei sind von Verschmutzung und Verseuchung. Ich fordere daher die Landesregierung auf, in allernächster Zeit ein modernes Fischereigesetz dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorzulegen. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der dritte Präsident, Herr Abgeordneter Dr. Stephan.

**Abg. Dr. Stephan:** Hohes Haus! Die Gruppe 7 zeichnet sich dadurch aus, daß sie so viele einzelne und leider im Grunde verschiedene Gegenstände umfaßt, daß die aufeinanderfolgenden Reden häufig nicht zueinander passen, weil sowohl von der Industrie als auch von der Jagd, vom Fischereigesetz und dann wieder einmal von der Landwirtschaft gesprochen wird. Es mag dem, der der Diskussion folgt, nicht immer leicht sein, den Sprung von einer landwirtschaftlichen Diskussionsrede zur anderen zu machen, da drei oder vier völlig anderen Inhalt habende Reden dazwischen liegen.

Von unserer Fraktion aus haben wir uns, trotzdem unsere Teilnahme an der Interessenvertretung der Landwirtschaft nicht allseits in ausreichendem Maße gegeben ist, vorgenommen, auch zu landwirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Wenn auch z. B. der Herr Abgeordnete Neumann, der ja mehrfach sich als Kritiker einzelner Redner hier aufgespielt hat, im Laufe des heurigen Jahres bei den Traktorenaufmärschen der Weststeiermark es abgelehnt hat, das Mit-Demonstrieren unserer eigenen Bauernvertreter anzuerkennen, muß ich doch das Recht für mich in Anspruch nehmen, für die bei der Kammerwahl für uns abgegebenen 10.000 Bauernstimmen auch eintreten zu dürfen.

Bei der Betrachtung der Lage der agrarischen Situation überhaupt in Europa, vielleicht auf der ganzen Welt und in Österreich, braucht man nur die gegenwärtige Lage in den Verhandlungen zwischen England und der Europäischen Wirtschaftsgemein-

schaft als Beispiel herzunehmen, um zu sehen, wie schwierig die Agrarfragen sind, wenn man sie vom rein Wirtschaftlichen her auffaßt. Es ist von dieser Stelle aus schon vor Jahren, und immer wiederholend auch voriges Jahr gesagt worden, daß das ganze Landwirtschafts-, das ganze Bauern-Problem kein rein wirtschaftliches sein kann, sondern unserer Ansicht nach ein soziales Problem ist. Einerseits wird die zunehmende Bevölkerung der Erde in allernächster Zeit immer mehr Nahrungsmittel brauchen. Es wird notwendig sein, in allen Staaten darauf zu sehen, daß die Nahrungsmittel bereit- und hergestellt werden, die zur Ernährung der Bevölkerung notwendig sind. Es gibt heute schon Staaten auf der Erde, wo Hunger herrscht. Es fragt sich nun, wie man diese Ernährung sicherstellen kann und wie weit die Strukturänderung, von der heute schon die Rede war, in der Landwirtschaft überhaupt gehen soll und gehen kann. Versuche in autoritären Staaten, die Landwirtschaft nicht bäuerlich, sondern industriell zu betreiben, um auf diese Art und Weise die Ernährung sozusagen im Großbetrieb sicherzustellen, haben, vorsichtig ausgedrückt, nicht überall zum Erfolg geführt. Es hat sich erwiesen, daß der Bauer, der freier Eigentümer seiner Scholle ist, mehr aus der Flächeneinheit herauszubringen imstande ist, als der, der nur als eine Nummer im Gefüge einer Kolchosa oder ähnlicher Einrichtungen dieses Land zu betreiben hat. In den meisten fortgeschrittenen Staaten der Erde ist man von der rein wirtschaftlichen Auffassung der Landwirtschaft schon abgekommen. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie sich die Agrarpreise, die an den Farmer in England bezahlt werden, zu den Preisen verhalten, die dort der Konsument bezahlt. Ich kann aber auch darauf verweisen, daß in den Vereinigten Staaten die Farmer besonders preislich geschützt werden, und ich darf darauf verweisen, daß bei den glücklichen europäischen Vetteren überall Gesetze vorhanden sind, um ein Mindestmaß an Bauerntum, an scholleverbundener Bevölkerung zu erhalten. Man hat sich vor 30, 40 und 50 Jahren in unserem Vaterland darüber Gedanken gemacht, wie man die soziale Struktur in den Industrieorten, in den Städten umgestalten kann, daß dabei keiner in Not geraten kann. Man hat damals die Arbeitslosen-Versicherung geschaffen, man hat damals geschaut, den arbeitenden Menschen, auch wenn er nicht in der Lage ist, sein Brot mit seiner Hände Arbeit zu verdienen, zu versichern. Man hat diese soziale Auffassung leider bisher dem Bauernstand nicht entgegengebracht. Es darf uns daher nicht wundern, wenn wir heute bei einem Bevölkerungsanteil der Bauern von 16% in Österreich halten und auf diese Art also in drei Jahrzehnten die Landbevölkerung, soweit sie bäuerlich ist, praktisch oder faktisch halbiert wurde. Das ist nach unserem Dafürhalten der beste Beweis dafür, daß es eben der Mehrheit der Landbewohner nicht als lohnend und lebenswert erschien, auf dem Lande zu bleiben, sondern daß sie den Verlockungen der Stadt Glauben geschenkt haben und in dieselbe geströmt sind. Im Zusammenhang mit den Worten des Vorredners, Abgeordneten Hleschitz, muß ich sagen, daß es um so bedauerlicher ist, wenn wir in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation — das ist ja nicht auf Österreich

allein beschränkt — nun leider glauben müssen, daß unter Umständen die, die vor einem Jahrzehnt oder einem Jahrzehnt unter Umständen in die Stadt geströmt sind, in weiteren zwei oder drei Jahren in dieser Stadt arbeitslos werden, obwohl sie auf dem Lande fehlen.

Es würde sich also wirklich lohnen und es wäre des Schweißes der Edlen wert darüber nachzudenken, wie die Gesamtwirtschaftsstruktur unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft einigermaßen gebessert, geändert und vom Staate beeinflusst werden könnte. Ich brauche — es ist hier schon genug darüber gesagt worden — nicht gesondert darauf hinweisen, daß natürlich die soziale Betreuung der Bäuerin und der Bauernkinder im Gegensatz zu den übrigen Frauen unserer Bevölkerung und zu den übrigen Kindern unserer Bevölkerung noch weit im Argen liegt und daß es unsere Pflicht wäre, auch hier nach dem Rechten zu sehen. Wenn Sie sich die Musterungsergebnisse beim Bundesheer betrachten, so ist es leider heute schon so, daß wir in den ländlichen Gebieten weit schlechtere Gesundheitszustände haben als in den Industriestädten, daß beispielsweise der durchschnittliche Gesundheitszustand in Feldbach bei den Gemüserten weit schlechter ist als in Bruck an der Mur, daß auf diese Art und Weise also das „gesunde“ Landleben soviel Arbeit und soviel andere Überforderungen an seine Menschen stellt, daß wir von Staats- und Landes wegen wirklich verpflichtet wären, einmal hier etwas zu unternehmen. Es liegt sicher auch auf der wirtschaftlichen Seite der große Teil oder ein großer Teil des Grundes für diese Abwanderung. Wenn das landwirtschaftliche Vermögen im Jahre 1960 noch mit 1,7%, im Jahre 1961 aber nur mehr mit 1,5% verzinst wurde, wenn das Arbeitseinkommen pro Kopf und Monat 750 S betragen hat, so muß uns das zu denken geben. Es ist bei diesen 1,7 bzw. 1,5% natürlich eine Durchschnittszahl gemeint, die sich von 0,7% in extremen Berglagen bis 4,5% auf dem Marchfeld erstreckt. Hier möchte ich gleichzeitig doch auf die Bemerkung des Abg. Brandl zurückkommen, daß die Verschiedenheit der Landarbeiterlöhne eben nicht weiter erträglich wäre. Ich muß dazu sagen, erträglich nicht, aber erklärlich in dem Sinne, daß natürlich der, der im Marchfeld 4,5% Einkommen von seinem Vermögen hat, leichter einen Landarbeiter höher bezahlen kann als der Bergbauer in der Steiermark, der eben 0,7% von seinem eingesetzten Vermögen als landwirtschaftliches Einkommen hat. Und es ist eben dem Bergbauern, und es ist eben dem im Gebirge tätigen Landwirt nicht so ohneweiters möglich, die Löhne zu bezahlen, die einem Marchfeldbauern oder meinetwegen auch manchen oberösterreichischen Bauern möglich sein. (Landesrat Prirsich: „Die sind hinter uns, die Oberösterreicher, um 130 S.“) Es verschlechtert sich auch weiterhin immer mehr die sogenannte Preisschere. Der Index der Ausgaben eines bäuerlichen Betriebes ist, wenn ich 1958 mit 100 annehme, inzwischen auf 116 gestiegen, der Index der Ernährung, d. h. also der Produkte, die der Landwirt herzugeben hat, auf 108, so daß eine Indextendifferenz von 7% zuungunsten des Bauern schon wieder seit 1958 eingetreten

ist. (Landesrat Prirsich: „Seit 1960, von 1960 auf 1961!“) Es ist daher auch kein Wunder, wie ebenfalls der Herr Abg. Brandl schon gesagt hat, daß wir statt 35.800 landwirtschaftlichen Arbeitern im Jahre 1950 im Jahr 1961 nur mehr 18.100 hatten, das ist also etwas mehr als die Hälfte. Es ist ebensowenig verwunderlich, daß wir im Jahre 1951 noch über 79.000 bäuerliche Betriebe in der Steiermark hatten und heute, d. h. im Jahr 1960, nur mehr 76.000. Es ist irgendwie sicherlich notwendig, daß man diese Ziffern noch untergliedert, und dabei mag es richtig und gut sein, daß Zwergbetriebe von 0 bis 2 Hektar eigentlich am meisten abgenommen haben, ob es aber gut ist, daß die Betriebe über 100 Hektar zugenommen haben, das muß der Entwicklung vorbehalten bleiben. Das Bäuerliche jedenfalls wird dabei zu kurz kommen. Weitere wirtschaftliche Gründe für die Lage der Landwirtschaft sind die derzeitige Viehabsatzkrise und die Lage der Dinge, die wir täglich und wöchentlich zwar hören, bei denen aber ebenso täglich, wöchentlich und jährlich eigentlich nichts geschehen ist. Daß nichts Entscheidendes geschehen ist, geht daraus hervor, daß die früher geschilderte Situation eingetreten ist. Man hat uns ein Landwirtschaftsgesetz beschert, man hat uns den Grünen Bericht und den Grünen Plan gegeben und hat es aber dabei versäumt, zwingende Vorschriften zu statuieren, die es ermöglichen, daß die Landwirtschaft zwingend bei Steigerungen der Lebenshaltungskosten der übrigen Bevölkerung und der Preise auch selbst bessere Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte zu bekommen hat. Es wird jedes Jahr darum gefeilscht und gehandelt, ob man ein paar hundert Millionen mehr oder weniger an Subventionen für die Landwirtschaft geben kann, statt daß man von vornherein in dieses Landwirtschaftsgesetz, wie es ja auch in anderen Ländern geschehen ist, Bestimmungen einbaut, die für gleiche Leistungen auch einen gleichen Lohn den Bauern sichern.

Ich habe eingangs schon von der EWG gesprochen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird unser Land, wenn wir uns ihr annähern sollten, sicherlich vor Probleme stellen, sie wird insbesondere manche Industrien betreffen, sie wird das Gewerbe betreffen. Auch die Landwirtschaft wird sich in einer Form umzustellen haben, die es ihr ermöglicht, mit den übrigen Agrarländern dieser Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuarbeiten. Vorläufig ist es aber jedenfalls so, daß das Heraushalten aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft uns in eine Preisdiskriminierung hineingebracht hat, die es schon bald unmöglich macht, wie der vergangene Sommer und Herbst es bewiesen haben, unsere Überschüsse an Vieh abzusetzen und auf diese Art und Weise eine weitere Verschlimmerung in der wirtschaftlichen Lage unseres Bauernstandes herbeigeführt hat. Dabei wird nur allzuoft vergessen, daß die österreichische Landwirtschaft und der steirische Bauer leider noch immer nicht in der Lage sind, die einer Modernisierung der Landwirtschaft im größeren Ausmaß entsprechen würde. 50% unserer landwirtschaftlichen Betriebe haben noch kein Fließwasser, das heißt, daß das Wasser vom Brunnen oder sonst woher getragen oder gefahren werden muß, und das machen bei unseren

bäuerlichen Betrieben, wie Sie alle wissen, die Frauen und die Kinder, manchmal vor dem Schulgang, und das ist ja mit ein Grund für die auch schon früher erwähnte nicht befriedigende gesundheitliche Verfassung unserer Landwirtschaft. 10 bis 12% unserer Landwirtschaften sind noch nicht mit elektrischem Strom versorgt. Es handelt sich natürlich hier schon um extreme Lagen, an denen die Elektrizitätswerke kein übertriebenes Interesse haben, aber gerade diese extremen Lagen sind vom Standpunkt der Agrarstruktur, vom bäuerlichen Sektor aus besonders interessant. Die Hofzufahrtswege lassen zu wünschen übrig und hier kann man immer wieder nur das eine betonen, daß es notwendig sein wird, auch hier mit Hilfe der Forstaufschließung und anderer Umwege die Möglichkeiten zu schaffen, daß der Landwirt richtig vom Gut auf seinen Hof kommt und vor allen Dingen seine Produkte vom Hof verfrachten und die notwendigen Rohstoffe und Betriebsmittel für seine Wirtschaft sich beschaffen kann.

Eine große Frage hat sich im Zusammenhang mit der sozialen Betreuung unserer Bauern in den letzten Jahren ergeben. Sollen sie sich eine Pflichtkrankenkasse schaffen oder sollen sie das nicht? Diese Pflichtkrankenkasse ist bei allen, die sich mit der Materie befaßt haben, umstritten. Es gibt Länder und es gibt Landesteile, in denen sie gewünscht und es gibt Länder und Landesteile, in denen sie abgelehnt wird. Es wird aber keinesfalls — und das muß hier betont werden — gehen, ohne daß der Bund von sich aus weitgehend Hilfestellung bezieht, denn bei der derzeitigen Lage der Bauernschaft und bei der derzeitigen Anzahl unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung kann das Bauerntum diese Last sicher allein nicht tragen.

Ich darf Ihnen zum Schluß noch folgende Bitte unterbreiten: Wir haben im Ausschuß eine Resolution eingebracht, die zum Inhalt hat, daß das Bauernkammer-Wahlgesetz in der Form geändert werden soll, daß auch die Bauernwähler unserer Fraktion entsprechend in der Landeskammer vertreten sein können. Nahe an 10.000 Stimmen sind bei der letzten Bauernkammerwahl auf unsere Liste abgegeben worden, konnten aber wegen der undemokratischen Aufteilung — sieben Wahlkreise — nicht ein Grundmandat erreichen und sind also nur dort oder da in den Bezirkskammern vertreten. Es wäre nicht mehr als eine demokratische Geste, wenn die, die hier als Demokraten zusammensitzen, sich entschließen könnten, unserem Wunsche Rechnung zu tragen und statt nunmehr 7 Wahlkreise die vier für den Nationalrat und Landtag eingeführten Wahlkreise einzuführen, um damit unseren Bauern die Möglichkeit zu geben, sich auch in der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft vertreten zu lassen. Wir jedenfalls werden diesen Antrag abermals einbringen und ich bitte Sie jetzt, Ihr demokratisches Gewissen aufzurütteln und dabei zu denken, daß auch wir nur aufbauend für unseren Bauernstand wirken wollen.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl Lackner.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Sie müssen mir gestatten, daß ich jetzt ein bißchen von der Landwirtschaftsdebatte abrücke, aber wir werden dann gleich wieder darauf zurückkommen. Wir haben außer unserem Bundesheer in unserer Heimat auch noch tapfere Männer, die das ganze Jahr hindurch in Einsatzbereitschaft stehen, und zwar sind das unsere Feuerwehrmänner, die aber leider, zumindest wenn man sie nicht braucht, viel zu wenig Beachtung finden. Ein Dichterwort sagt, „nicht was glänzt in der Öffentlichkeit ist das Große in der Welt, sondern das, was still seine Pflicht tut“. Und dazu gehören wohl die 29.000 Feuerwehrmänner, die im Jahre 1962 895 mal zu Bränden, 1324 mal zu Einsätzen verschiedener Art, wie Hochwasser, Menschen- und Tierrettung, Bergung von Fahrzeugen usw. ausgerückt sind, wobei sich 83 Unfälle ereigneten, davon einer leider tödlich. Die Steiermärkische Landesregierung, das weiß Herr Landesrat Prirsch, hat im Jahre 1962 6,381.000 S Förderungsbeiträge den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Es ist dies sicherlich ein beachtlicher Betrag, aber ebenso beachtlich ist auch die Eigenleistung der Feuerwehren und der Gemeinden, die aufgebracht wurde, um die ganzen Geräte, Spritzen usw. anzuschaffen. Die Gemeinden an sich haben 8 Millionen Schilling und die Feuerwehren selbst 3,439.000 S aufgebracht. Es wäre sicher auch sehr interessant, festzustellen, wieviel Volksvermögen unsere braven Feuerwehrmänner gerettet haben. Aber viel wichtiger erscheint mir die ideelle Seite, die die Feuerwehren jederzeit zur Stelle sein läßt, wenn es gilt, den Kampf gegen entfesselte Naturgewalten aufzunehmen, wenn es gilt, dem Nächsten zu helfen, ohne zu fragen, für wen und ohne zu fragen, für welchen Lohn. Unsere Zeit braucht wieder Helden, aber nicht mehr Helden unter Waffen, sondern ein Heldentum gütiger Nächstenliebe. Held ist, wer standhält, nicht nur vor dem Feind, sondern auch standhält in der Bewährung, standhält gegen das eigene Ich und es nur so weit gelten läßt, als es der Allgemeinheit nützt. Und das ist gerade dasjenige, das unsere Feuerwehren mehr werden läßt als nur eine Feuerwehr und das immer wieder in aller Öffentlichkeit betont und beachtet werden muß. Ich danke unserem Herrn Feuerwehrreferenten, Landesrat Prirsch, der sehr besorgt um die Feuerwehren ist und sich immer bemüht, alle halbwegs zu berücksichtigen. Ich danke dem Landes-Feuerwehr-Kommando, ich danke aber auch allen steirischen Feuerwehrmännern für ihre stete Einsatzbereitschaft und ich wünsche nur, daß recht viele junge Menschen immer wieder in die Reihen der Feuerwehren kommen, damit der Geist der Kameradschaft, der Geist der Einsatzbereitschaft, wie ihn uns unsere Alten vorgelebt haben, auch weitergetragen wird, wie es auf dem Banner der Feuerwehr steht, „Gott zur Ehr und den Menschen zur Wehr“. (Allgemeiner Beifall.)

Und jetzt blättern wir wieder zurück: Wir haben in der Landwirtschaft — das Kapitel kennen wir alle — sehr viele Sorgen und Probleme, aber ein besonderes Problem sind immer wieder die Meliorationen. Wenn irgendwo etwas gekürzt wird vom Bund her, so ist das bestimmt der Wasserbau oder die Flußregulierungen oder die Meliorationen, das

ist ganz gleich. Wir Bauern müssen schweren Herzens zur Kenntnis nehmen, daß wir durch die Entwicklung, ich möchte fast sagen täglich, viele Hektar besten Bodens verlieren müssen für den Bau von Straßen, Wohnungen usw. Aber auf der anderen Seite sind auf Grund eines Planes, der im Jahre 1951 aufgestellt worden ist, bis heute noch 32.000 ha versumpfter Flächen zu meliorisieren. Der Kostenpunkt wäre dafür 560 Millionen Schilling. Ich möchte extra betonen, diese 32.000 ha wären alles Flächen, die mit Maschinen bearbeitet werden könnten, heute aber nur saures Heu liefern. Die Zeit des Hafer-Mercedes ist schon langsam vorbei, überall rückt der Traktor an, also hat dieses saure Heu überhaupt keine Verwendung mehr. Auf der anderen Seite aber muß sich der Bergbauer auf den steilen Leitern, ja sogar auf den Almen abrackern, um das Heu zu gewinnen. Es ist daher wirklich dringend an der Zeit, daß von oben her endlich einmal erkannt wird, daß der Melioration ein erster Rang zuzusprechen ist. Damit man das aber erfolgreich durchführen kann, ist die in weiten Gebieten noch offene Grundzusammenlegung erforderlich, weil erst daraus dann das ganze Grundstück richtig durchgerodet wird. Weiters haben wir in der Landwirtschaft noch ein Sorgenkind und dieses ist wohl der Bergbauer. Es wird vom Bergbauern seit vielen Jahren viel gesprochen und geschrieben und ich wäre vielleicht undankbar, wenn ich sagen würde, nichts getan. Es wird auch den Bergbauern sicher eine große Unterstützung gewährt. Seitdem es Bergbauern gibt, haben diese immer gegenüber den anderen Bauern im Flachland oder im Hügelland eine Sonderstellung. Sie sind in ihrer Entwicklung hinten, aber nicht deshalb, weil sie vielleicht weniger aufgeschlossen sind, sondern weil sie vor unüberwindbare natürliche Grenzen gestellt sind. Das ist der Steilhang und das Klima. Durch die großen Förderungsmittel, ob sie vom Land oder vom Bund sind, Besitzfestigung, Kleinlandwirteförderung usw., konnten die Bergbauern den Kampf, den sie seit Jahrhunderten mit diesen natürlichen Grenzen erfolgreich geführt haben, halten. Und jetzt taucht dann noch zu den Problemen ein neues Problem auf. Davon ist gestern auch schon gesprochen worden. Der Herr Abg. Zinkanell und der Herr Abg. Leitner, beide haben sich darüber ausgesprochen. Die Frage lautet: Wird der Bergbauer auch in einem geeinten Europa bestehen können? Wird er in der Zeit, wo alles im Zeichen der Automatisierung, der Technik steht, sich dort auch noch behaupten können? Der Herr Abg. Zinkanell hat ausgeführt, daß verschiedene Betriebswirtschaftler und Wissenschaftler gesagt haben, nein! Kleinere Betriebe müssen zusammengelegt werden und in größere ausgebaut werden. (Abg. Zinkanell: „Es muß ihnen entsprechend geholfen werden.“) Und für die Bergbauernbetriebe ist am besten, daß man sie aufforstet. Damit könnte man am leichtesten das Problem lösen. Herr Abg. Leitner, Sie haben gestern irgend etwas zitiert, daß ich einmal etwas gesagt habe, daß ein Drittel der Bergbauern im Aussterben ist. Wie war das? Sie haben das sehr bedauert. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Leitner.) Auf jeden Fall muß ich sagen, das ist doch richtig. Warum soll man nicht die Wahrheit sagen. Es ist

uns um ein Drittel unserer Bergbauern bang, die schon viel verlieren. Und wenn Sie weiter gelesen hätten, hätten Sie sehen müssen, daß ich sehr wohl gesagt habe, es muß alles unternommen werden, um auch dieses Drittel zu halten. Zu diesem Drittel gehöre ich selber. Ich bin nämlich auch hoch oben. (Landeshauptmann Krainer: „Das müssen Sie einmal anschauen, wie er oben pickt, wie ein Schwalbennest.“) Auf jeden Fall bin ich der Meinung . . . (Zwischenruf von der SPO: „Hat er keine Beihilfe bekommen als Bergbauer?“ — Landesrat Priirsch: „Er hat überhaupt noch keine bekommen, das möchte ich feststellen, weil er gar keine nimmt als Abgeordneter.“) Auf jeden Fall bin ich als Bergbauer und als Sprecher der Bergbauern der Meinung, daß, ob der Bauer in Zukunft in einem geeinten Europa bleiben oder bestehen wird oder nicht, er selbst bestimmen wird und bestimmen muß und nicht irgendein Betriebswirtschaftler oder ein Wissenschaftler. Er selbst muß es bestimmen, und er hat seine Lebensberechtigung auch in einem geeinten Europa, er muß nur seine Funktionsbedingungen eben entsprechend ausbauen. Und zwar muß der Bergbauer neben der Viehzucht, neben der Milchwirtschaft und dort, wo auch der Wald vorhanden ist, neben der Waldwirtschaft sich auch dem so bedeutungsvollen Fremdenverkehr noch viel mehr aufschließen. Und ich möchte jetzt ganz bewußt den Bergbauern und den Fremdenverkehr zusammen erwähnen, weil zwischen Fremdenverkehr und Bergbauern ja sehr enge Beziehungen überhaupt bestehen. Es fließen der Landwirtschaft durch den Fremdenverkehr nicht nur wesentliche Einnahmen zu, die sie für die Erhaltung ihrer Existenz braucht, sondern es liefert ja gerade die Landwirtschaft die Grundlagen für den Fremdenverkehr. Wir erzeugen ja die Produkte, die die Leute zum Leben brauchen, und wir stellen ja die Ferienlandschaft bei, den Wald, die Wiesen, die Berge, wo so viele tausende Menschen aus den Großstädten und Industriestädten zu uns kommen und Erholung finden.

Es ist daher eine berechtigte Frage, ob nicht die Bemühungen um die Entwicklung des Fremdenverkehrs auch der Landwirtschaft und im besonderen den Bergbauern einen besonderen Auftrieb geben. Ich möchte da nicht außer Acht lassen, daß der Herr Referent, der Herr Landesrat Wegart, bereits in viele Gemeinden besondere Mittel, Zuschüsse hingibt, über die er sicher noch selber sprechen wird. Was jedoch der Landwirtschaft auch besonders nützt, ist die Vermehrung des Konsums der von uns produzierten Lebensmittel. Und der Butterberg, der in der Steiermark auch sehr große Sorgen gemacht hat, der ist wesentlich durch den Fremdenverkehr vermindert worden. Und die ganze Frage jetzt mit dem Überangebot von Schlachtvieh und Fleisch kann genauso auf diese Art und Weise auch vermindert werden. Wir könnten durch höhere Umsätze, durch bessere Preise und bei etwas mehr Verständnis für die bäuerlichen Belange allmählich die Subventionspolitik abbauen und auf diese Art dem Bauer selber auf die Füße helfen. Auf der anderen Seite schenkt die Land- und Forstwirtschaft dem Fremdenverkehr mit ihren Güterwegen, Forstaufschließungswegen, Almaufschließungswegen einen unschätzbaren Wert, führen doch gerade diese Wege

eben den Autofahrer mitten in unsere Bergheimat. Und wenn manchmal der Interessentenbeitrag, der auch für die Besitzer sehr hoch ist, zu hoch war, so ist in manchen Fällen der Landesfremdenverkehrsreferent eingesprungen und hat da mit den Interessentenbeitrag tragen geholfen. Und gerade in meiner Heimat — wer Donnersbach kennt, weiß, es ist ein extremes Bergland —, da wäre die Plannerstraße noch lange nicht befahrbar, wenn nicht wir ebenfalls in dem Fall vom Referat des Fremdenverkehrs beträchtliche Mittel bekommen hätten, so daß wir heute jedenfalls auf die Planner fahren können. Ich bitte daher den Landesfremdenverkehrsreferenten, diesem bedeutungsvollen Stand weiterhin ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich weiß, daß ich ein heißes Eisen berühre, wenn ich von der Fremdenbeherbergung in der bäuerlichen Wirtschaft spreche. Sie ist aber aus dem Wirtschaftsgeschehen nicht mehr wegzudenken. In manchen Gebieten der Obersteiermark, ob das im Ennstal, in Rohrmoos, in Oberwölz oder in Ranten oder von mir aus in Krakau-Hintermühlen ist, ganz gleich, wenn diese Bauern dort nicht den Fremdenverkehr zu Hilfe hätten, würden sie seit vielen Jahren nur mehr vegetieren, ja es wären sogar bestimmt sehr viele gezwungen, abzubauen. (Abg. Schläger: „Ordentliche Subventionen müßten sie kriegen!“) Also da muß man dem Bauern auf die Füße helfen, denn er hilft sich selber nicht ganz. Und hier fällt der Fremdenverkehrswirtschaft die bedeutende Aufgabe zu, dem Bauern zu helfen, daß er auf seiner Scholle bleibt. Und gleichzeitig bietet auch die Fremdenverkehrswirtschaft mit ihrem Personalfordernis vielen bäuerlichen Menschen, ohne daß sie den Heimatboden verlassen müssen, eine artverbundene Beschäftigung und damit einen steigenden Lebensstandard. Es wäre daher sehr zu begrüßen, daß auch von Seite der Landwirtschaft eine Kreditaktion ins Leben gerufen würde, die den Bauern den Ausbau von Bodenräumen ermöglichen würde. Es könnte damit so mancher Bauer nicht nur schöner wohnen, sondern gerade im Sommer würde man diese Räume dem Fremdenverkehr zuführen und sie an diese Leute vermieten, um dadurch eine wesentliche Einnahme zu erzielen. Aber nicht nur rein materieller Nutzen verbindet die Landwirtschaft mit dem Fremdenverkehr. Es ist in vielen Gebieten der Obersteiermark Selbstverständlichkeit geworden, daß unsere Landjugend in Heimatabenden unser Volks- und Brauchtum zum besten gibt, welches von den Gästen immer mit großer Begeisterung entgegengenommen wird. Und dadurch wird auch das Selbstvertrauen unserer bäuerlichen Jugend gestärkt. Es wird daher durch den Fremdenverkehr, durch das Zusammenwirken mit der Landwirtschaft auch unserer Kultur ein wertvoller Dienst erwiesen. Ich stimme daher mit Überzeugung dem Budgetvorschlag für die Fremdenverkehrsförderung zu, weil ich überzeugt bin, daß darin auch ein wesentlicher Teil der Bergbauernförderung drinnen ist. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Abgeordneter Edlinger hat das Wort.

Abg. **Edlinger:** Hohes Haus! Der Berichterstatter zur Gruppe 7 sowie auch der erste Debattenredner

haben in erster Linie die Landwirtschaftsförderung, die Mechanisierung und die Technisierung der Landwirtschaft für richtig und notwendig befunden. Ich stimme dieser Forderung vollinhaltlich zu. Denn es ist wirklich der einzige Ausweg, daß man dem Landwirt noch etwas besser helfen kann durch die Maschinen, die die Arbeit erleichtern, Zeit ersparen und die zeitgerechte Bearbeitung unserer Äcker ermöglichen. Der Einsatz der Maschinen verbilligt auch die Produktion. Es ist vielleicht einer der wenigen Wege, die beschritten werden können, daß man wirklich der Landwirtschaft, vor allem den kleinen Betrieben, mit dieser Mechanisierung helfen kann. Selbst die Präsidentenkonferenz nimmt zum Problem „Kleinbauern“ Stellung und man hat dort die Forderung aufgestellt, Grundaufstockung für die Kleinbauern, Verbesserung der Betriebsstruktur, Grundzusammenlegung und überbetriebliche Mechanisierung besonders zu fördern. Zum letzteren glaube ich, etwas sagen zu müssen. Seit ich hier im Hohen Hause bin, habe ich fast zu jeder Budgetberatung mich gerade zur Mechanisierung und Technisierung zu Worte gemeldet und wir von der sozialistischen Fraktion haben immer wieder darauf verwiesen, daß man die überbetriebliche Technisierung durch die Gemeinde-Maschinenhöfe am leichtesten und vor allem am wirksamsten durchführen kann. Wir haben aber leider kein Verständnis gefunden auf der Gegenseite und es ist uns nicht gelungen, etwas höhere Dotierungen für diese Post zu erreichen. (Landesrat Prirsch: „Muß ich Ihnen erzählen, welche Summen gestrichen worden sind bei der Landwirtschaft?“) Im Gesamtbudget für 1963 sind für die Mechanisierung und Technisierung 1,750.000 S vorgesehen. Diese 1,750.000 S setzen sich zusammen: 100.000 S kommunale Förderung, 500.000 S Technisierung in der Landwirtschaft, 1,150.000 S für die Technisierung der bäuerlichen Hauswirtschaft. Über die Gelder der beiden letzten Posten verfügt die Landesbauernkammer. Über die 100.000 S verfügt die Abteilung 8. Neun Jahre lang sind dieselben Ansätze für die kommunalen Maschinenhöfe im Budget. Neun Jahre ist immer nur ein und derselbe Betrag für die Technisierung eingesetzt und da muß ich wirklich sagen, wenn das so ein Anliegen des steirischen Bauernbundes ist und der ÖVP-Bauernvertretung, daß die Mechanisierung und Technisierung eines der ersten Mittel ist, die uns in der Landwirtschaft helfen sollen, so muß ich eben mit Bedauern feststellen, daß der zuständige Referent wenig dazu beigetragen hat, daß diese Mittel erhöht werden. Wir haben immer wieder und in jedem Jahr versucht, vor allem Mittel für die kommunalen Maschinenhöfe zu erhöhen. Im heurigen Jahr haben wir uns besonders bemüht, diesen Betrag zu erhöhen und der Kollege Zinkanell hat sich wirklich eingesetzt und mit dem Referenten stundenlang darüber gesprochen (Landesrat Prirsch: „Stundenlang zwar nicht, aber in einer freundschaftlichen Atmosphäre!“) und Sie haben zugesagt (Landesrat Prirsch: „Zugesagt habe ich nichts!“), Sie werden sich bemühen, und nun muß ich wirklich sagen, es hat mich tief berührt, daß Sie, wo ich doch weiß, daß Sie „ein Mann — ein Wort“ sind, hier dann doch versagt haben. (Landeshauptmann Krainer:

„Du, sei vorsichtig!“) Herr Landeshauptmann, ich habe schon einmal die ungerechte Verteilung dieser 100.000 S bekräftelt. Sie erfolgt so, daß sie nicht den bestehenden Maschinenhöfen zugute kommt, sondern anderen Gemeinden, die gar keine Maschinenhöfe haben. (Landeshauptmann Krainer: „Die müssen sie neu gründen!“ — Zwischenruf von der SPÖ: Die Verteilung erfolgt dann immer während der Regierungsferien!) Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich möchte eines bitten, Sie mögen sich der Sache auch annehmen. (Landesrat Prirsch: „Das geschieht immer in der Regierung, immer wenn alle da sind, es wird niemals als Ferialangelegenheit erledigt.“) Ja, jetzt, die letzten zwei Jahre. (Zahlreiche Zwischenrufe.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Edlinger hat das Wort.

**Abg. Edlinger:** Ich möchte also bitten, daß man diese 100.000 S bei der Verteilung vor allem nicht dorthin gibt, denen es eigentlich gar nicht vermeint ist. (Landeshauptmann Krainer: „Die sozialistischen Gemeinden hast Du gemeint?“) Es ist ja wirklich wichtig und notwendig und ich muß daß wirklich ein bißchen ausführlicher hier behandeln. Wir wissen alle, daß jetzt wirklich schon viele Traktoren in den Landgemeinden vorhanden sind. Aber es ist so, daß nicht einmal 10% der Traktoren die sogenannten Zusatzgeräte haben. Und gerade die Zusatzgeräte ermöglichen erst den richtigen Einsatz der Traktoren. Und diese Zusatzgeräte sind ja sündteuer und für den einzelnen ganz unrentabel. Und wenn schon gesprochen worden ist von dem großen Aufwand an Maschinenkapital in der Landwirtschaft, so ist das richtig und wahr. Wenn der Landwirt die Zusatzgeräte, so wie wir das planen und wir das gut meinen, durch die Gemeinden bekommt, wo also der kleine und mittlere Besitzer dann die Möglichkeit hat, einen Kartoffelroder oder eine Fräse oder all diese für den Gemeinschaftseinsatz geeigneten Geräte dort gegen billige Gebühr auszuleihen, so ist das doch, glaube ich, wirklich eine sinnvolle Einrichtung. In meiner Nachbargemeinde z. B. ist ein Bauer, der ein bißchen fortschrittlich ist, der hat sich einen Düngerstreuer gekauft. Der verlangt 80 S für die Stunde, nur für das Ausleihen. Das kann man doch nicht auf sich nehmen, das kann man doch nicht zahlen, das kann sich doch niemand leisten. All diese Zusatzgeräte ermöglichen es erst dem kleineren Besitzer, die Maschine in der Landwirtschaft anzuwenden. (Abg. Pabst: „Wie heißt denn der Bauer, der 80 S verlangt für die Leihgeräte?“) Ulli Johann in Kühndorf Nr. 7, Post St. Johann. (Zwischenruf von der ÖVP: „Bitte schön, aufschreiben!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) 35 S ist die Benützungsg Gebühr für eine Traktorstunde, Herr Landesrat. Schauen Sie, ich bin ja der Obmann von den Maschinenhöfen, deswegen rede ich ja immer davon, weil ich wirklich überzeugt bin, daß das richtig ist für unsere Klein- und Mittelbetriebe. Wie ich schon früher sagte, diese Zusatzgeräte sind ganz einfach für den einzelnen nicht erschwinglich. Wie wir im Jahre 1954 mit den Maschinenhöfen angefangen haben, haben wir in erster Linie Traktoren

einstellen müssen, weil in der ganzen Gemeinde noch gar kein Traktor war. Jetzt sind Traktoren genug vorhanden und da werden wir doch nicht so ungeschickt sein und die Maschinenhöfe mit Traktoren ausrüsten. Heute kommen in erster Linie nur mehr die Zusatzgeräte in Frage, und ich glaube, gerade das ist schwierig, aber notwendig, wenn man von einer Arbeitsvereinfachung und wenn man von einer Produktionsverbilligung reden will. (Abg. Neumann: „Der Gemeindetaktor kommt ja auch zu teuer!“) Was ist teuer? (Abg. Neumann: „Zu teuer kommt der Maschinenhoftraktor, er kostet oft mehr als der private.“) Ja, das kann vorkommen. Dem Land kostet ja die ganze Förderung viel Geld, und warum soll nicht die Gemeinde auch etwas für den Stand in der Landwirtschaft in der Gemeinde leisten. Das soll ja gar keine Einnahmequelle sein für eine Gemeinde. (Abg. Hans Brandl: „Sozialistische Kommunalpolitik!“) 3.500.000 S sind für 1963 wieder für Aufbaugelände und vor allem wieder für das Grenzland hineingebaut worden. Ich weiß nicht, ob alle Abgeordneten wissen, wieso und warum man überhaupt zu Aufbaugeländen gekommen ist. Seinerzeit hat die Landesbauernkammer zur Förderung, zur speziellen Förderung der Notstandsgebiete die sogenannten Umstellungsgebiete geschaffen, und das war im Jahre 1953. Umstellungsgebiete, weil man sich gesagt hat, es gibt so viele Gebiete in der Steiermark, die noch immer Ochsen aufzuchten. Und da hat man im Koralm- und Gleinalmgebiet und vor allem in Obdach die sogenannten Umstellungsgebiete geschaffen, um den Leuten die Umstellung von den Ochsen auf die Milchwirtschaft und vor allem auf die Jungmast zu erleichtern. Und bei der Umstellung ist man darauf gekommen, daß nur mit dem Umstellen allein nicht gedient ist, daß das nicht möglich ist, daß da oft verschiedene Voraussetzungen hiezu notwendig sind, damit man umstellen kann. Man ist dann hergegangen, man hat die Grünlandflächen, Trennung von Wald und Weide, Wasserversorgung und so weiter geregelt, alles das ist hineingekommen in diese Umstellungsgebiete. Sie wurden dann „Aufbaugelände“ genannt. Nun, wie ich schon früher gesagt habe, sind bereits im Jahre 1953 diese Versuche gemacht worden. Und ich muß sagen, daß diese Einrichtung und Förderung sich sehr gut ausgewirkt hat. Es ist diese Einrichtung von ganz Österreich die erste gewesen, die auf diese Art die Förderung speziell auf diese Gebiete ausgedehnt und dort intensiv durchgeführt hat. Förderungsbeamte anderer Bundesländer sind sogar gekommen und haben geschaut, wie die Geschichte geht und haben es nachgemacht. Aber eines, sehr Verehrte, und das ist jetzt vielleicht für uns wichtig, und ich habe darauf Kollegen Zinkanell auch im Hauptausschuß und in der Vollversammlung der Landesbauernkammer hingewiesen, daß ein Teil dieser Aufbaugelände endlich einmal fertig werden muß, denn jeder weiß, wenn einer etwas baut, so muß er doch einmal fertig werden. Und nachdem sieben und acht Jahre zum Teil Aufbaugelände bestehen, da war es unsere berechnete Forderung, daß da endlich einmal die Handwerker und die Meister, ich meine da die Förderungsbeamten dort, abgezogen und auf einem anderen Gebiet einge-

setzt werden. Wenn heute in der Steiermark 27 Aufbaugebiete bestehen und ca. 150 Gemeinden umfassen, so sind noch vier Fünftel der Gemeinden der übrigen Steiermark ohne Intensivbetreuung, und jeder, der die Steiermark kennt, weiß, daß es in jedem Gebiet, es ist gar keines ausgeschlossen, Betriebe gibt, die besonders zu betreuen sind. Sehen Sie, vier Fünftel der Bauern warten jetzt darauf, daß endlich auch dort einmal intensiv Förderung betrieben wird. Und deswegen ist es unsere Forderung, daß man eben von diesen Aufbaugebieten auch die Handwerker abzieht, weil die am meisten kosten, und sie in ein anderes unbetreutes Gebiet hingibt. Und weil ich von den Kosten rede, möchte ich auch darauf verweisen, daß die Landesbauernkammer eine sehr schwere Last an Personalkosten am Buckel trägt. 33 Millionen Schilling sind die Personalkosten, sogar ein bisserl drüber, und 21 ½ Millionen Schilling, ziemlich genau, ist das Aufkommen durch Kammerumlagen. Um ein ganzes Drittel höher, Herr Landesrat. (Landesrat Prirsch: „Wir müssen den Zuschuß erhöhen im nächsten Jahr; den meinen Sie ja, den Personalkostenzuschuß?“) Um ein ganzes Drittel ist der Personalaufwand höher als die Umlagen, die wir dort selbst hineinzahlen. Also ich meine, das kann doch nicht sein, Herr Landesrat Prirsch. (Landesrat Prirsch: „Nein, wir müssen den Zuschuß erhöhen.“) Das ist uns Ernst und deswegen haben wir auch nicht mitstimmen können, daß Sie die Umlagen erhöht haben von 220% auf 250%, weil wir gesagt haben, unsere Wünsche und unsere Vorschläge werden überhaupt nicht angehört, wenn man dort etwas meint, da wird man höchstens ausgelacht und gesagt: Wir wissen, Ihr braucht es nur für Personal. Und gerade der Abg. Pabst hat in der Kammervollversammlung erklärt, wir sind deswegen dagegen, daß die Umlagen erhöht werden, damit wir draußen am Land eine Propaganda haben. (Abg. Pabst: „Das behaupte ich auch jetzt noch.“) Na, mit 30% werden wir nichts gewinnen draußen, das weiß ich. Aber wir sind dagegen gewesen, weil die Kammer sich wirklich nicht ernstlich bemüht, bei diesen Personalausgaben ein bisserl zu schauen, daß sie weniger werden. (Abg. Pabst: „Auf der anderen Seite haben Sie gerade verlangt, daß noch mehr betreut und beraten werden müßte; womit denn?“) Und wenn wir das dort verlangt haben und dann dagegen sind, dann war es keine Propaganda, das war wirklich unser Ernst, weil wir gesagt haben, auf diese Art . . . (Landesrat Prirsch: „Nicht dagegen gestimmt, der Stimme enthalten.“) Ja, da haben Sie Recht, dagegen nicht, Sie haben Recht, Herr Landesrat, da muß ich Ihnen wieder einmal Recht geben.

Sehr verehrte Abgeordnete, ich glaube, alles das, was von unserer Seite gut gemeint wird, wird von Euch nicht zur Kenntnis genommen (Landesrat Prirsch: „Wird ernst genommen.“) und wir sind wirklich bemüht, so wie unser Abg. Zinkanell gestern erklärt hat, wirklich ernstlich bemüht, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, wo wir nur können. Und ich glaube, das ist notwendig noch einmal zu erklären, daß wir wirklich ernstlich mithelfen wollen, daß es unserem Bauernstand besser gehen soll. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ing. Koch.

Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte eigentlich gern, daß die Herren von der verstaatlichten Industrie, der Herr Sekretär Ileschitz und der Herr Landesrat Gruber und der Herr Kollege Wurm auch meine Worte hören würden, weil ich sie gerade ansprechen will. (Abg. DDr. Hueber: Die haben draußen eine wichtige Beratung.“) Scheinbar sind die Beratungen draußen wichtiger. Ich darf nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie nur kurz folgendes aufzeigen: Seit Jahren und in den letzten Jahren wieder wird uns vor Augen geführt, unter welchen Schwierigkeiten gerade die zerschlagene verstaatlichte Industrie aufgebaut worden ist. Und ich darf Ihnen das bestätigen, und zwar deshalb, weil ich mit den Lehrlingen der gewerblichen Wirtschaft, aber auch mit verschiedenen anderen Ausflüglern diese verstaatlichte Industrie besucht habe. Und wir haben beispielsweise bei den Voest-Werken folgendes gehört im Gespräch mit diesen Leuten, ähnlich, wie der Herr Abg. Ileschitz erzählt hat, wie sie aus dem Nichts, aus dem Trümmerhaufen diese Industrie wieder aufgebaut haben. Und sie können mir glauben, daß uns als Handwerksmeister aus der Metallbranche das natürlich mitbewegt und diese älteren Fachleute dort haben mit ihrem profunden handwerklichen Können nicht nur an der Drehbank, sondern auch am Schraubstock und an jeder einzelnen Maschine es wieder vollbracht, etwas zusammenzutragen. Sie haben aus den Schrotthöfen das zusammengetragen, und Sie können mir glauben, daß es uns alle mit Stolz erfüllt, wenn wir in solche Industrien gehen. Und wir haben sie besichtigt, und ich darf es sagen, daß es jeden Steirer in erster Linie mit Stolz erfüllen muß, wenn wir in Donawitz beispielsweise eine der modernsten Walzstrecken in ganz Europa haben, wenn die Voest-Werke usw. heute gut gehen. Natürlich, glauben Sie ja nicht, daß wir dafür kein Empfinden und kein Gefühl hätten. Uns ist es auch verständlich, daß jene Männer, die aus dem Nichts mitgeholfen haben, das wieder aufzubauen, daran hängen. Ich darf aber auch darum bitten, das gleiche Verständnis aufzubringen für jene Stände, die auch aus dem Nichts im Jahre 1946 oder 1945 begonnen haben und ich muß Ihnen sagen, daß ich persönlich, der ich im Krieg auch restlos alles verloren habe, aus dem Schrotthaufen noch das herausgeholt habe, was die verstaatlichte Industrie nicht mehr verwerten konnte. Ich habe diese Brocken mühsam zusammengetragen und mir andere Teile dazu konstruiert und mir so meine Werkstätte eingerichtet. Ich habe immer wieder veranlaßt, daß von Berufsschülern und daß bei Gemeinschaftsausflügen diese großen Werke in Österreich besichtigt werden, ein Kaprun, ein Ybbs-Persenbeug, das sind solch gewaltige Bauwerke, die im Vergleich zu diesem winzigen Österreich uns alle mit Stolz erfüllen müssen. Ich möchte das deshalb aufgezeigt haben, weil man nicht annehmen soll, daß wir eine Zerschlagung der verstaatlichten Industrie wollen, daß wir die Arbeitsplätze gefährden. Ganz im Gegenteil! Wenn es

uns ernstlich darum zu tun ist, die Arbeitsplätze zu erhalten, dann werden wir Sorge tragen müssen, daß diese Industrien auf eine gesunde wirtschaftliche Basis gestellt werden, um den Arbeitsplatz zu erhalten, um den jeder einzelne ganz besonders bangt, wenn er mitgeholfen hat, aus dem Nichts das zu schaffen. Dies ist ein ehrlicher Wille und es ist daher nicht richtig, herumzureden, es wird verschachert, es wird verklopft und so weiter. Glauben Sie mir, wenn es nicht gelingt, diese Dinge wieder kommerziell auf gesunde Beine zu stellen, so werden wir alle miteinander eines Besseren belehrt werden. Ich darf Sie auch bitten, zu überlegen, was derzeit in Österreich schon an defizitären Betrieben besteht. Das ist unwahrscheinlich. Allein die Ausfallhaftungen, die wir im Steirischen Landtag in den letzten Jahren bedecken müssen — und der Herr Finanzreferent wird hier ein sorgenvolles Lied singen können —, wo wir uns einbilden, daß wir aus nationalen Interessen Fohnsdorf erhalten müssen, daß wir eine Reihe anderer Betriebe, beispielsweise das Preßspanwerk Wies usw. erhalten müssen. Aber glauben Sie mir, wie lange werden wir das noch aushalten können, daß wir aus den Steuererträgen immer neu dazukommende defizitäre Betriebe abdecken? Das wird ja einmal ein Ende haben und darum bestehen wir darauf! Einzelne Wirtschaftler behaupten sogar, daß es eine Reihe verstaatlichter Betriebe gäbe, die am Rande des Konkurses stünden! (Abg. Ileschitz: „Das sind in erster Linie USIA-Betriebe!“) Das ist eine ernste Sorge! Das bewegt uns mit gleicher Sorge wie Sie. Und aus dieser Sorge heraus glauben wir, daß wir das festigen müssen, und zwar nach kommerziellen Grundsätzen und nicht anders. Es ist meiner Meinung nach verwerflich, politische Dinge daraus zu machen. Es ist eine ernste Frage. Und wenn heute der Herr Kollege Ileschitz aufgezeigt hat, daß man in letzter Minute versuchen soll, die Vorbereitungen für die Integration zu treffen, so darf ich Ihnen berichten, daß in der Privatindustrie — halten Sie einmal Umschau — sich schon sehr viele bereits umgestellt haben, daß es heute in der privaten Stahlindustrie Europa-Profile gibt, daß in der eisenverarbeitenden Industrie bereits normenmäßige Umstellungen erfolgt sind, daß auch in der Kunststoffverarbeitung die private Industrie bereits diese Dinge angegangen ist. (Landesrat Gruber: „Glauben Sie, daß das in der verstaatlichten Industrie nicht der Fall ist?“) Und wenn Sie den Kollegen Dr. Abmann fragen, so bereist er seit Jahren schon ganz Europa, um sein Kunststoffwerk im Grenzland umzustellen. (Landesrat Gruber: „Glauben Sie, daß das nur in der Privatindustrie geschehen ist?“) Bitte, ich sage auch in der Privatindustrie.

Aber grundsätzlich und abschließend darf ich folgendes sagen: Wir werden in Österreich, wenn wir uns zu einer freien Wirtschaft und zu einem freien Lande bekennen, versuchen müssen, auch die Wirtschaft möglichst frei zu erhalten. Die Verstaatlichung ist seinerzeit deshalb eingeführt worden, um die Betriebe vor dem Zugriff der Besatzer zu retten. (Landesrat Gruber: „Nicht nur!“) Aber aus Kompromiß zu den Sozialisten wird uns wahrscheinlich gar nichts anderes übrig bleiben, als einen bestehenden Stock der Verstaatlichten erhalten zu

müssen. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe — Landesrat Gruber: „Nur aus Kompromissen zu den Sozialisten will man einen Teil der verstaatlichten Betriebe erhalten?“ — weitere unverständliche Zwischenrufe.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Ing. Koch hat das Wort!

**Abg. Ing. Koch:** Ich erlaube mir als frei gewählter Abgeordneter, auch meine private, eigene Meinung zu sagen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ich komme gleich auf Sie zurück. Ich darf hier klipp und klar auch folgendes aufzeigen: Der Herr Kollege Leitner hat im Laufe der Budget-Debatte laufend von sozialistischer Wirtschaft und von sozialistischen Ländern gesprochen. Und auf die gestrige Frage, worin der Unterschied bestünde zwischen den volksdemokratischen Sozialisten und anderen hat er erklärt, „keiner“.

Ich möchte abschließend nur noch sagen, wenn es einem Sozialisten auch ernst ist, unser Vaterland frei zu erhalten, so soll man auch in der Wirtschaft ein klares Bekenntnis aussprechen, daß eine Verstaatlichung nichts anderes ist wie jene in Rußland. (Abg. Ileschitz: „Die Kunststoffindustrie soll und muß verstaatlicht bleiben!“ — weitere Zwischenrufe.)

**Präsident:** Der Abg. Koch hat das Wort. Das ist ja ein Diskussionstag!

**Abg. Ing. Koch:** Ich wollte nur den Appell an Sie gerichtet haben, daß wir uns alle darnach zu richten haben, daß die Arbeitsplätze in der Wirtschaft im ersten Wollen auf beiden Seiten gesichert werden müssen, sollen wir in Zukunft in der Großraumwirtschaft bestehen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Gottfried Brandl.

**Abg. Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Mein Namenskollege Hans Brandl hat bereits auf die Abwanderung der Forstarbeiter und auch auf die dringende Notwendigkeit der Verkürzung der Ausbildungszeit bei den Forstarbeitern hingewiesen. Ich kann das nur unterstreichen. Meine Damen und Herren, es sei mir gestattet, im Rahmen dieses Kapitels noch kurz die allgemeine wirtschaftliche Lage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer im Jahre 1962 unter besonderer Betonung der Landarbeiter zu streifen. Der bäuerlichen Betriebs-Struktur entsprechend sind in der steirischen Landwirtschaft vorwiegend familieneigene Arbeitskräfte beschäftigt. Neben der landwirtschaftlichen Statistik des Jahres 1960 sind, gemessen an der Gesamtzahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer nur mehr knapp 10% familienfremde Arbeitskräfte vorhanden. Nach den Angaben der Landwirtschaftskrankenkasse ist vom 1. August 1961 zum 1. August 1962 ein weiteres starkes Absinken der Land- und Forstarbeiter festzustellen. In diesem Zeitraum sind es 1993 Personen weniger geworden. Zu betonen ist, daß es sich bei diesen 1993 Personen zum überwiegenden Teil um Landarbeiter han-

delt, die innerhalb eines Jahres in außerlandwirtschaftliche Berufe abgewandert sind. Von diesen 1993 Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft sind 1377 Landarbeiter abgewandert, der Rest verteilt sich auf Forstarbeiter und die übrigen bei der Landwirtschaftskrankenkasse versicherten Berufsgruppen. Zuzugewandert sind mit dem Stichtag 1. August 1962 in Steiermark nur mehr 16.759 Landarbeiter vorhanden. Diese Abgänge in der steirischen Land- und Forstwirtschaft halten sich mit den Abgängen des Vorjahres 1960/61 so ziemlich die Waage. Die in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber lebenden familienfremden landwirtschaftlichen Arbeiter haben sich in diesem Zeitraum — wieder mit dem Stichtag 1. August 1961 zum 1. August 1962 — um 1193 Personen verringert. Der Abgang der männlichen Arbeitskräfte, die in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber leben, erreichte die Zahl 423, die der weiblichen die Zahl 770.

Es ist daraus zu ersehen, und das ist auch ein gesamtösterreichisches Bild, daß sich die Zahl der weiblichen Landarbeiterinnen jährlich stärker verringert als die der männlichen. Und wie uns die Altersstatistik sagt, sind es vorwiegend die jüngeren Arbeitskräfte, die die Landarbeit verlassen, die sich eine erfolgversprechendere anderwärtige Tätigkeit als in der Landwirtschaft suchen und aus diesem Grunde der Landwirtschaft den Rücken kehren. Der Österreichische Landarbeiterkammertag befaßte sich mit diesem Tatbestand und stellt zu diesem Zweck die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer unter 18 Jahren in den Jahren 1959, 1960 und 1961 vergleichsweise gegenüber und benützt dazu die Nachweisungen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungen in den letzten drei Jahren ebenfalls wieder mit dem Stichtag erster August. Daraus ist ersichtlich, daß das Absinken der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Jugendlichen sehr deutlich in Erscheinung tritt. Diese Zahl der Jugendlichen hat sich von 1959 auf 1960 um 23% und von 1960 auf 1961 um weitere 12% verringert. Dieses gesamtösterreichische Bild läßt den Schluß zu, daß es nicht die Landarbeitsflucht allein ist, also das Abwandern von bereits in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Jugendlichen, sondern daß sich überhaupt sehr wenig Jugendliche bereit finden, Berufe in der Land- und Forstwirtschaft zu ergreifen.

Erfreulicherweise ist im Lande Steiermark das Absinken der Jugendlichen von allen österreichischen Ländern am geringsten, ja, man kann sogar feststellen, daß bei den 16-, 17- oder 18jährigen vom Jahre 1960 zum Jahre 1961 ein kleines Ansteigen zu verzeichnen ist, ein Zeichen, daß in der Steiermark bereits wirksame Maßnahmen ergriffen wurden, den in der Landwirtschaft notwendigen Nachwuchs an Arbeitskräften zu sichern und dafür zu sorgen, daß die Arbeitskräfte auch eine schulische Ausbildung erfahren. Und hier verdient die steirische landwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle besonderes Lob. Die Zahl der Lehrlinge — das hat auch schon Kollege Hans Brandl erwähnt —, die Zahl der Lehrlinge ist konstant und hat sich vom Jahre 1960 auf das Jahr 1961 nur wenig verändert. Die Ziffern des Jahres 1962 stehen noch

nicht zur Verfügung, doch wurden auch hier eine Reihe von Kursen für die Lehrlingsstufe, für die Gehilfenstufe, für die Facharbeiterstufe und Kurse als Vorbereitung für die Meisterprüfung von der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Landeskammer veranstaltet, um die Jugendlichen auf diese Art für die Berufsarbeit zu schulen. Seit dem Bestande der Lehrlingsfachausbildungsstelle, auch eine für Steiermark interessante Zahl, gingen 29.465 Personen durch die von dieser Fachausbildungsstelle geleistete Berufsausbildung durch. Aus einer Mitteilung des Landesschulinspektors für das landwirtschaftliche Schulwesen in der Steiermark geht hervor, daß im Schuljahr 1961 774 männliche und 464 weibliche Jugendliche eine landwirtschaftliche Fachschule besuchten. Im Jahre 1961/62 ist die Zahl ziemlich ähnlich, es waren nicht 774 männliche, sondern 766 männliche und 443 weibliche Jugendliche, die eine Fachschule besuchten. Trotzdem muß auch für die Steiermark gelten, daß sich im Altersaufbau bei den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern ein völlig disharmonisches Altersbild ergibt. Während man bei den gewerblichen und Industriearbeitern feststellen kann, daß die Zahl der Jugendlichen am stärksten ist, ist bei der Landwirtschaft diese Zahl sehr zurückgegangen. Also die Alterspyramide ist nicht so wie bei den gewerblichen und Industriearbeitern gegeben, sondern zeigt in den Jugendstufen einen deutlichen Knick. Aus einer Veröffentlichung des Landesarbeitsamtes geht hervor, daß nach dem Schulabschluß im Jahre 1953 noch 22% männliche und 23% weibliche Jugendliche in der Landwirtschaft verblieben. Im Jahre 1960, also sieben Jahre später, waren es nur mehr 16,8% männliche und 15,6% weibliche Jugendliche. Dieses Fehlen eines ausreichenden Nachwuchses an land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräften wird sich nicht nur in einem immer schärfer werdenden Arbeitermangel äußern, sondern darüber hinaus auch nachteilige Wirkungen auf die Landwirtschaftskrankenkasse mit sich bringen. Das verhältnismäßig höhere Durchschnittsalter der Land- und Forstarbeiter, im Gefolge die größere Krankheitsanfälligkeit und zunehmende Arbeitsausfälle führen zu einer relativ stärkeren Belastung der Landwirtschaftskrankenkasse, als dies bei der Gebietskrankenkasse der Fall ist. Ebenso wird auch für die Land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt eine sehr ungünstige Situation entstehen. Der Erhaltung eines genügend starken Nachwuchses an land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräften wird daher unser vollstes Augenmerk zuzuwenden sein. Dieses schwierige Problem wird aber nur dann mit Erfolg einer Lösung zugeführt werden können, wenn eine gute Berufsausbildung, kombiniert mit ähnlichen Verdienstmöglichkeiten wie in anderen Berufen, den Jugendlichen jenen Anreiz zu bieten vermag, der notwendig ist, um sie für den land- und forstwirtschaftlichen Beruf zu gewinnen. Außerdem wird einer weitgehenden Durchbeschäftigung der Forstarbeiter in den Wintermonaten und vor allem der Beseitigung der unechten Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft ein vollstes Augenmerk zu schenken sein. Nach den Aufzeichnungen des Landesarbeitsamtes für Steiermark hatten wir jeweils mit dem Stichtag 28. Februar in den letzten drei Jahren fol-

gende arbeitssuchende Land- und Forstarbeiter gemeldet:

im Jahre 1959 3278 Landarbeiter, 2029 Forstarbeiter,

im Jahre 1960 3192 Landarbeiter, 1411 Forstarbeiter und

im Jahre 1961 3483 Landarbeiter, 1540 Forstarbeiter.

Aus diesen Ziffern ist ein sehr deutliches Ansteigen der Arbeitslosen besonders in der Landwirtschaft festzustellen.

Werden nun die den Land- und Forstarbeitern gezahlten Löhne mit jenen vergleichbarer gewerblicher und industrieller Berufsgruppen verglichen, so ist nach wie vor ein deutliches Absinken bzw. ein deutliches Zurückbleiben im Lohneinkommen festzustellen. Ich konnte bereits im Vorjahre diesen Unterschied feststellen, der sich durch die Lohnnachziehung der Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben, in Gutsbetrieben und in der Forstwirtschaft, die mit 1. April bzw. 1. Juni 1962 in Wirksamkeit getreten sind und die eine 8- bis 16prozentige Lohnerhöhung mit sich brachten, kaum geändert hat. Das Arbeitseinkommen der Land- und Forstarbeiter fällt, wie gesagt, gegenüber den gewerblichen und industriellen Lohneinkommen deutlich ab.

Es kann nicht unausgesprochen bleiben, daß die Lösung dieses Problems der Arbeitslöhne eng mit der gesamtwirtschaftlichen Lage der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, wie der Herr Präsident Stephan vor mir ausgeführt hat, verknüpft ist. Zu den wirksamsten Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskräfte gehört auch die Förderung des Eigenheimbaues. Ich kann den Damen und Herren des Hohen Hauses aus den Ziffern der Landarbeiterkammer von Steiermark berichten, daß von den seit dem Jahre 1952 für den Eigenheimbau aus Bundesmitteln geförderten 589 Landarbeitern nur 54 und von den 1191 Forstarbeitern nur 67 in Fremdbetriebe abgewandert sind. Zur Selbsthaftmachung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer ist die Förderung des Eigenheimbaues und damit Schaffung der Familiengründungsmöglichkeit wirksamste Maßnahme. Die Kammer als gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft konnte im Jahre 1962 mit Beihilfen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im Lande Steiermark und mit eigenen Kammermitteln 205 Neubauten, 36 Ankäufe und Verbesserungen, 70 Zu- und Umbauten und 10 Eigentumswohnungen, zusammen 321 Fälle fördern und den Betrag von 4.470.000 S zur Verfügung stellen. Außerdem haben 90 dieser Beihilfenwerber Agrarinvestitionskredite im Betrage von 3.145.000 S erhalten.

Vom Lande Steiermark wurden aus Mitteln der Wohnbauförderung und des Sonder-Wohnbau-Programms 8 Landarbeiter und 30 Forstarbeiter mit insgesamt 1.776.000 S Darlehen, 135.000 S Zinszuschüssen und 6000 S Baukostenzuschüssen gefördert. Hiefür sei dem Lande Steiermark der Dank der Förderungswerber, aber auch der Dank der Kammer ausgesprochen. Abschließend möchte ich bitten, auch im Jahre 1963 den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern für die Errichtung von Eigenheim-

bauten und für die Familiengründung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, weil diese Förderungsmaßnahme die wirksamste ist zur Erhaltung eines freien und gesunden Land- und Forstarbeiterstandes, eines Standes, den unsere Heimat auch in Zukunft dringend notwendig hat. (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abg. Vinzenz Lackner.

Abg. Vinzenz **Lackner:** Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Fast sämtliche Abgeordneten und auch die zuständigen Referenten beendeten ihre Reden in der vorgestrigen und der gestrigen Sitzung, die heute in den frühen Morgenstunden endete und auch in der frühen Morgenstunde wieder aufgenommen wurde, immer mit dem Dank an die Beamten. Diesem Dank schließen sich wohl alle an, niemand wird sich dabei ausschließen. Nur soll der Dank nicht leerer Schall sein. Nur müssen wir aber auch nicht nur jener Beamten gedenken, die wir nicht gerade vor uns haben, sondern auch derer, die jetzt vor uns sitzen, und das ist der Stenographendienst. (Beifall.) Und wenn ich Ermüdungsercheinungen auf den Abgeordnetenbänken wahrnehme, so muß ich mich fragen, um wieviel diese Beamten in diesen Tagen überfordert werden. Ich bin mir bewußt, daß sie ein entsprechendes Entgelt dafür erhalten, aber Geld allein (Abg. Dr. Kaan: „Der große Bruder schreibt mit) macht nicht glücklich, ich würde empfehlen, neben dieser geldlichen Regelung den betroffenen Beamten eine entsprechende Zulage an Freizeit außertourlich mit einzuschieben. Sie haben es wahrlich verdient.

Und nun gestatten Sie mir, zu meinem Referat zu kommen. Wir haben in unseren Resolutionsanträgen zur Gruppe 7 auch drei Anträge, die sich mit der Kohle befassen. Zwei davon sind gemeinsame Anträge und ein Antrag ist von der ÖVP. Nachdem von der ÖVP bis jetzt niemand diesen Antrag erwähnt hat, möchte ich mir erlauben, auch für Ihre Fraktion diesen Antrag zu streifen und mit vorzubringen. Der erste Resolutionsantrag lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der neuerlichen Sicherung des Absatzes steirischer Kohle dafür Sorge zu tragen, daß bei der Herstellung oder Erneuerung von Heizungsanlagen in öffentlichen Gebäuden, die in einem wirtschaftlich vertretbaren Umkreis von Kohlenwerken liegen, geprüft wird, ob der Einbau einer Feinkohlenheizungsanlage möglich ist.“ Antragsteller: Alle drei Fraktionen dieses Hauses. Der zweite Antrag zur Gruppe 7: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung neuerlich vorstellig zu werden und auf die Durchführung solcher Maßnahmen zu dringen, die geeignet sind, das Problem des Feinkohlenabsatzes zu lösen.“ Antragsteller: Drei Fraktionen dieses Hauses. Zur Gruppe 7 der letzte Antrag der ÖVP — alleiniger Antrag —: „In der letzten Zeit werden immer mehr Klagen über die schlechte Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle laut. Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, die zuständigen Stellen über diese unzureichende Kohlenversorgung und die Beunruhigung, die dadurch in der Bevölkerung entstanden ist, zu unterrichten, da-

mit diese Stellen sich so verhalten und alles unternehmen mögen, allenfalls durch eine Vereinfachung der Verkaufsorganisation, wenn nötig auch durch eine vermehrte Bringung von Hausbrandkohle die Versorgung der Bevölkerung mit diesem wichtigen Energieträger sicherzustellen."

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, in diesen drei Anfragen spiegelt sich bereits eine Wandlung in der Kohlenkrise überhaupt ab. Wir haben doch ständig in den letzten Jahren gehört, daß Kohle überhaupt nicht mehr gefragt ist — das braucht man nur in den Protokollen nachlesen — und das wird sich noch wesentlich verschlimmern. Darauf aufgebaut war ja auch der Plan des Bundesministeriums für Handel mit diesem Experten-Komitee die Kohlenproduktion in Österreich auf drei Millionen Tonnen zu drosseln. Nun, wir werden heuer wieder fast an die 6-Millionen-Grenze kommen mit der Förderung, denn die Förderung ist ja gestiegen, die Nachfrage ist wesentlich größer. Das zeigt, daß man über den Daumen gepeilt einen Bergbau nicht beurteilen kann. Und es sitzen ja auch in diesem Hause namhafte Leute (Landeshauptmann Krainer: „Es geht nicht nur um die kleinen Bergbaubetriebe, sondern überhaupt um eine Gesamtplanung!“) Alles in allem, Herr Landeshauptmann, ich habe hier nur die Ehre, als Bergmann zu sprechen und ich glaube, viele der Abgeordneten, die in der letzten Zeit die Zeitung gelesen haben und da die Stimme der Kohlenhändler hörten, betreffend die Kohlenkrise in Graz, die bringen es mit sich, daß man sich fragt, was war da in der letzten Zeit wahr mit diesem Gezeter über die Kohle und was ist nicht wahr? Bitte, man muß dazu sagen, daß sich in der Zwischenzeit eben vieles geändert hat, so hat der eine und zum anderen Teil auch der andere recht. Auf alle Fälle steht es fest, daß Kohle noch lange nicht abgeschrieben werden kann und Kohle nach wie vor ein begehrter Artikel ist. Das sehen wir gerade in dieser Zeit. Was zur Schuldfrage geführt hat, das sind viele Möglichkeiten. Ich muß nur bedauern in diesem Zusammenhang, daß wir einen Teil der hier schon gefaßten Resolutionen und Anträge der Verwirklichung zugeführt haben, aber daß wir nach wie vor in der Budget-Post für Industrieförderung ein schwaches Plus übrig haben und daß die gesamte Post 500.000 S ausmacht, daß eigentlich für Kohle eine Hilfe nicht darin enthalten ist, aber man kann sich aus anderen Mitteln alle die herausuchen, dazu werde ich noch kommen. Es ist nur die Bereitschaft der zuständigen Herren dazu notwendig. Jedenfalls bestätigen diese Anträge, daß nach wie vor die Sorge der Bergarbeiter trotz der Nachfrage von heute noch nicht von ihren Familien gewichen ist, ob der Arbeitsplatz erhalten bleibt.

Nun, wenn der Generalredner der ÖVP angeführt hat in seiner Rede „Ratten-Beispiel in Zukunft noch immer nicht unmöglich“, so muß das natürlich heißen, daß man sich als Bergmann fragt, wer ist der nächste der Betriebe, dem es so gehen soll wie in Ratten. Und nachdem der Herr Kollege Pittermann im Ratten-Beispiel vor allem mit einem Seitenhieb auf die Sektion 4 gearbeitet hat, habe ich mir erlaubt, einen Zwischenruf zu machen, der Herr Landeshauptmann war nicht da, der ist nämlich den

Herrn Landeshauptmann angegangen, daß ich gerufen habe, wo war die Landesregierung, wo war der Landeshauptmann? Ich sage das deshalb da noch einmal mit aller Offenheit, damit er nicht darauf angewiesen ist, gerade auf das zu warten, was ihm seine eigenen Leute sagen; weil ich bin so weit, daß ich gern mit einem jeden mich ausrede, und was ich dort sage, traue ich mich auch ins Gesicht zu sagen. Und das ist so auch mit dem Seitenhieb „Von Pittermann gegen Pittermann“. (Gelächter. — Landesrat Prirsich: „Ein aufrichtiger Mensch.“) Wie sieht es nun mit der Inlandkohle wirklich aus? Die „Inlandkohle“ ist die Zeitschrift des österreichischen Bergbaues. Nun, nachdem wir wissen, daß diese Zeitschrift alle Vorgänge im österreichischen Bergbau auf Gewinnung und Absatz genau registriert und führt, ist es natürlich interessant, aus dieser Zeitung heraus Ziffern zu entnehmen. Ich rede jetzt nicht nur von meinem Betrieb aus, sonst würde ich über Fohnsdorf reden, aber als Abgeordneter spreche ich doch für den gesamten steirischen Bergbau, aber auch für den gesamten österreichischen Bergbau. Und da ist dem entgegenzuhalten, daß es mit dem 3-Millionen-Tonnen-Plan noch lange nichts wird, solange wir in Österreich nach wie vor eine so große Nachfrage haben; und das Aufbringen bis August 1962 war im österreichischen Bergbau bereits 785.000 Tonnen Inlandkohle und davon 282.000 Tonnen Koks. Bitte, da spreche ich jetzt vom Alpine-Bergbau, das sind 1.067.000 Tonnen insgesamt, während die Auslands-einfuhr, Braunkohle, Briketts, Koks, Steinkohle, noch immer 630.000 Tonnen ausmacht. Wenn man weiß, daß soviel Prozente an Braunkohle dabei sind, muß man sich sagen, ist es nach wie vor unverständlich, daß man überhaupt von Gruben spricht, die zu schließen wären, weil sie angeblich defizitär wären, und man muß bei dieser Berechnung wohl auch gegenüberstellen, was die Fracht aus dem Ausland kostet und wie die Kohle hereinkommt. Und an der Förderung dieser Kohle ist beteiligt aus Österreich Oberösterreich, Niederösterreich am Aufbringen zu 60%, Kärnten 75%, und Steiermark fördert 90% dieser Kohle insgesamt. Trotz Frachtbelastung haben wir noch immer 130.000 Tonnen Kohle gegen schwerste ausländische Konkurrenzen nach Niederösterreich und Wien bringen können. Der höhere Verbrauch, der sich jetzt herauskristallisiert, kommt vor allem deshalb, weil wir im vergangenen Jahr einen lang anhaltenden Winter gehabt haben gegenüber jener Zeit, wie im Vorjahr, wo wir kurze und mildere Winter gehabt haben, und ein großes Wasserangebot, was im laufenden Jahr nicht so der Fall war, so daß der Hausbrand sogar Mangelware geworden ist und die Bemühungen, mehr Hausbrand zu erzeugen, wie sie in dieser Resolution auch zum Ausdruck kommt, sind nicht einfach. Es sind dem vor allem technisch-wirtschaftliche Grenzen gesetzt, bedingt durch die Abbaumöglichkeiten, ob man mit händischer Arbeit die Kohle gewinnt, ob man sie durch Schießarbeit oder mechanisch gewinnt. Und nicht zuletzt macht sich jetzt bereits auch schon ein Arbeitskräftemangel bemerkbar. Bitte, wir sind da mit den Bauern, die auf Kohle arbeiten in den Bergwerken, von 19.000 bereits auf 14.000 herunter. Und wer geht

schon gern als Nachwuchs in den Bergbau, wenn er immer hört, das wird abgerissen, das wird zugesperrt, das hat keine Zukunft? Na, in so einen Beruf geht keiner gern hinein. Es ist das eine Äußerung, die ich immer wieder gehört habe. Und ich habe auch in der letzten Budgetdebatte Vergleiche, die den Bergbau betreffen und der Landwirtschaft ähnlich sind, gezogen. Die Reduktion der österreichischen Förderung um 100.000 Tonnen monatlich macht sich eben jetzt bemerkbar. Und wenn man damals gesagt hat, na, das ist schon bald eine Feinkohlenkrise, so ist damit auch der Hausbrand mitbetroffen. Denn wenn ich weniger Kohle in der Allgemeinheit erzeuge, so fällt damit auch weniger Hausbrand an, weil ja der Prozentsatz an Hausbrand gegenüber der anderen Industriekohle immer in einem bestimmten Verhältnis steht. In Fohnsdorf z. B. haben wir einen vollmechanisierten Betrieb, je nach Abbau verschieden, im einen haben wir einen Abbau mit Holz und gewinnen mit Schießarbeit und Händearbeit, im anderen haben wir einen Eisenhausbau und fahren wir mit der Schrämmaschine durch, dort gewinnen wir die größeren Sorten. Aber man hat ja im Zusammenhang mit der Reorganisierung in Fohnsdorf eine neue Wäsche gebaut, die letzten Endes jetzt noch weniger Hausbrand hervorbringt, als es früher der Fall war, weil man die Förderung überhaupt auf das Kraftwerk Zeltweg abgestimmt hat, das ja eigentlich unser Rettungsanker ist. Und wenn man einen Tagbau mit Fohnsdorf zum Vergleich nimmt, so ist der Vergleich der, wie ich ihn im Vorjahr gemacht habe, wie zwischen einem Bergbauern und einem Bauern herunter in der Ebene, der mit allen Maschinen hinkann und der andere nicht. So ähnlich ist es aber zum Unterschied zwischen einem Grubenbergbau und einem Tagabbau. Daß wir die Schwierigkeiten in der Kohle genau aufzeigen erfolgt deshalb, weil der Bergbau keine Apotheke ist oder eine Schuhfabrik, wo ich heute zusperren kann und morgen mit 100 Leuten anfangen kann und in einem Monat darauf, wenn es notwendig ist, auch mit 200, das gibt es natürlich nicht. Bei den Bergleuten, die wir damals herausgezogen haben und in die Hütte abgestellt haben, sind manche dabei, die in der Zwischenzeit durch eine ungewohnte Tätigkeit oder die Umschulung einen Unfall gehabt haben, heute sollten sie zurückgehen in den Bergbau, weil wir sie brauchen, kann der eine oder andere aber gar nicht zurückgehen, weil er nicht mehr grubentauglich ist. Und mit dem Nachwuchs ist es schwer, der Bergmann ist ja nicht von heute auf morgen erzogen, ein erfahrener Bergmann zu sein, das braucht Jahre. Und die Bergleute sind genauso wie das Bauerngeschlecht, man kann dies genau zurückverfolgen, eine gewisse Dynastie. Das reicht zurück bis zum Urgroßvater, daher auch hier große Schwierigkeiten. Durch diese Reduktion ist aber der Bergbau in seiner Tätigkeit auch gehindert worden und nicht mehr so beweglich, wie vor der Krise. Wenn auch heute eine große Nachfrage nach Kohle besteht, zittert man schon wieder, ob sie nicht doch weiter abbauen, und wenn sich eine Krise irgendwo ausbreiten würde, wären die Bergleute wieder die ersten Opfer. Na, unsere Nachbarn, wir sind ja das Schaufenster der freien Welt

nach dem Osten, die würden natürlich auch nicht zögern, uns Schwierigkeiten zu machen, und dazu jetzt noch ein voll einsetzender Winter, weil man sich gesagt hat, Kohle kriegt man immer leicht, und die meisten Abnehmer haben entweder aus Platzmangel oder nicht richtigem Dispositionsvermögen (Landesrat Pirisch: „Oder Kapitalmangel.“) keinen Gebrauch gemacht davon, wo man noch dazu um 20% über die Sommermonate die Kohlen billiger bekommen hat. Heute ist der Rabatt weg, und heute brauchen wir die Kohle. Aber alle diese Dinge lassen sich nicht ändern, wir haben dazu bis Ende des Jahres im Hausbrandsektor wesentlich zu wenig Kohle. Ja, das Kuriosum ist, daß man vergleichen kann mit den Sonderschichten, die die Bergarbeiter früher gemacht haben, wie die Kohle ganz rar war, und heute machen sie schon wieder Sonderschichten, um die Kohle aufzubringen. Er selbst bekommt jetzt gar keine, damit man die Kohlenhändler beliefern kann. Und wenn man heute zur Grube kommt, sei es in Köflach oder irgendwo anders, so sieht man dort Schlangen von Autos stehen mit Kennzeichen, die nicht aus der Steiermark stammen, alle sind da und wollen Kohlen haben und man sollte sie wegschicken, weil nur ein gewisses Kontingent an Hausbrandkohle anfällt. Und die Bergarbeiter müssen ihr Deputat im Frühjahr holen und jetzt selber ein bißchen zurückhalten und man hat bereits in Vorsorge von der Grube aus im Sommer dem Rechnung getragen und hat die Arbeiter aufgefordert, ihre Kohle im Sommer einzulagern, damit man sie im Herbst verkaufsfrei hat. Und wenn man da zurückdenkt, was sich da im Frühjahr und Sommer abgespielt hat, so denkt man sich, „Na, war das alles bewußt oder unbewußt?“. Sind unsere Wirtschaftsplaner wirklich so kurzfristig oder kann man mit einem Volksvermögen, wie es die Kohle ist, wirklich so leichtfertig umgehen? Feststeht aber auch, daß die Haldenbestände rapid zurückgegangen sind, so daß man bei den Kohlengruben kaum noch von Halden sprechen kann. Wohl aber gibt es noch Halden bei den Kraftwerken. Man kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß die Inlandkohle ihre Lage nicht nur behauptet, sondern auch verbessert hat.

Wenn ich nun zur Preissituation komme, so muß man sagen, daß auch der Umstand mit dazu beigetragen hat, daß die Kohlengruben defizitär sind, daß die Kohle den niedrigsten Preis weiterhin hat und daß mit der billigen Kohle Österreichs Wirtschaft 5,2 Milliarden Schilling geschenkt wurden. Wenn nun 55 Millionen in das neue Budget 1963 rückwirkend für 1962 hineingenommen wurden, so ist das nur 1% von dem, was die Kohlenergrube der Wirtschaft bisher gegeben haben. Wer könnte sich heute vorstellen, daß es in Fohnsdorf so wäre wie in Ratten und der Betrieb zugesperrt wäre. Die Gemeinde mit 12.000 Einwohnern wäre ein Industriefriedhof. Neue Industrien sind nicht hinzubringen. Diese Hoffnung hat sich schon in diesem Jahre als trügerisch erwiesen, weil in der Welt inzwischen eine Stagnation eingetreten ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Landeshauptmannstellvertreter Matzner und Landesrat Schachner danken, daß sie in Fohnsdorf, wo es uns am schlechtesten gegangen ist, eingefahren

sind und sich die Grube angeschaut haben. Später ist dann auch der ganze Klub der sozialistischen Abgeordneten des Landtages eingefahren, und dabei sind doch Überlegungen zustande gekommen, ob es ernst gemeint war, diese Bodenschätze versiegen zu lassen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den OVP-Klub eine Einladung ergehen lassen, sich in Fohnsdorf auch einmal die Grube von unten anzusehen. Ich bin der Meinung, daß man sich dann gegenseitig etwas besser verstehen würde und auch im Hohen Hause leichter reden könnte. Wir haben auch landwirtschaftliche Betriebe besucht, so den Betrieb des Herrn Abgeordneten Koller. Es war äußerst interessant. Es war eine Exkursion zurück zu unseren Vätern und Großvätern, das bauerliche Blut verleugnet doch keiner. Ich möchte aber auch so manchen einladen sich die Grube anzusehen, um ein ganz anderes Bild zu gewinnen. Insbesondere jene, die immer von Defizit reden. Um 100 Millionen geht es ja nicht. Ich lade gleichzeitig mit ein die Fraktion der FPÖ, sie soll nicht ausgeschlossen sein in diesem Hohen Hause. Ich möchte in dem Fall schon sagen, daß uns die Sektion IV auch sehr geholfen hat, daß Fohnsdorf erhalten geblieben ist, und der Herr Landeshauptmann selbst war ja auch mit in diesem Komitee und in dieser Sitzung. Man kann ja auch mit 2 Mann eine Demonstration machen, man muß nicht mit 100 Traktoren auffahren. (Gelächter.) Es war sehr eindrucksvoll, es war so ähnlich wie der Fall „Fallobst“ beim Handelsministerium.

Und wenn man nun schaut, wo unsere Kohle verlangt wird, so ist die Bundesbahn daran beteiligt — technisch bedingt schlecht beteiligt —, weil sie 257.000 Tonnen Steinkohle brauchen und das ist hauptsächlich Auslandskohle, während sie nur 150.000 Tonnen Inlandskohle braucht. Aber nach wie vor ist es doch so, daß die jüngere Braunkohle einen zu geringen Heizwert für unsere Lokomotiven hat, die Fohnsdorfer Kohle hätte den entsprechenden Heizwert, man ist ja in der Kriegszeit gefahren damit, aber sie hat einen zu hohen Schwefelgehalt. Sie ist deshalb für Lokomotiven nicht verwendbar. Wenn man aber kalorische Kraftwerke baut und damit das Leitungsnetz der Bundesbahn speist, diese kalorischen Kraftwerke aber mit heimischer Braunkohle heizt und nicht mit Öl von auswärts, dann hat die heimische Braunkohle auch hier noch ihren sicheren Platz bei der Bundesbahn. (Zwischenruf: „Bahnhof Bruck!“) Die Dampfkraftwerke nehmen an inländischer Braunkohle — das ist jetzt nur die Industriebraunkohle, damit kein Durcheinander herauskommt bei den Produzenten — 97% der Industriekohle in Österreich auf. Im ersten Halbjahr 1962 haben wir bereits um 110.000 Tonnen mehr gefördert im österreichischen Bergbau, also um 55% ist die Förderung gestiegen. Die Lager der Dampfkraftwerke sind um 300.000 Tonnen ebenfalls zurückgegangen. Die Industrie nimmt eine beachtliche Menge trotzdem immer noch ab, es sind dies rund 900.000 Tonnen Inlandsbraunkohle, dann kommt die Auslandssteinkohle, der Koks und die Auslandsbraunkohle in geringerem Maße. Das sind vor allem die Kohlsorten, die für Hütten, für Gaswerke usw. notwendig sind und die uns ja nicht tangieren. Der Industriebedarf ist als einziger

Kohlenbedarf von Inlandskohle nach wie vor rückläufig und hat eine Verminderung auch im ersten Halbjahr dieses Jahres gegenüber 1961 von 18%, während der Inlandskoks um 12% gestiegen ist. Wenn man schaut, wo diese Kohle, die vom Ausland kommt, aufgebraucht wird, so sind aus Westdeutschland und den westeuropäischen Ländern 838.000 Tonnen, also das ist um 132.000 Tonnen weniger als 1961, ein Minus von rund 14%, davon ist der größere Teil aus der Bundesrepublik mit 600.000 Tonnen, die USA mit 112.000 Tonnen und der Rest aus anderen Staaten. Demgegenüber beziehen wir aber auch aus den Ostländern Kohle, und zwar im ersten Halbjahr 1962 1.403.700 Tonnen, das ist gegenüber 1961 ein Plus von rund 24.000 Tonnen oder 17%. An der Spitze marschiert Polen mit 540.000 Tonnen, Rußland mit 460.000 Tonnen, die ČSSR und die DDR, also man sieht, daß bei uns die Kommunisten wohl fest schreien um die Sicherung des Arbeitsplatzes der Bergarbeiter, aber selber froh sind, wenn sie Kohle von dort hereinbringen. Sie hätten es leichter, sie könnten sagen, damit unsere Bergleute nicht arbeitslos werden, boykottiert die Österreicher, schickt ihnen keine Kohle mehr. (Abg. Leitner: „Wir sagen auch, daß der Arbeitsplatz der österreichischen Bergarbeiter an erster Stelle steht!“) Aber ich gebe zu, daß im Kompensationswege uns vieles aufgezwungen wird, was wir selber auch hätten. Das trifft bei der Landwirtschaft genauso zu wie hier im Bergbau. Ich habe das nur erwähnt, weil ich ja nachher auf die Bergarbeiterkonferenz in Fohnsdorf zurückkommen möchte. (Landesrat Pirsich: „Das ist ja die Gefahr der Ostlieferungen überhaupt.“) Um unsere natürlichen Lager zu erhalten und den Arbeitsplatz der Bergarbeiter zu sichern, ist es natürlich notwendig, daß die Kohle weiter in kalorischen Kraftwerken eingesetzt wird und daß weiter kalorische Werke gebaut werden. Ich darf hier auf diesem Wege auf das Fernheizwerk in Graz hinweisen, jeder Bergmann, der herunterkommt, wird mit Freude feststellen, wenn sie ihm sagen, was da los ist, es geschieht doch etwas für den Bergbau. Denn es gibt eine Zeitung, in der ist immer zu lesen, daß nichts geschieht. Und für diese Ausführung dieses Fernheizwerkes erlaube ich mir auch namens der Bergarbeiter, allen damit Beschäftigten den Dank auszusprechen. Aber trotz der günstigen Prognose ist immer noch viel zu tun, die Umschichtung für Industriekohlenabnehmer auf dem Kreis der Hausbrandkohlenabnehmer ist natürlich notwendig, das ist bisher an der Schwierigkeit gescheitert, daß man mit Feinkohle von ungefähr 0 bis 20 mm im Hausbrand nicht arbeiten kann. Nun haben sich aber verschiedene Firmen damit befaßt, auch hier bahnbrechend zu sein und es ist eine Unterschub- oder Vorschubfeuerung entwickelt worden, wie wir sie auf der Grazer Messe gesehen haben, die es ermöglicht, Feinkohle von 0 bis 20 mm in Heizungen zu verwenden, die auch als Hausbrand in öffentlichen Gebäuden — ja die kleinste Einheitsentwicklung mit 20.000 Wärmeeinheiten geht sogar für ein Einfamilienhaus — zu verwenden. Und man hat bereits nicht nur entwickelt und geplant, sondern auch schon erprobt. So ist in Voitsberg ein Gärtner, der mit dieser Kohle seine

Glashäuser wunderbar heizt, was bisher nicht möglich war. Wir haben uns aber auch dieser Sache angenommen und sind vom Klub aus nach Salzburg gefahren, wo in Betrieben solche Feuerungen hineingebaut sind. Da sind wir als erstes in einem Landwirtschaftsbetrieb, in eine Käserei gekommen, und dort steht der Kessel, weil es immer heißt, daß die Kohle nicht gern gesehen ist, weil sie verschmutzt und verdreckt, mitten in dem Lebensmittelbetrieb drinnen, wo eine große Käserei ist und für mehr als 100 Bauern täglich die Milch abgeholt wird. Alles ist verputzt und verkachelt, und dort steht der Kessel. (Abg. Pabst: „Wo war das?“) In Lambrechtshausen. (Landesrat Sebastian: „Wenn wir sagen, daß wir jemand vom Klub weg-schicken, dann schicken wir ihn wirklich!“) Ohne Verschmutzung und ohne zusätzliche Belastung arbeitet er dort. Der Besitzer bestätigt: er arbeitet zur Zufriedenheit. Der Einbau hat ihn 70.000 S gekostet, er hat das aber in längstens 2 Jahren amortisiert. Und damit ist zum Beispiel für die Salzachkohle, die ja auch schwer zu kämpfen hat, ein Weg gegangen worden. Wir sind aber auch noch weiter, um damit die Beispiele ein bisschen zu ergänzen, und haben dort eine Kleiderfabrik besucht. Die Kleiderfabrik braucht diesen Kessel für die Raumheizung, für Wärme, und diese Heizung — es ist die erste vollautomatische Kohlenheizung — bedient eine alte Frau, die sonst nichts mehr machen kann. An diesem Beispiel sollen sie sehen, wie leicht und einfach dieser Kessel zu bedienen ist, weil ja das besonders in den Betrieben für den Fremdenverkehr interessant wäre anzuwenden. Wir haben aber auch eine Hauptschule besucht, die heizt auch mit so einem Kessel, und nebenbei auch mit das Krankenhaus, das in der Nähe ist, ohne daß der Schuliener deshalb mehr Arbeit hat. (Landeshauptmann Krainer: „Das habe ich immer schon gesagt.“) Denn der Kessel arbeitet vollautomatisch. (Landesrat Sebastian: „Da hat es die Ölheizung noch nicht gegeben.“) Er arbeitet vollautomatisch. (Landesrat Prirsich: „Und ist verspottet worden, der Herr Landeshauptmann, weil er gesagt hat, man darf sich dem Fortschritt nicht verschließen; damals ist er als rückschrittlich bezeichnet worden!“) In der Bedienung ist sie vollkommen gleichwertig einer Ölheizung. Und im Judenburg Hochhaus, wo auch der Fortschritt eine Rolle spielt, wird es auch eingebaut. Es wird dort keine Ölfeuerung, wie es einmal geplant war, und in der Nähe sind bereits Interessenten vorhanden für 5 Millionen Wärme-einheiten, so daß wir dort ein kleines Heizwerk einbauen und über die Wintermonate dort bereits am Innenputz weiterarbeiten können. Auch das ist ein Vorteil dieser Heizung. Aber ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ja die Preislage bei dieser Heizung eine große Rolle spielt, weil es immer heißt, die Kohle ist nicht konkurrenzfähig: Wenn Sie um 1 S Kohle kaufen und Sie haben diese Heizung, so können Sie damit 18.000 Wärme-einheiten erzeugen. Kaufen Sie um 1 S Öl, so können Sie damit nur 8700 Wärme-einheiten erzeugen, und schauen Sie sich das an, um wieviel billiger in dem Fall die Kohle kommt. Das wiegt dann die Frachtkosten irgendwie auf, und so mancher, der früher gerechnet hat mit Öl, entscheidet sich heute für

diese Heizung mit Kohle, weil man rechnerisch noch besser auskommt. (Abg. Pabst: „Warum wird dann am Bahnhof Bruck nicht eine Kohlenfeuerung eingebaut? Ich bitte um eine Antwort.“) Ich möchte aber auch ein Beispiel aufzeigen... (Abg. Dr. Rainer: „Schickt ihn nach Bruck in der nächsten Woche das erheben!“) Interessiert Sie das nicht, weil Sie mich nach Bruck schicken? (Gelächter. — Abg. Dr. Rainer: „Nächste Woche, habe ich gesagt, nächste Woche.“) Ich möchte aber an einem anderen Beispiel aufzeigen, wie man die Kohle mißkreditiert. Beim Hochhaus Judenburg, wo geplant war, die Ölfeuerung einzubauen, hat man angegeben, daß man 12.000 Wärme-einheiten hat beim Kilogramm Öl und bei der Kohle nur 3500. Die Tatsache ist, daß es im strengsten Fall 9000 sein können und bei der Kohle 5000 oder 5500. Also in dieser Differenz liegt die Diffamierung, daß man noch dazu hergeht und sagt (Landeshauptmann Krainer: „Sehr richtig!“), was glaubt ihr, wenn man Öl heizt, dann braucht man einen Blechbehälter und die Geschichte ist erledigt, bei der Kohle braucht ihr einen Abstellraum, da hat man die dreifachen statischen Werte angenommen, damit es ja recht teuer ausgeschaut hat. Man ist aber trotzdem zurückgegangen zur Vernunft. (Abg. Leitner: „Macht man das wegen der Rentabilität des Bergbaues?“) Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, was vor kurzem in der Zeitung war, weil es ja letzten Endes auch der Enkel eines Fohnsdorfer Bergarbeiters ist, der Bauer Bernthaler, der sich mit dem Fohnsdorfer Problem befaßt hat und der da draußen beim Thalerhof eine Brikettfabrik aufgebaut hat in aller Stille (Zwischenruf: „Fohnsdorf!“) und dort Fohnsdorfer Staub brikettiert mit der Zuckerrummelasse, er sagt selber, das ist kein neues Patent, er hat es nur aufgegriffen und verbessert. Es ist ein Kalkzusatz dabei, der sich während des Heizens irgendwie etwas unangenehmer bemerkbar macht und den Heizwert vermindert oder wie immer. (Landeshauptmann Krainer: „Er verkauft es sehr gut, nur zuwenig Kapital hat er.“) Aber der Versuch ist es wert, und ich erkenne auch das an, viele große Erfindungen sind oft einem Zufall zu verdanken, und es waren nicht immer die größten Geister, die solche Erfindungen gemacht haben, sondern gesunder Hausverstand hat dazugehört. Und wir werden ja sehen, wie sich auch das inzwischen weiterentwickeln wird. Nun habe ich aber schon erwähnt, daß seit 1957 in der Alpine die Förderung von damals 4.120.000 Tonnen auf 3.130.000 Tonnen gesunken ist und daß die Tagesförderung von 13.064 Tonnen auf 10.000 Tonnen herabgegangen ist. Das ist eine Verminderung der Förderung um 22%. Der Belegschaftsstand ist zurückgegangen von 9248 auf 6696, das ist eine Verminderung um 27%. Und wenn wir trotz dieser Verminderung die Förderung steigern, so ist damit erwiesen, daß auch die Produktivität gestiegen ist und daß wir in der verstaatlichten Industrie sehr fleißig arbeiten und Arbeiter, Angestellte und Betriebsleitung alles tun, um das Ihrige beizutragen, daß wir doch die Grube erhalten und damit unserer Volkswirtschaft guten Dienst leisten. Aber in Fohnsdorf hat man ja einmal gesagt, man muß das zusperrern wegen der Sicherheit. Na, wie schaut

es mit der Sicherheit aus? Um der Sicherheit noch mehr Rechnung zu tragen, hat man in Fohnsdorf eine Gasabsaugung eingebaut, durch die das Methan abgesaugt wird, bevor es irgendwie Schaden anrichten kann. Und das Methan, das abgesaugt wird, das sind jährlich 650.000 m<sup>3</sup> in einer Konzentration von 45 bis 48%. Dies entspricht einer Kohlenmenge von monatlich 900 Tonnen, was damit gewonnen wird, was früher verflüchtigt ist oder durch Explosion großen Schaden angerichtet hat. Auf dieser Seite hat man alles getan. Die Qualitätsverbesserung durch die neue Wäsche in Fohnsdorf ist eine Schwerflüssigkeits-Wäsche, bei der wirklich eine Trennschärfe vorhanden ist, so daß man wirklich sagen kann, daß diese Kohle jetzt begehrt ist wie auch die Seegrabner Kohle. Das hat es natürlich mit sich gebracht, daß der Ruf nach Fohnsdorfer Kohle auch wieder größer geworden ist. Wir freuen uns darüber, es ist damit aber auch bewiesen, daß man nicht alles so einfach kurzer Hand entscheiden kann. Nicht nur der Rechenschaft allein entscheidet bei diesen Dingen, Herr Kollege Koch! Ich muß sagen, daß diese Betriebe, nicht nur der Bergbau in Fohnsdorf, sondern vor allem auch die umliegenden Hüttenbetriebe, die ja alle im wesentlichen von den Urvorkommen leben, also von Kohle und Erz, dann die Walzwerke, dann die Final-Industrie, die ja im obersteirischen Raum auch eine Rolle spielt, sie alle leisten Hervorragendes. Wenn ich nur die Maschinenfabrik Zeltweg anschau, die Walzwerkeinrichtungen, die tausende Tonnen Stahl in das Ausland liefern, Stahlwerkeinrichtungen, Gerüste für Elektro-Ofen, kilometerlange Förderbänder zum Stollenausbau für die Gruben nicht nur bei uns, auch in Jugoslawien, Kohlentrockenanlagen, Erzwagen für die Landesbahnen, Weichen für die Schweiz und für Schweden, Bekohlungsanlagen, Wehrbrücken für das Donau-Kraftwerk, Eisenbahnbrücken, Stahlkonstruktionen für die Eislaufhalle für die Olympiade usw. Da sieht man erst, wie vielseitig die heimische, steirische Industrie überhaupt ist. Das ist nur ein Querschnitt davon. Judenburg z. B. hat 80 Handelsniederlassungen in aller Welt. Das ist nicht nur allein bei der verstaatlichten Industrie, sondern es ist so, daß das überhaupt ein Querschnitt der steirischen Schaffenskraft im allgemeinen ist. Das gilt meiner Meinung nach für alle Sparten von Industrie und Gewerbe und auch für die Land- und Forstwirtschaft. Es kommen nicht wenige aus aller Welt, die das besichtigen, diesen Ausbau, der beispielgebend in Europa ist. Daß natürlich das Unternehmen auch der Wohnungssorge sein Augenmerk widmen muß und die Wohnungsbeschaffung unterstützt, daß diese Siedlungsgenossenschaften heute in ein schlechtes Licht gerückt und dort und da zerrissen werden, wie man so sagt, das ist natürlich kein Wunder. Aber grundfalsch ist es, wenn es heißt, daß alles, was in der Genossenschaft geschieht, von dem Wohlwollen des Genossenschaftsbosses abhängt, denn die Siedlungen sind ja nicht geschaffen worden, weil sich ein paar ein Häusel bauen wollen, sondern weil die Unternehmen schauen müssen, wie sie aus der Wohnungsnot für ihre Belegschaft herauskommen, und darum haben sie sie entsprechend unterstützt und haben Gründe

zur Verfügung gestellt, damit sie bauen können, billig bauen in dankenswerter Weise. Aber der Baugrund bei uns z. B. war mit einer guten Gold-Dollarhypothek aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg belastet, und da hat jeder in seinem Vertrag von der Alpine drinnen, daß er das Haus nicht verkaufen darf, weil das Vorkaufsrecht ja ganz wo anders liegt, nicht einmal bei der Alpine selbst. Aber damit kein Schacher getrieben wird damit, daß nicht alle von der Alpine billig einen Grund zu kriegen sich bemühen und dann billig ein Häusel bauen und dann damit schachern können, darum hat die Alpine in den Vertrag hineingenommen, daß, wenn er sein Häusel zu verkaufen gedenkt, er es zuerst einem Werksangehörigen anbieten muß und erst, wenn sich keiner findet, dann darf er's erst verkaufen. (Landesrat P r i r s c h: „Aber einen solchen schriftlichen Vertrag hätte man jedem Bewerber rechtzeitig geben müssen.“ — Abg. Dr. R a i n e r: „Dann wäre alles in Ordnung gewesen!“) Dazu kommt noch, daß es nicht so ist, daß die Siedlungsgenossenschaften wild fuhrwerken können, denn die Alpine hat ja im Vorstand Vertreter und da sitzen auch Ihre Leute drinnen und sie hat auch Ihren Herrn Breiting, der überall dabei ist und bei jeder Jahresversammlung Bericht erstattet, und die auch alle ihre Kontrolltätigkeit ausüben. Und dann kommt noch die Kontrolle vom Genossenschaftsverband, die ja auch da hineinschaut und sich dieser Dinge annimmt. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Aber in den Büchern ist ja alles in bester Ordnung!“ — Abg. Dr. R a i n e r: „Und es ist doch zuwenig, es sind doch Mißstände, das haben wir ja gestern festgestellt.“) Die Siedlungshäuser bekommen auch namhafte Zuschüsse neben dem verbilligten Grund. Ich erlaube mir, dies in diesem Hohen Hause auch dankend anzuerkennen, und wenn auch angeführt wurde, daß im britischen Kohlenbergbau 165.000 Bergleute abgebaut worden sind und die Kohlengruben geschlossen werden in Belgien, so ist das für uns kein Maßstab, das sind ja alles Kohlenüberschußländer. Und in England ist es so, daß die Kohlengruben erstens Steinkohlengruben sind, wo die Kohle in weit ausreichendem Ausmaße vorhanden ist und da spielt es ja keine Rolle, wenn sie eine oder die andere Grube zusperren zum Unterschied von uns, wo wir ein Kohlenimportland sind. Und wenn man gar die verstaatlichte Industrie immer wieder dabei zitiert, so muß ich schon sagen, es ist auch von der Steuerleistung gesprochen worden, und da muß ich an die Cleßheimer Tagung erinnern der Funktionäre in der verstaatlichten Industrie, Vorstände, Direktoren, Aufsichtsräte usw., und da hat Dr. Kamitz verlangt, daß die verstaatlichte Industrie neben ihrer Steuerleistung auch Dividenden zahlt und der Aufsichtsrat der Alpine hat voriges Jahr versprochen, oder heuer noch, 40 Millionen Schilling Dividende (Abg. Dr. R a i n e r: „Was sind 40 Millionen bei dem Kapital?“) und die Steuerleistung, Herr Abg. Rainer, schauen Sie sich einmal die an! Die ist auch von Dr. Kamitz in Salzburg lobend hervorgehoben worden. (Abg. Dr. R a i n e r: „Steuer muß doch jeder zahlen!“) Aber jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Dr. Kamitz ist sogar zur verstaatlichten Industrie gegangen um einen Steuervorschuß . . .

(Abg. Dr. Rainer: „Aber bekommen hat er nichts! Die VOEST hat aber Schulden bei der Steuer; sie hat noch Darlehen aufnehmen müssen, um die Steuern bezahlen zu können!“ — Landesrat Sebastian: „Warum beantragen Sie nicht die Ausschüttung der Dividenden?“ — Abg. Dr. Rainer: „Ist geschehen, aber Vizekanzler Dr. Pittermann hat einer Dividendenausschüttung nicht zugestimmt!“)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Lackner hat noch weiter das Wort. Bitte, ihn nicht zu unterbrechen.

Abg. **Vinzenz Lackner:** Nun möchte ich aber doch zum Schluß kommen, nachdem sich in Fohnsdorf auch eine Bergarbeiter-Konferenz befaßt hat mit diesen Problemen. Die Bergarbeiter-Konferenz war einberufen worden von der Gewerkschaftlichen Einheit, damals Kommunisten, welche ungarische Volkstanzgruppen gebracht haben, die dort eine Aufführung gemacht und dann über Bergarbeiterprobleme beraten haben. Das war groß aufgezogen: Posten waren vor das Tagungslokal gestellt, damit ja keiner dazukommt, und das Produkt dieser eintägigen Sitzung war das Memorandum, das ja die meisten Abgeordneten erhalten haben, auch die Regierungsmitglieder. Und wenn man dann das Memorandum anschaut, sieht man, daß alles, was da drinnen ist, teils aus Protokollen, die sich mit dem Problem Kohle befassen, herausgeschrieben ist und zum Großteil aus der „Inlandkohle“ und die Anregungen keine neuen sind, sondern die von vielen anderen schon gebracht wurden. Was aber neu ist, Herr Kollege Leitner, ist wohl das, daß das Memorandum zu dem Schluß kommt, daß wir bis zum Jahre 1970 durch den natürlichen Abgang in Österreich, wo wir so schon von 19.000 auf 14.000 Bergarbeiter heruntergegangen sind, auf weitere 4000 Bergarbeiter verzichten können. Ja, sagen Sie einmal, was stellt denn Ihr Euch vor, hier immer schreien und in der Zeitung schreiben, daß er der einzige ist, der in den Landtag hineinleuchtet und das Kohlenproblem aufröht, und dann finden Sie sich damit ab, daß wir bis zum 70er-Jahr noch weniger Bergleute haben. (Abg. Leitner: „Kollege Zagler hat gestern gesagt, in 10 Jahren muß ein Betrieb mit 900 Arbeitern stillgelegt werden.“) Ein ausgekohelter Betrieb ist etwas anderes, wenn Sie ausgekohlt sind, dann werden Sie auch stillgelegt sein, so wie ein Kohlenbergbau. (Gelächter.) Im Österreichischen Bergbau, allein in Fohnsdorf, wo noch Millionen Tonnen Kohle liegen, wo wir Kohlenreserven haben für mindestens 50 Jahre, wo wir einen Werksvertrag haben für 30 Jahre, oder in der Weststeiermark, wo wir auch noch für 30 Jahre Kohle haben, in 10 Jahren oder in 7 Jahren auf 4000 Leute zu verzichten, ist ein Verbrechen, das ist ein Todesstoß für die Bergarbeiter. Können Sie sich eine Grube vorstellen, wo sich die Belegschaft nicht erneuert, wo man mit lauter alten etwas fördern soll? (Abg. Leitner: „Warum nicht?“)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Leitner, bitte den Redner nicht zu unterbrechen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. **Vinzenz Lackner:** Es geht wirklich nicht an, daß man dort große Töne spricht und dann etwas verzapft, noch dazu an alle Regierungsstellen sendet. In den Regierungsstellen sitzen nicht lauter bergleutefreundliche Leute. Es gibt solche, die nur mit dem Rechenstift arbeiten, die sitzen in keiner Regierung, wenn sie es im Fall nicht wissen sollten, es gibt Leute, die nur mit dem Rechenstift arbeiten und denen Ihr Memorandum ein willkommenes Hölzl ist, was Sie da geworfen haben. Weil da ist der 3-Millionen-Tonnen-Plan, den Sie auf der anderen Seite bekämpfen wollen. Nun, zum Abschluß dieser Tagung hat dann irgendein Betriebsvertreter der Fohnsdorfer Einheitsliste dem Spitzenkandidaten der Steiermark, dem Muhri, eine Lampe übergeben mit dem Wunsche, er möge in das Parlament hineinleuchten. Nun, leider ist aus dem Hineinleuchten ein Heimleuchten geworden bei der Nationalratswahl. (Landesrat Wegart: „Ihr habt's zu wenig Öl in die Lampe gegeben!“) Ich habe noch eine Verwendung für die Lampe. Der Muhri möge mit der Lampe in die tschechischen Gruben hineinleuchten, dann wird er drauf kommen, daß dort die Arbeiter ohne Schuhe arbeiten, während bei uns Sicherheitsstiefel mit Stahlkappen vorgeschrieben sind und noch viele soziale Einrichtungen. (Abg. Leitner: „Das ist eine Verleumdung!“) Keine Verleumdung! Unsere Leute waren mit und haben es selbst gesehen. Dazu geht die Lampe . . . (Abg. Leitner: „Und ich weiß,“

**Präsident:** Herr Abgeordneter Leitner, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung!

Abg. **Vinzenz Lackner:** Bei solchen Verhältnissen ist es keine Kunst, die einheimische Kohle zu unterkurrenzieren. In einer Zeit weltweiter Spannungen und Krisen voll Unsicherheit ist es daher Aufgabe der Regierung in Bund und Land, dafür zu sorgen, daß die nationalen Quellen, ob Ernährung oder Energie, gerüstet und einsatzbereit sind. Dazu gehört aber auch die Erhaltung unseres Bergbaues. Damit stärken wir auch unsere Neutralität. Und ich möchte noch einmal anführen, was ich schon immer gesagt habe, es kann kein Stand sein Glück auf dem Unglück eines anderen aufbauen. (Allgemeiner Beifall.) Nur der Zusammenhalt kann für uns die Freiheit und die Unabhängigkeit sichern. (Beifall.)

**Präsident:** Hohes Haus! Ein Vorschlag, und zwar deshalb, weil wir in Zeitnot kommen. Nachmittags soll die Regierung tagen. Ich schlage vor, wie es in Wien im Hause der Gesetzgebung seit Jahren, seit 1½ Jahrzehnten üblich ist, daß die Redner nur 10 Minuten sprechen und die Referenten eine halbe Stunde. Bis jetzt wurde das weitestgehend überschritten.

Abg. **Wurm:** Das ist aber nicht möglich. Nach der Geschäftsordnung kann man die Redezeit nicht einschränken unter einer halben Stunde.

**Präsident:** Ich habe gesagt, ich schlage vor. Ich diktiere ja nicht! Daher frage ich Sie, ich bin bis morgen abend auch noch da, aber ich meine, die

Arbeit der Regierung müssen wir berücksichtigen, dann werden wir halt unterbrechen und setzen abends fort. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Sind Sie mit meinem Vorschlag einverstanden? (Geschieht.) Mit Mehrheit angenommen. Danke. Es wird danach gehandelt. Der Herr Landesrat DDr. Schachner-Blazizek hat das Wort.

**Landesrat DDr. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich kann nicht umhin, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaan zurückzukommen und ganz kurz dazu Stellung zu nehmen. Ich halte diese Ausführungen nämlich für mißverständlich, zumindest für etwas ungenau und für eine starke Übertreibung in der Darstellung des Problems. Es geht und ging nämlich in keinem Fall um die Abhörung von Telefongesprächen schlechthin und auch nicht darum, daß jeder berechtigt sein soll, solche Abhörungen vorzunehmen oder zu veranlassen, was ja leider geschehen mag, sondern um die Frage, ob nicht ganz bestimmte schwerwiegende Umstände eine solche Abhörung rechtfertigen können, um einen im höchsten Staats- und Rechtsinteresse notwendigen Zweck damit zu erreichen, ob es also nicht Fälle und Umstände gibt, in denen es staats- und rechtspolitisch sogar im Interesse des höheren allgemeinen Wohles notwendig sein kann, solche Gespräche ohne Zustimmung des Telephonhabers abzuhören. Denken Sie dabei, meine Damen und Herren, nicht an eine Zechprellerei, sondern denken Sie bitte z. B. an die Ausforschung eines Massenmörders oder an die Stelligmachung eines Hochverrätters. Der notwendige Unterschied in der Beurteilung der Frage wird Ihnen dann sofort klar sein, daß man geneigt sein kann oder vielleicht sogar geneigt sein muß, diese Fälle verschieden zu beurteilen. Und nun ist in Österreich die Rechtslage über die Wahrung des Telephongheimnisses offenbar so, daß eine verschiedene Beurteilung zugelassen werden muß. Dem Herrn Abg. Dr. Kaan muß natürlich zugestanden werden, eine bestimmte Auffassung über die Wahrung des Telephongheimnisses zu haben. Eine bestimmte, wenn auch andere Auffassung muß aber ebenso den damit befaßten und darüber befragten Ministern zugestanden werden. Eine neue Rechtslage zu schaffen, meine Damen und Herren, die den Wünschen der zur Vertretung des Volkswillens berufenen Körperschaften entspricht, ist Sache dieser Vertretungskörperschaften, also des Parlaments und seiner Abgeordneten, und niemand anderes Sache. Überlassen wir also zunächst die im Gange befindliche Vorbereitung einer solchen klaren Rechtslage den dazu berufenen und bereits fleißig und flüssig und sehr verdienstvoll arbeitenden Kommissionen, namentlich der Strafrechtskommission. Lassen wir niemanden in die Beurteilung — auch nicht die Verwaltung — eingreifen, weil sie jetzt und jederzeit dem Richter überlassen bleiben muß. Das hat der Herr Minister Dr. Broda in seiner diesbezüglichen Bemerkung im Schreiben an den Herrn Landeshauptmann gemeint und nur so war diese Bemerkung zu verstehen. Warten wir also, meine Damen und Herren, bis die Vorbereitungen der Kommissionen abgeschlossen sind. Das wird ja nicht mehr

länge dauern, dann wird der Nationalrat die Rechtslage auf dem einzigen hierfür zulässigen Weg, nämlich auf dem Weg des Gesetzes, ordnen. Klagen wir nicht Minister an, die nie einen Abhörungsbefehl gegeben haben und nie einen Richter an eine Weisung gebunden haben.

Die heutige Rechtslage, meine Damen und Herren war übrigens auch unter den Ministern früherer Zeiten nicht anders, unter Ministern, die Ihrer Partei angehört haben. (Abg. Dr. Kaan: „Es ist aber gehandhabt worden!“) Es ist nicht gehandhabt worden Herr Dr. Kaan, das muß ich mit aller Deutlichkeit feststellen. Es hat sich nur um einen richterlichen Befehl gehandelt, von dessen Ausführung der Minister zunächst gar nichts gewußt hat. (Abg. Dr. Kaan: „Wissen Sie das?“) Das ist eindeutig festgestellt worden.

Meine Damen und Herren, stellen wir doch lieber gerecht und sachlich fest, daß Abhörungen nur über richterlichen Befehl vorgekommen sind und daß diese richterlichen Organe bekanntlich in Österreich nicht weisungsgebunden, sondern unabhängig sind. Und stellen wir gerecht und sachlich fest, daß diese richterlichen Organe keine Weisungen von den Ministern erhalten haben und daß sie auch nach einer zukünftigen, wie immer aussehenden Regelung solche Weisungen nicht erhalten dürfen. Darüber sind wir, glaube ich, einer Meinung. Ich wollte das nur zur Klarstellung des Falles gesagt haben. (Abg. Bammer: „Minister Dr. Broda hat das im „Steirerhof“ selbst erklärt!“) (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat Abgeordneter Scheer.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es trifft sich außerordentlich gut, gleich nach dem Herrn Landesrat Dr. Schachner-Blazizek zu sprechen, weil ich in der gleichen Sache die Stellungnahme unserer Fraktion darlegen möchte. Wir sind nämlich entgegen der Meinung des Herrn Landesrates Dr. Schachner-Blazizek der Auffassung, daß die Abhörung von Telefongesprächen eine grundsätzliche Angelegenheit ist, über die man unbedingt auch in einem solchen Haus, wie dem Steiermärkischen Landtag sprechen muß und sprechen kann, weil nicht nur das Haupt eines Staates allein über verschiedene Dinge entscheidet und berät, sondern jedes seiner kleinsten Glieder soll zu den Dingen Stellung nehmen, um zu einer Meinung zu kommen. Wenn ich sage „eine grundsätzliche Angelegenheit“, dann darf ich zunächst einmal darauf hinweisen, daß der Herr Landesrat Schachner-Blazizek wohl gesagt hat, daß besondere Umstände maßgeblich sein müßten, um zu diesem Abhören überhaupt zu kommen, aber, Herr Landesrat, wo ist hier die Grenze? (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Die ist vom Gesetz bis heute nicht gezogen.“ — Zwischenruf von der ÖVP: „Eben, eben!“) Daher möchte ich dem entgegenhalten, wenn es soweit wäre, dann ist es so, daß man doch die Gesetze oder auch die Verfassung so auslegen darf, daß alles erlaubt ist, was da drinnen nicht ausdrücklich verboten ist. (Abg. Dr. Kaan: „Sehr richtig!“) Ich glaube nämlich, meine Damen und Herren, daß es eine grundsätzliche Einstellung des demokratischen Systems sein müßte, daß das Ab-

hören eines Telefongespräches das Eindringen in eine persönliche Intim-Sphäre bedeutet, die auf keinen Fall gutgeheißen werden kann. Das Gespräche zwischen Mann und Frau, zwischen Mutter und Kindern fällt da natürlich genauso darunter ... (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Glauben Sie, daß je ein Richter ein Gespräch zwischen Mann und Frau abhören lassen wird?“) Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek, es kann doch vor der Abhörung gar nicht gewußt werden, was jetzt gesprochen werden wird. Dazu kommt, daß überhaupt die Aufnahme von Gesprächen sehr problematisch ist, nachdem ein Tonband, das so etwas aufnimmt, jederzeit so frisiert werden kann, daß man auch damit Schindluder treiben kann, da notabene, Herr Landesrat, wie Sie wissen, ein Tonband vor Gericht auch kein Beweismittel darstellt. Wenn bei einer Versammlung oder bei einer sonstigen Gelegenheit ein Tonband aufgenommen wird, so kann nachträglich immer wieder durch Wegstreichungen und Auslassung von Wörtern oder Hinzusetzen oder Umschichtung ganzer Sätze im nachhinein der Sinn einer Rede total verändert werden. Das wird mir jeder, der mit diesen Dingen zu tun hat, bestätigen. Eines ist auch die Frage, wir wissen jetzt vielleicht einige Fälle, wo Abhörungen vorgenommen worden sind, es ist nun die andere Frage, wieviel Telefongespräche abgehört werden, wovon wir nichts wissen. Wir wissen auch, daß diese Einrichtungen der Abhörungen ein Überbleibsel aus der Besatzungszeit sind, wo nämlich die Besatzungsmacht die Gespräche der österreichischen Behörden, Vertreter und Politiker untereinander abgehört hat. Das wissen wir. Da hat immer der große Bruder mitgehört. Aber heute, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir grundsätzlich dazu sagen müssen, das Abhören von Telefongesprächen ist eine Angelegenheit, die mit dem demokratischen System nichts zu tun hat, weil wir wissen, daß diese Art der Überprüfung oder Überwachung der Staatsbürger diktatorischen Systemen anhängt. Wenn es nur darauf ankäme, einen Verbrecher, einen kriminellen Verbrecher oder sonstigen Staatsverbrecher auf dem Wege über das Telefon zur Strecke zu bringen, dann haben wir, glaube ich, eine sehr primitive Auffassung über die Möglichkeit einer Herausfindung der echten Gesetzesübertreter, wenn die sich des Telefons zum Verrat ihrer eigenen Taten, sagen wir, bedienen würden. Daher glaube ich, sagen zu dürfen, es ist unter keinen Umständen möglich, daß wir einer derartigen Überprüfung, sei es welcher Staatsbürger immer, zustimmen können und wir glauben uns da mit Ihnen eins zu sein, eine echte Empfehlung dahingehend geben zu können, daß wir gegen eine derartige Methode in unserer Gerichtsbarkeit sind und wir glauben uns da auch eins mit den Ausführungen, die Herr Abg. Dr. Kaan hier vorgebracht hat, daß wir uns also aus grundsätzlichen Erwägungen und auch aus demokratischen Erwägungen gegen solche Methoden stellen müssen. (Abg. Dr. Pittermann: „So ist es, jawohl!“) (Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Abgeordneter Dr. Rainer. Er war bei der Beschlußfassung nicht da. Redezeit 10 Minuten.

Abg. **Dr. Rainer:** Ja, ich werde mich bemühen, mich noch kürzer zu fassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich nach einer zweieinhalbtägigen Budgetdebatte der Landesparteiobmann der SPÖ bei einer Frage noch in Rage redet, so ist das ein Beweis, daß wir auf einen schwachen Punkt in seinen Ausführungen gekommen sind, nicht einen „schwarzen“, sondern einen „schwachen“ oder „eine rote Ader“ entdeckt haben, über die es notwendig ist, in Österreich in jeder parlamentarischen Körperschaft zu reden, und zwar über das Telefonabhören. Ich kann mich nämlich ebenfalls nicht der Ansicht des Herrn Minister Dr. Broda anschließen, daß er es als sonderbar findet, oder außergewöhnlich findet, daß der Herr Landeshauptmann in dieser Frage sich eingeschaltet hat. Meine Damen und Herren, es handelt sich hier um ein Grundrecht, über welches es notwendig ist, zu reden, und ich glaube, gerade aus unseren Erfahrungen in diesem Jahrhundert, daß es eine Pflicht aller politischen Parteien, vor allem aller demokratischen Menschen sein müßte, alle Fälle, wo immer hier in unserer Rechtsordnung sich Risse zeigen, oder wo Anfänge zu spüren sind, die uns eine Entwicklung erkennen lassen, die für uns alle zusammen unangenehm ist, daß wir dagegen aufstehen und auftreten. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Abgeordneter, ich habe nur verlangt und ohne Rage, daß die Rechtslage geordnet werden soll und daß wir das abwarten sollen, bevor wir Meinungen vertreten.“) Richtig, und nun würde ich aber sagen, die Adresse, Herr Landesrat, wäre halt der Herr Minister Broda gewesen, der ja nun zunächst diese, in dessen Ministerium ja und unter dessen Beamten ja es zu diesen Ereignissen gekommen ist ... (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ja nicht wahr, ist ja ein Richter gewesen!“) Warten wir diese Rechtslage ab! Aber wir haben es auch hier bei der Diskussion ermittelt im „Steirerhof“, daß der Herr Minister Broda, wenn auch nicht gerade sich entschuldigt, aber doch irgendwie diesen Standpunkt verteidigte und eine Anerkennung dieses Standpunktes wissen wollte. Meine Damen und Herren! Die Rechtslage ist nach ihrer Meinung unklar. Nach unserer Meinung ist sie sehr klar. Aber es wäre das Logische und das Richtige, daß, bevor man nun zu diesen ... (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Wieso nach unserer Meinung, Herr Abgeordneter, nach Meinung des Richters, der den Abhörungsbefehl gegeben hat, und die Richter sind bei uns immer noch unabhängig, Gott sei Dank!“) Ja bitte, aber Sie wissen auch, daß der Richter, auch der Untersuchungsrichter in Aktion getreten ist auf Grund eines Antrages eines Kriminalbeamten und auf Grund des Antrages des Staatsanwaltes, und diese beiden sind aber weisungsgebunden. (Abg. Bammer: „Die Entscheidung liegt aber beim Richter.“ — Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Aber der Richter hat den Befehl gegeben und nicht der Staatsanwalt.“) Die Entscheidung liegt sicherlich beim Richter, und nun habe ich ... (Abg. DDr. Hueber: „Der hätte gar nicht beantragen sollen, es hat keinen Sinn!“ — Landesrat Gruber: „Er hätte es doch ablehnen können!“ — DDr. Hue-

ber: „Der Staatsanwalt hat sowas gar nicht zu befragen, und auch ein Polizeibeamter hat um das nicht einzukommen. Man soll da nicht einfach jetzt danebenreden. Ein unabhängiger Richter hat schon oft eine unrichtige Entscheidung, eine Fehlentscheidung gefällt, aber solche Sachen dürfen gar nicht von weisungsgebundenen Organen des Justizministers beantragt werden, um das geht es ja.“ — Abg. Dr. Kaan: „Jawohl!“ Herr Landesrat, ich bitte Sie, verteidigen Sie doch hier nicht einen Standpunkt, von dem ich nicht glauben kann, daß er Ihrer eigenen innersten Stellungnahme entspricht, sondern Sie fühlen sich nur verpflichtet, der Parteilinie zu folgen, zum Schaden Ihrer Partei. (Abg. Bammer: „Wieso Parteilinie? Der Richter ist kein Parteimann, Herr Abgeordneter! Der hat keine Parteilinie, dagegen verwahren wir uns!“) Aber der Minister Broda. (Abg. DDr. Hueber: „Der Minister sollte sorgen, daß seine weisungsgebundenen Organe nicht solche Anträge stellen. Um das geht es.“ — Abg. Bammer: „Reden Sie doch keinen Blödsinn, Herr Doktor!“ — Abg. DDr. Hueber: „Herr Kollege Bammer, vom Justizrecht verstehe ich zumindest soviel wie Sie, Sie wollen nur herausschlupfen, indem Sie sich auf die unabhängigen Richter ausreden. Der Staatsanwalt ist weisungsgebunden, und hinter dem Staatsanwalt steht der Justizminister!“ — Landesrat Dr. Schachner-Blazizek: „Ja, der hat ja nicht gefragt vorher.“ — Abg. DDr. Hueber: „Woher wissen Sie das?“ — Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Es geht doch kein Staatsanwalt ständig zum Minister fragen, darf ich das und darf ich das?“ — Abg. Dr. Kaan: „In diesem Fall ist der Akt ständig hin und her gelaufen zwischen dem Staatsanwalt und dem Minister!“)

**Präsident:** Bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, es hat jeder Abgeordnete die Möglichkeit, sich nochmals zum Wort zu melden. Und wenn wir bis abends hier bleiben, bei dieser richterlichen Sache, spielt keine Rolle!

Abg. Dr. Rainer: Herr Landesrat, Sie wissen genau, um was für einen Fall es sich gehandelt hat, das war also nicht irgendeine Kleinigkeit, sondern über diesen Fall war der Herr Minister genauestens und bestens informiert, und Herr Abg. Bammer, wenn Sie hier glauben, einem Abgeordneten sagen zu müssen, er redet einen Blödsinn, so glaube ich, steht es Ihnen nicht zu, sondern dazu sind auch andere da, festzustellen, wer und was für ein Blödsinn hier geredet wird. Denn so kommen wir natürlich mit unserer Debatte nicht weiter. Aber es entspricht ja nur Ihren neuesten Methoden. (Abg. Bammer: „Ich bedauere, daß ich es nur zu ihm gesagt habe!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Eine Frechheit ist das, sagen Sie es noch einmal, was Sie hier gesagt haben! Er bedauert, daß er es nur zu ihm gesagt hat.“ — Abg. DDr. Hueber: „Das ist die Toleranz!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Das ist die Toleranz, jawohl!“) Bitte, es gibt also hier scheinbar doch nach 2½ Tagen gewisse Erregungen auf Ihrer Seite (Abg. Bammer: „Bei uns nicht, nur bei Ihnen, von uns regt sich keiner auf!“), die scheinbar nicht die Gewähr dafür bieten, daß

die Verhandlungen in einer sachlichen Art fortgeführt werden können. Meine Herren, das paßt ja zusammen. Der Herr Präsident Ohla läßt über das Streikrecht nicht diskutieren, weil es in sein politisches Konzept im Moment nicht hineinpaßt. Er lehnt ab, selbstverständlich. Der Herr Minister Broda wird uns natürlich in ein, zwei Jahren sagen: Was sollen wir über das Abhören diskutieren, selbstverständlich wird abgehört. (Abg. Bammer: „Das ist eine Unterstellung, eine Unterstellung eine maßlose.“) Sie werden doch mir zubilligen, daß ich hier meine Überzeugung sage (Abg. Bammer: „Aber nicht das, was der andere machen wird.“), und ich glaube das — und die Gefahren und Anzeichen sind vorhanden —, daß eben der Herr Minister Broda eines Tages auch eine solche Erklärung, ähnlich wie der Präsident Ohla, abgibt. Klar ist es, daß die Rechtslage hier, bevor man zu diesem Mittel hätte schreiten müssen, zuerst hätte diskutiert werden können. Und wenn nicht in diesem Prozeß dieser Fall aufgedeckt worden wäre, bin ich davon überzeugt, würde heute noch in einem viel größeren Ausmaße abgehört. Wir wissen ja nicht, wieweit heute noch abgehört wird oder nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek hat hier erklärt, ja, wenn höhere Interessen auf dem Spiel stehen, dann muß also der Richter . . . (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Was habe ich gesagt, dann kann oder muß?“), dann kann man der Meinung sein . . . (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist aber ein Unterschied!“) Man kann also der Meinung sein, daß hier abgehört werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eben dann sehr schwer, immer die Grenze zu finden. Zuerst ist es nur bei Mord und Totschlag, und wir wissen ja auch, wie schnell es vorkommt, daß der eine oder andere einmal unter einem Verdacht steht, und nun wurden ja Telephongespräche nicht von den Beschuldigten abgehört, sondern von Außenstehenden. Und dagegen wenden wir uns und werden wir uns auch in der Zukunft mit aller Vehemenz wenden. Und Sie wissen auch, Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek, von Ihnen nehme ich das an, daß ja nun Bestrebungen laufen, eben den Untersuchungsrichter entweder weisungsgebunden zu machen oder den Staatsanwalt herauszunehmen. (Abg. DDr. Hueber: „Ganz richtig!“) So haben Sie also hier nun die Möglichkeit, seitens des Justizministers nun in allen laufenden Verfahren sowohl gegen Beschuldigte als auch gegen Nichtbeschuldigte solche Schritte zu unternehmen. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege Rainer, diese Fragen können doch nur der Strafrechtskommission vorgelegt werden, einem Forum bewährter Juristen.“ — Abg. Dr. Kaan: „Nein, der Minister Broda hat ja selbst gesagt, das ist keine Sache, die die Verfassung betrifft.“)

**Präsident:** Bitte, den Abgeordneten nicht zu unterbrechen.

Abg. Dr. Rainer: Meine sehr Verehrten, aber nun wäre es also notwendig, daß wir hier vom Landtag

aus, ganz gleich welche Partei, eine klare Stellung beziehen, wenn die Strafrechtskommission entsprechende Beschlüsse gefaßt hat, wenn der Nationalrat eine neue Strafgesetznovelle beschlossen hat, nun ich glaube, unter diesen Mehrheitsverhältnissen, die nun der österreichische Wähler am 18. November festgelegt hat, wird die Gewähr gegeben sein, daß diese Rechte des österreichischen Staatsbürgers auch in den nächsten Jahren gewahrt bleiben und daß jeder einzelne sicher ist, daß er nicht von Polizeispitzeln abgehört wird. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kaan.

**Abg. Dr. Kaan:** Hohes Haus! Erst nach reiflicher Überlegung habe ich von meinem Mandanten die Ermächtigung erbeten, von meinem Wissen aus diesem Strafakte Gebrauch zu machen und die Öffentlichkeit auf das Abhören aufmerksam zu machen. Aber nach reiflicher Überlegung führe ich jetzt nicht die weiteren Einzelheiten an, die es mir ermöglichen würden, die Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Schachner-Blazizek zu widerlegen, und zwar auch im Staatsinteresse. Ich weiß ja nicht, wie weit das, was hier im Landtag gesprochen wird, hinausdringt über Österreichs Grenzen. Ich kann Ihnen nur soviel sagen, ich schätze, daß Sie mir persönlich vertrauen, daß die Eile mir keineswegs not erschien, da man die Umstände, die man vielleicht verhindern wollte, durch Monate an höchster Stelle kannte. Es ging vielleicht darum, die Wahrheit insofern zu finden, wo sich ein Gesuchter aufhält. Dieser Gesuchte wurde nicht gefunden, und war nicht bei der Braut. Man hat aber das Telefon, von dem die Braut gesprochen hat, durch drei Wochen mit einem Aufwand von über 3000 S überwacht. Nichts ist herausgekommen. Man hat daraufhin die junge, ich glaube 19jährige Braut, verhaftet, obwohl es keine Geiselnhaft gibt bei uns in Österreich, und wie sie verhaftet war, hat sich der Mann gestellt. Und er ist gekommen zu einer Wache, zu einem Revier, darauf hat man ihm gesagt, es ist jetzt keine Amtszeit mehr, gehen Sie wo anders hin. Darauf ist er in eine andere Wachstube gegangen, worauf ihm der Betreffende gesagt hat: Können Sie uns nicht die Nummer Ihrer Fahndung sagen? Darauf hat er die Nummer gesagt und erklärt: ich habe mich ja jetzt nur gestellt und will verhaftet werden, zu dem Zwecke, damit meine Braut — sie sind ja jetzt übrigens inzwischen verheiratet, so wie ich höre — freigeht. So liegen die Verhältnisse. Also so dringend war das Staatsinteresse in dem Fall, daß man einen solchen Grundsatz der Menschlichkeit gebrochen hat. Das war der Fall. Alle übrigen Einzelheiten, Herr Landesrat, bin ich bereit, unter Verschwiegenheitspflicht Ihnen persönlich zu sagen, aber nicht in diesem Haus, und zwar aus Staatsinteresse. (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Vielen Dank!“) (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Also, Landesrat Dr. Schachner-Blazizek hat das Wort.

**Landesrat DDr. Schachner-Blazizek:** Es besteht gar kein Grund zur Aufregung. Ich würde gerne vom Herrn Abg. Dr. Kaan Mitteilungen über den Vorfall, den er im Auge gehabt hat, oder daß der Anlaß dazu war, entgegennehmen. Aber ich stelle fest, daß ich zu diesem Vorfall überhaupt nicht gesprochen habe.

**Präsident:** Wir kommen jetzt zur Wortmeldung der Herren Referenten, und zwar Landesrat Wegart.

**Landesrat Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß der Fremdenverkehr nicht nur für Österreich, sondern im besonderen für das Bundesland Steiermark von besonderem volkswirtschaftlichen Interesse ist. Mir ist heute hier im Höhen Hause die Möglichkeit gegeben, zuerst einmal Bilanz zu ziehen über das, was wir an Erfolgen im heurigen Jahr aufzuweisen haben, aber auch gleichzeitig einen Ausblick über unsere Absichten und Pläne für 1963 darzulegen. Wir dürfen mit dem abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr zufrieden sein. Allerdings im Vergleich mit den westlichen Bundesländern muß ich feststellen, daß für die Steiermark noch viel auf- und nachzuholen ist.

Ich möchte Ihnen nun vorerst einmal die Ergebnisse des Sommer-Halbjahres 1962 bekanntgeben. Wir hatten im Sommerhalbjahr 1962 in Steiermark insgesamt 3.506.175 Übernachtungen, das sind in absoluten Ziffern zum Vergleichsjahr 1961 um 163.076 mehr oder 5 %; hievon Inländer 2.515.051 oder minus 14.881 zum Vergleichshalbjahr 1961, das ist gleich 0,6 % minus; Ausländer 961.124 oder ein Plus von 177.957 oder 22 %. Das bedeutet, daß wir im heurigen Jahr zum erstenmal im Halbjahr die Grenze von 29 % an Ausländerübernachtungen erreicht haben. Das stellt für steirische Verhältnisse einen absoluten Rekord dar. Das gesamte Fremdenverkehrsjahr 1961 vom 1. November 1961 bis zum 31. Oktober 1962 sieht wie folgt aus: Wir hatten insgesamt 4.609.752 Übernachtungen, oder 16 % mehr, hievon 1.149.612 Ausländer, das sind um 22 % mehr. Das sind Ziffern, die uns mit Freude erfüllen und die bestätigen, daß wir eine Reihe von Chancen für den Fremdenverkehr noch nützen können.

Wie sieht die Devisenentwicklung aus? Hier bin ich leider nur in der Lage, Ihnen gesamtösterreichische Ziffern zu nennen, weil auf Bundesländer aufgeteilte Ziffern nicht zur Verfügung stehen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1962 hatte der österreichische Fremdenverkehr an Hart-Devisen aus dem Ausland — und zwar Brutto-Einnahmen — die gigantische Summe von 8,5 Milliarden Schilling erreicht. Unter der Annahme, daß die Monate November und Dezember einen ähnlichen Erfolg wie 1961 erbringen, wird sich im Jahre 1962 die Gesamtziffer der Deviseneinnahmen aus dem Ausländer-Fremdenverkehr auf 9,2 Milliarden Schilling erhöhen. Wenn ich das mit den Verhältnissen 1961 und 1960 vergleiche, dann sieht das wie folgt aus: 1960: 6,5 Milliarden Schilling, 1961: 7,2 Milliarden Schilling, 1962: 9,2 Milliarden Schilling. Es gibt keinen Industriezweig, keinen Wirtschaftszweig in

Osterreich, der ähnliche Ergebnisse hinsichtlich seines Erfolges an Erbringung von Auslands-Devisen aufzuweisen hat. Damit ist der Fremdenverkehr hinsichtlich seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung an die erste Stelle in Osterreich gerückt. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die Feststellung treffe, daß er ein Eckpfeiler der gesamten österreichischen Volkswirtschaft geworden ist. Die nächste Frage, die sich erhebt, ist, wohin führt die Entwicklung, welche Chancen hat der österreichische Fremdenverkehr? Welche Chancen hat der steirische Fremdenverkehr? Erlauben Sie mir, Hohes Haus, daß ich Ihnen ein Exposé, und zwar einige Auszüge gebe, die mir die biotechnische Akademie vor einigen Tagen über mein Ersuchen zur Verfügung gestellt hat. Eine Untersuchung, die ich nicht nur als sensationell bezeichnen möchte, sondern eine Untersuchung, die uns alle nachdenklich stimmen muß und bei der wir verpflichtet sind, auch eine Reihe von Erkenntnissen für unsere ganze kommende — ich möchte sagen — Volkswirtschaft, aber auch für die biologische Situation zu schöpfen. Dipl. Ing. Walter Schauburger, ein Mann, den ich zu unserem Landes-Fremdenverkehrstag eingeladen habe, der selbst von dieser Tagung stark beeindruckt war, und den ich gebeten habe, nun mir einiges aus seiner Schau zu sagen, sagte: „Der Gesundheitszustand der modernen Industrie-Gesellschaft erfordert Maßnahmen auf dem Gebiete der Raumordnung. Es geht um den Menschen in den dicht besiedelten Industrie- und Großstadt-Zentren Europas. Für die in diesen Ballungsräumen in biologischer Finsternis lebenden und arbeitenden Menschen müssen industrieffreie Erholungslandschaften gesichert werden. Regenerationsgebiete, große Natur-Sanatorien in Gestalt von Landschaftsräumen von besonderem Natur- und Kultur-Wert sind für die moderne Industrie-Gesellschaft zu einer Existenzfrage geworden. Wir stehen an einem Wendepunkt im Verhältnis zwischen Mensch und Natur, Technik und Landschaft. Maßgebliche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur- und Geistesleben, unter ihnen bedeutende Ärzte und Hygieniker, verweisen immer nachdrücklicher auf die Gefahren, denen die moderne Industriegesellschaft in den hochindustrialisierten Zentren Europas in besorgniserregendem Ausmaß ausgesetzt ist. Die ersten Analysen der Lebensbedingungen des Menschen in den städtischen, industriellen Ballungsräumen haben alarmierende Ergebnisse gezeigt.“ Ich fahre fort: Nordrhein-Westfalen ist das am dichtesten besiedelte Land Europas. Zechen und Fördertürme, Fabriken und Schornsteine prägen heute den Charakter dieses Landes. Allein im Zentrum des Ruhrgebietes leben auf einer Fläche von 1400 km<sup>2</sup> rund 4,5 Millionen Menschen. Nun wird weiter ausgeführt: Noch nie hat es in Mitteleuropa eine solche Überforderung der Landschaft als Lebensraum gegeben und eine solche Überlastung oder sogar Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Luft, Boden und natürliche Pflanzendecke wie heute. Noch nie hat aber auch eine solche Rückwirkung der veränderten Umwelt auf den Gesundheitszustand unserer Menschen stattgefunden wie in der Gesellschaftsordnung unseres Volkes, die wir nach ihrer Zusammensetzung und Struktur

die Industriegesellschaft nennen. Der Sorge um die gesunde Landschaft liegt zutiefst die Sorge um den Menschen zugrunde, der den Belastungen einer veränderten Umwelt und Lebensweise nicht gewachsen erscheint. Die Welt, in der wir leben, ist für 85 v. H. der Menschen nach Lebensweise und Berufstätigkeit die Welt der Stadt und Industrie. So erhebt sich heute unüberhörbar die Forderung der modernen Gesellschaft nach der Sicherung einer naturgemäßen Umwelt. Und nun gibt es eine Ziffer, die geradezu beängstigend wirkt. Er sagt: von dem ständig abgedunkelten Himmel senken sich im Ruhrgebiet auf die dort lebenden 8 Millionen Menschen im Jahr 1,5 Millionen Tonnen Staub, Asche und Ruß sowie 4 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd, 75.000 Güterwagen wären nötig, um die Exkremamente der Industrie abzufahren. Da sie aber in den Himmel geblasen werden, türmt sich eine mehrschichtige Dunstglocke das ganze Jahr über den Feuerschlünden und Wohnhäusern und reduziert die Kraft der Sonne um ein Drittel. Von den veränderten Umweltfaktoren sind in erster Linie das Stadtklima mit seinem spezifischen Wärmehaushalt und seinen Strahlungsverhältnissen, das an ultraviolettem Anteil verarmte Licht, der zunehmende Lärm, die Verunreinigung von Luft und Wasser, die Zurückdrängung des Grüns, die zunehmende Geschwindigkeit, die Hast, die Unfallgefährdung, der davon abhängige Arbeits- und Lebensrhythmus, kurzum, der Verlust natürlicher Lebensbedingungen und die unbefriedigende Atmosphäre am Arbeitsplatz von schwerwiegendem Einfluß auf den Menschen. Und nun, es wäre sehr aufschlußreich, hier noch mehr zu zitieren, ich möchte einiges daraus noch sagen. Er sagt: Die mit der Gesamtsituation der Industriegesellschaft befaßten Politiker, Wissenschaftler und Ärzte erheben heute die Forderung: Großerholungsräume sind angesichts der gesundheitlichen Situation der Industriegesellschaft zu einer Existenzfrage für Volk, Wirtschaft und Staat geworden. Der dieser heutigen technischen Welt ausgelieferte Mensch muß die Möglichkeit erhalten, sich zu erholen, das heißt, alle Kräfte zu regenerieren. Erholung ist aber nur möglich, wenn wir den Menschen während dieser Zeit der Regeneration mit einer Umwelt in Berührung bringen, von der noch die nötigen Heilwirkungen ausgehen und die durch eine Fülle natürlicher Reize die Überflutung mit technischen, dem Menschen wesensfremden Reizen kompensiert. Und er sagt am Schluß, daß Osterreich und vor allem auch die Steiermark hier die Möglichkeit hätten, nicht nur für die moderne Industriegesellschaft, die mittlerweile auch in unserem Lande Platz gegriffen hat, sondern für die europäische Industriegesellschaft jene Großerholungsräume zu schaffen, die all das beinhalten, von dem ich hier aus dieser Studie aufgezeigt habe. Denn er sagt nicht mehr und nicht weniger: Echte Sozialpolitik setzt sich aus sozialer Sicherheit plus biologischer Sicherheit zusammen. Fast möchte man meinen, daß in den Wirtschaftswunderländern die soziale Sicherheit und der Lebensstandard des Wohlstandsbürgers auf Kosten der biologischen Sicherheit erkaufte wurden. Hohes Haus! Das sind nur ein paar Hinweise, die ich mir erlaubt habe zu bringen, um damit aufzuzeigen,

welche Chancen sich für den steirischen Fremdenverkehr ergeben. Ich denke an die Großerholungsräume des Steirischen Salzkammergutes, an den Großerholungsraum des gesamten Ennstales, ich denke an den Großerholungsraum, den wir im besten Sinne des Wortes aus dem Boden stampfen können, die gesamte Oststeiermark. Genau dasselbe gilt für das Grenzland und für die Weststeiermark. Es gilt, möchte ich sagen, für weite Teile der Obersteiermark. Mit einem Wort, wir besitzen echte und reelle Chancen, auch in der Steiermark, den Fremdenverkehr zu einer Bedeutung zu entwickeln und zu einem wirtschaftlichen Faktor der Zukunft, von dem wir sagen können, daß er uns nicht nur die Existenz sichert, sondern auch jene biologischen Erwägungen, die in dieser Frage zu betrachten sind. Wir geben uns vielleicht heute im Jahre 1962 keine Rechenschaft darüber, was das alles bedeutet. Vielleicht werden unsere Enkel uns eines Tages verfluchen, weil sie sagen werden, das war nicht notwendig. Das, was der Kollege Schlager, was meine Kollegen hier zur Linken gesagt haben (Abg. B a m m e r: „Zur Rechten!“) Zur Rechten in dem Fall. Bitte, wollen Sie die Richtung nicht verwechseln. Daß wir auch heute und jetzt spüren, welche Eingriffe in der Natur bereits in unserem Land. Und aus diesem Grund erlauben Sie mir, weiter gegenüberstehen. Ich glaube, daß es nicht nur eine Frage des Fremdenverkehrs ist, sondern daß es eine Frage ist für die Existenz und für eine gesunde Fortentwicklung der Menschen in unserem Lande. Und aus diesem Grunde erlauben Sie mir, daß ich doch auch jetzt einiges berichten und sagen darf, was wir dafür tun können. Es gilt einmal, den Fremdenverkehr im besten Sinne des Wortes „aufzuforsten“. Hohes Haus! Es wird immer wieder behauptet, ja, wir hätten ja genügend Fremdenbetten und genügend Gastwirte, sie müßten nur modernisiert und verbessert werden. Das ist eine sehr richtige Erkenntnis. Aber ich sage heute, wir haben viel zu wenig Fremdenbetten und viel zu wenig moderne — möchte ich sagen — Unterkünfte, um den Ansturm bewältigen zu können, den wir noch restlos absolvieren könnten, wenn wir uns entsprechend darauf vorbereiten. Zwei Vergleichsziffern bestätigen, daß es so ist. Das Bundesland Steiermark hat gegenwärtig insgesamt 56.000 Fremdenbetten. Das Bundesland Tirol hat 170.000, und das kleine Bundesland Salzburg hat 90.000. Sie ersehen aus diesen zwei Gegenüberstellungen, welche gewaltige Reserven bei uns noch vorhanden sind. Nun, es geht sehr zäh vor sich, ich muß das sagen, denn der Fremdenverkehr ist ja auch eine sehr kapitalintensive Angelegenheit bei den Investitionen. Wir brauchen also noch mehr Geld. Es war möglich, im heurigen Jahr eine Kredit-Sonderaktion in das Leben zu rufen. Wir konnten 14 Millionen Schilling vergeben. Wenn ich Ihnen berichten darf, daß binnen drei Monaten dieses Geld vergriffen war, und daß noch mehr als 150 Ansuchen im Fremdenverkehramt liegen, die auf ihre Erledigung 1963 warten. Es war möglich, die Aktion des Fremdenverkehrsinvestitionsfonds fortzusetzen, die wir also auch im nächsten Jahr fortsetzen werden. Darf ich Ihnen nun zwei Ziffern nennen, die uns gleichzeitig ein Beispiel geben, wieviel wir versäumt

haben und wieviel wir aufholen könnten. Unser Konkurrenzland in Mitteleuropa ist die Schweiz. Die Schweiz hat nach einem vor einigen Tagen in Zell am See gehaltenen Vortrag eines Schweizer Fremdenverkehrsexperten in den Jahren 1951 bis 1961 1,8 Milliarden Schilling in die Hotelwirtschaft, in die Fremdenverkehrswirtschaft investiert. Österreich, das die gleichen Chancen hätte, hat kaum 700 Mill. Schilling im gleichen Zeitraum investiert. Der gleiche Experte sagte: Wir werden in den nächsten 10 Jahren 2,5 Milliarden Schilling in den Fremdenverkehr investieren. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen Auskunft zu geben, was wir tun werden können. Aber wenn ich vergleiche, dann sind unsere Mittel, ob es nun Bund oder Länder sind, mehr als bescheiden, das heißt, wir nützen nicht eine Chance, sondern wir berauschen uns an den Zahlen, daß wir Milliarden Schilling an Deviseneinnahmen bringen. Ich brauche Ihnen nicht, diesen sich mit Volkswirtschaft genauso Befassenden, zu sagen, daß unsere Industrie und unsere Wirtschaft im wesentlichen darauf aufgebaut ist, in die Welt hinaus zu verkaufen. Wer aber in die Welt hinaus verkauft, der muß zur Kenntnis nehmen, daß Handel keine handelspolitische Einbahnstraße ist, sondern er muß in der Welt auch draußen einkaufen können. Und wenn wir uns heute hier so manchen Luxus — ich sage das bewußt — und einen so hohen Lebensstandard leisten können, dann verdanken wir das nicht zuletzt den Milliarden aus dem Fremdenverkehr, die jährlich hereingebracht werden, um unsere Zahlungsbilanz auszugleichen und manchmal sogar aktiv zu gestalten. Ich will also nur sagen, daß auch das Land seine notwendigen Verpflichtungen hat, um hier mehr als bisher Investitionstätigkeit zu betreiben. Denn die Konkurrenz wird härter und wird größer. Ich habe das Beispiel der Schweiz aufgezeigt, ich brauche nicht zu reden, was Italien macht, sie werden sicherlich aus der Presse entnommen haben, welche Anstrengungen Jugoslawien unternimmt, um seinen Fremdenverkehr, den es nach dem Krieg mehr als vernachlässigt hat, wieder aufzubauen, weil man auch im Reiche Titos daraufgekommen ist, daß Devisen eine sehr interessante Sache für die Volkswirtschaft sind. Sie sehen aus all diesen Dingen, welche Möglichkeiten hier bestehen. Was können wir im einzelnen tun? Das ist u. a. die Schaffung von Attraktionen, Schwimmbädern und Seen. Es ist, ich glaube, das darf ich mit dem Satz sagen, und beenden, in Steiermark buchstäblich eine „Bade-Bau-Seuche“ ausgebrochen. Ich könnte jetzt eine große Anzahl von Gemeinden nennen, die unter großen Opfern Freibäder gebaut haben, die sich sehen lassen können. Ich darf auch auf eine Reihe von Gemeinden verweisen, die ebenfalls aus dieser Erkenntnis heraus dabei sind, solche Attraktionen neu zu bauen. Ein Bad ist kein Geschäft, aber ein Bad ist der Magnet, der Tausende von Menschen in den Ort bringt und damit nicht nur die Gemeinde, sondern noch vieles andere zusätzlich belebt. Wir werden aus dieser Erkenntnis in den nächsten Tagen einen Ausschuß konstituieren, der sich damit beschäftigt, wie wir planmäßig die Schaffung von Attraktionen im Sommer weiter fortsetzen können. Was für den Sommer das Bad ist, das ist für den Winter der Ski-Lift. 127 Lifte

sind zur Zeit in Steiermark bereits in Verwendung und ich habe in den letzten 10 Tagen schon einigermaßen Übung bekommen, wie man einen Ski-Lift eröffnet und in Bewegung setzt. Weitere Lifte werden in Kürze ebenfalls ihrer Bestimmung übergeben. Ich darf Ihnen sagen, daß wir damit eine Reihe von Gemeinden erst neu dem Fremdenverkehr erschließen, eine zweite Saison schaffen und damit erst überhaupt den Fremdenverkehr interessant gestalten. Denn damit wird er auch volkswirtschaftlich interessant. Auch hier wird aus dieser Erkenntnis und aus der Notwendigkeit, daß wir diese Chance nützen müssen, ein Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Planung und Ausweitung des Winter-Fremdenverkehrs beschäftigt. Das nächste ist die Förderung der Schutzhütten, die unsere alpinen Vereine, vor allem die Naturfreunde und andere unterhalten und sich emsig bemühen, die alpine Welt dem Gast zu erschließen. Hier wurde Großartiges geleistet und das Land Steiermark darf für sich in Anspruch nehmen, daß es das Bundesland ist, das die alpinen Vereine in ihren Bestrebungen nicht nur mit schönen Worten, sondern mit ansehnlichen finanziellen Mitteln ausstattet und ihnen hilft. Die Steiermark wird im kommenden Jahr das erste Bundesland sein, das auf dem Fremdenverkehrs-Sektor mit dem Inklusiv-Preis vor die Öffentlichkeit treten und werben wird. Bisher ist es so: Sie schließen ab und es kostet, sagen wir — ich nenne Ihnen eine unverbindliche Summe — 70 Schilling. Am Schluß erhalten Sie aber eine Rechnung, die lautet nicht mehr auf 70 Schilling, sondern da steht: 70 Schilling plus 10 % Bedienungsgeld, dann die Fremdenverkehrsabgabe, die Kurtaxe und am Schluß steht dann oft nicht 70 Schilling, sondern 82 Schilling. Da sagen die Leute dann „da wird ja geneppt, das ist ja eine Schweinerei“. Diesen Unfug — ich bezeichne ihn bewußt als einen Unfug — den werden wir abstellen und werden unser Gaststättenverzeichnis 1963 nur mehr auf dem Inklusiv-Preis aufbauen. Mir fällt in diesem Zusammenhang eine Geschichte ein, die mir ein guter Freund erzählt hat und von der er sagt, sie sei wahr und wenn sie nicht wahr ist, ist sie sehr gut erfunden, er sei also in Wien in ein Restaurant gegangen und habe dort gegessen, und als er fertig gegessen hat, kommt der Ober und bringt die Rechnung. Da heißt es also: 5 Schilling Suppe, 20 Schilling der Braten, 5 Schilling die Mehlspeise, 2 Schilling der Braune und 10 Schilling WG. Da fragt dann mein Freund, „was heißt denn ‚WG‘?“ Da sagt der Ober „wanns geht, bei Ihnen gehts nicht, ich streichs wieder weg.“ Wir wollen also mit diesen Beiläufigkeiten auch abfahren, weil wir der Überzeugung sind, daß der ehrliche Preis und die tatsächliche Preisangabe uns vor der üblen Nachrede schützen wird, der wir in solchen Dingen manchmal gegenüberstehen.

Unsere Werbe-Maßnahmen wurden auf allen Gebieten verstärkt. Die Winterwerbung mengenmäßig um 20 %, die Sommerwerbung für 1963 wird um 50 % erhöht. Ein neuer Winter-Prospekt ist soeben herausgegeben worden, ich werde mir erlauben, ihn auch den Herren Abgeordneten zuzuschicken. In der kommenden Sommer-Saison wird ebenfalls ein neuer Sommer-Prospekt herausgebracht. Eine Plakatserie und eine geschmackvolle Broschüre wirbt

seit Monaten erfolgreich im In- und Ausland für die Steiermark.

Das nächste, was wir uns wünschen, ist — vielleicht wird es auch einmal in Erfüllung gehen, dieses Wünschen — daß auch das österreichische Fernsehen mehr als bisher für den Fremdenverkehr wirbt. Ich vermerke mit Dankbarkeit, daß die steirische Tagespresse und der österreichische Rundfunk, Radio Graz, fast keinen Tag vorüberstreichen lassen, wo nicht irgend etwas über den steirischen Fremdenverkehr der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Das bedeutet eine wesentliche Verstärkung unserer propagandistischen Maßnahmen. Ich bedaure nur, daß das österreichische Fernsehen noch kaum Notiz davon genommen hat, welche Bedeutung die Steiermark als Bundesland, aber auch als Wirtschaftsfaktor für Gesamt-Österreich hat. Wir haben heute in sehr überzeugender Weise vom Herrn Kollegen Lackner gehört, etwa die Bedeutung des Kohlenbaues. Man könnte ruhig sagen, im Jahre 1945/46 und 1947, wenn nicht die Steiermark gewesen wäre, wäre die österreichische Volkswirtschaft und Industrie kaum in Bewegung zu setzen gewesen. Aber manche jenseits des Semmerings nehmen sehr wenig Notiz von dieser Tatsache, u. a. auch das Fernsehen. Hin und wieder ist einmal von der Steiermark zufällig etwas drinnen, denn Österreich besteht nicht nur aus Wien, sondern es besteht auch aus den Bundesländern und auch in Steiermark gibt es bedeutsame Dinge, über die ebenso berichtet werden könnte. Und ich wünsche mir nichts mehr und nichts weniger, als daß auch das Fernsehen hier eingreift.

Wir bringen einen Steiermark-Film heraus, ein Film über das Katerloch ist in Vorbereitung. Leider hat das Katerloch — das muß ich einmal im Hohen Hause sagen — keinen besonders attraktiven Namen. Die Höhle als solche ist die schönste Naturhöhle Europas. Sie übertrifft bei weitem die Adelsberger Grotte. (Abg. Berger: „Sehr richtig!“) Das ist eine Feststellung, die einmal gemacht werden muß. Sie ist mit einem Wort „phantastisch“. Nachdem heute schon angesichts der Weihnachtsstimmung freundliche Einladungen gegenseitig erteilt wurden, werde ich mir erlauben, auch einmal den Hohen Landtag einzuladen. (Zwischenruf von der SPO: „Wir waren schon dort!“) Ich habe gehört, Ihr seid nicht alle hineingegangen. (Abg. Bammer: „Alle sind hineingegangen!“) Das ist so wie bei der Kirche: Wenn alle einigingen, gingen eh nicht alle eini, aber weil eh nicht alle eini gehen, gehen alle eini! Aber das Katerloch ist groß genug für den ganzen Landtag! Ich halte es für notwendig, damit Sie also auch mit einigen Attraktionen mehr vertraut werden.

Dasselbe gilt für die Förderung von Veranstaltungen. Wir werden im Jänner und Februar des kommenden Jahres die alpinen Skimeisterschaften und die nordischen österreichischen Skimeisterschaften zum erstenmal in der Steiermark zur Durchführung bringen. Wissen Sie, was das bedeutet? Bisher war man gewohnt, nur von Tirol als Skiland zu reden, wenn wir zum erstenmal nun diese Dinge in das Bundesland Steiermark bringen, dann bedeutet das, daß sich auch hier ein völliger Wan-

del in den Auffassungen, aber auch ein völliger Wandel in unseren Möglichkeiten vollzogen hat. Das darf uns mit Freude und mit Stolz erfüllen. Ich möchte das ausdrücklich hervorheben. (Beifall.)

Das nächste ist der weitere Ausbau der Fremdenverkehrsvereine und der Verbände. Hohes Haus, es gibt Zehntausende von ehrenamtlichen Mitarbeitern im Lande, die, ohne mit der Fremdenverkehrswirtschaft direkt etwas zu tun zu haben, auch in diesen Vereinen, ich möchte sagen, im besten Sinne des Wortes idealistische Arbeit leisten. Ich könnte mir manches gar nicht vorstellen ohne diesen vorbildlichen Einsatz von Tausenden von Männern und Frauen, die sich darum kümmern, daß unsere Orte verschönert werden, die sich um die kleinsten Dinge kümmern, die also auch für den Gast so wichtig und so bedeutsam sind. Wir haben im heurigen Jahr vier neue Bezirksverbände gegründet, wir haben über 30 neue Fremdenverkehrsvereine gegründet und neuerdings sind wir dabei, weitere Gemeinden hier für den Fremdenverkehr zu erschließen. Es wurde heute bereits und gestern sehr ausführlich über die Verkehrsprobleme gesprochen. Ich kann es mir ersparen, neuerdings mich in Wiederholungen zu ergehen, aber ich möchte nur sagen, wenn das Land mehr als bisher am Fremdenverkehr teilhaben will, und ich glaube, daß es mir gelungen ist, Ihnen einiges aufzuzeigen und Sie davon zu überzeugen, daß wir hier wirklich etwas machen können, dann muß das Land so schnell als möglich aus diesem verkehrsgeographischen Blinddarm herausgelöst werden. Dazu gehört wohl auch der Autobahnbau. Dazu gehört endlich der mit 1. April des kommenden Jahres einmal beginnende innerösterreichische Luftverkehr. Dazu gehören die Möglichkeiten der Einfallstore aus dem Norden und aus dem Westen. Das alles zusammengenommen soll möglich machen, daß der Gast aus der Deutschen Bundesrepublik möglichst in einem Tag das Urlaubsziel in der Steiermark erreicht. Niemand fährt gerne zwei und drei Tage, um sich zusätzliche Kosten, sagen wir, auf den Hals zu laden, sondern jeder wird möglichst rasch dieses Ziel zu erreichen suchen. Das gehört also hier dazu. Und ich bin damit am Schluß, weil ich mich an die Ordnung des Herrn Präsidenten zu halten gedenke (Abg. B a m e r: „Überschritten!“) Es sind nur mehr 2 Minuten davon entfernt. Ich habe nun versucht, Ihnen die Problematik der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft aufzuzeigen. Es sind sicherlich nicht alle Probleme des Fremdenverkehrs erschöpfend besprochen. Denn für dieses Thema, aber auch für unsere Arbeit gibt es kein Rasten. Hinter uns liegen viele Erfolge, vor uns liegt ein schwerer, aber ich kann es ruhig auch sagen, ein schöner Weg. Es wird notwendig sein, ihn zu gehen. Ich danke abschließend nochmals allen steirischen Tages- und Wochenzeitungen, ich danke dem Österreichischen Rundfunk — Radio Graz, daß er sich bemüht hat, ständig die Interessen des Fremdenverkehrs zu vertreten. Ich danke aber auch dem Hohen Hause dafür, daß es, und dem Finanzreferenten, daß die Mittel des Fremdenverkehrs und seine Ansätze ein kleines Nachziehverfahren erlebt haben, das ich nur als eine Teilrate betrachte, weil ich überzeugt bin, wenn ich in einem Jahr die Auszeichnung ha-

ben sollte, wieder eine Bilanz des Fremdenverkehrs zu ziehen, daß sie noch erfreulicher sein wird als 1962. Und damit, glaube ich, haben wir einen sehr entscheidenden Beitrag geliefert, daß die Steiermark in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung neue Impulse erhält. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Landesrat Prirsch.

**Landesrat Prirsch:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! In dieser stark besprochenen Gruppe 7 sind auch wesentliche land- und forstwirtschaftliche Dinge enthalten. Wir haben jetzt einen wunderbaren Bericht über den Fremdenverkehr erhalten, wir haben die Sorgen der gewerblichen und wirtschaftlichen Industrie vernommen, wir haben auch die Schwierigkeiten und den Kampf um die Grundrechte des Staatsbürgers in dieser Gruppe heute hier zu hören bekommen. Aber ich darf das Hohe Haus aufmerksam machen, die Grundlage und der Boden, auf dem sich sowohl der Fremdenverkehr als auch die gewerbliche und industrielle Wirtschaft aufbaut, die Grundlage und der Boden ist schließlich und endlich die Land- und Forstwirtschaft. Wir können oder könnten ein Land der Touristen und der Kellner werden. Wir wollen es in zunehmendem Maße sicher. Wir könnten eine gewaltige gewerbliche und industrielle Wirtschaft ausbauen, aber alles würde zusammenstürzen wie ein Kartenhaus, wenn auch nur 14 Tage das tägliche Brot für die österreichische Bevölkerung, für die österreichische Wirtschaft nicht vorhanden wäre. (Zwischenruf von der ÖVP: „Sehr richtig!“) Ich glaube, im Streit der Meinungen, im Zuge der Wünsche und der Forderungen wird dieser Sache oft zu wenig Rechnung getragen. Wir konnten feststellen, und ich will ehrlich daran glauben, daß viel aufrichtige Bereitschaft in Worten hier im Hohen Landtag zum Ausdruck gebracht wurde. Wir werden die Situation aber nur ändern und sichern, wenn diesen Worten auch die Taten folgen. Hohes Haus, die Taten können nur dann folgen, wenn man bereit ist, für diese österreichische Landwirtschaft allerorts auch entsprechende Opfer zu bringen.

Der verstorbene und anerkannte Professor Direktor Ing. Hauer hat vor einigen Jahren darauf hingewiesen, daß die österreichische Landwirtschaft ein Nachziehverfahren fällig hat. Er hat darauf hingewiesen, wenn man die österreichische Landwirtschaft erhalten will, dann muß man ihr vom Volkseinkommen einen gewissen Vorzugsanteil einräumen. Er hat seinerzeit wissenschaftlich untermauert erklärt, daß man durch 4 oder 5 Jahre 2% des steigenden Volkseinkommens der Landwirtschaft, der österreichischen Landwirtschaft zuführen müßte, damit diese schreckliche Disparität ein Ende findet. Hohes Haus, es muß mit Erschütterung festgestellt werden, daß dieses Zuführen von 2% des österreichischen wachsenden Volkseinkommens in Zeiten, da das Volkseinkommen um fast 7% jährlich gewachsen ist, nicht möglich ist, und es wäre eine Vision zu glauben, daß es in Zeiten, da das österreichische Volkseinkommen nur noch, wie wir hören, um 2% gewachsen ist — im Hinblick auf all die

Forderungen, all die Notwendigkeiten —, daß man diese 2% wirtschaftlich und politisch in der Lage wäre der Landwirtschaft zuzuführen. Es haben die Vertreter der Sozialistischen Partei in sehr klugen und klaren Worten ihre Bereitwilligkeit verkündet. Meine Herren, es ist spät geworden. Hoffentlich ist es nicht zu spät. Ich habe viel Verständnis für eine Agrarenquete. Wir haben auch ganz bestimmte Vorstellungen und besprechen diese Idee seit einigen Monaten. Aber diese Enquete wird nur dann einen Sinn haben, wenn es erstens gelingt, bei dieser Enquete die Bereitwilligkeit der 84% der österreichischen Bevölkerung zu wecken, zugunsten der Landwirtschaft echte Verzicht auf sich zu nehmen. Sonst wird jede Enquete nur dazu dienen, um zu zeigen, daß Worte ohne Taten nichts bringen und niemandem helfen. (Zwischenruf von der OVP: „Sehr richtig!“)

Hohes Haus, wir werden sehen, ob es möglich ist — nicht nur dem Finanzminister, sondern der neuen österreichischen Regierung —, den Grünen Plan von 450 Millionen Schilling auf 700 Millionen Schilling zu erweitern. Das wird schon ein Prüfstein sein, ob man hier den Worten auch die Taten folgen lassen wird. Wenn der Vertreter der Kommunistischen Partei für sich und seine Person mit Recht in Anspruch genommen hat, daß man ihm eine Gesinnung und eine Haltung zubilligt, und wenn er uns sagt, daß er nur gegen die Großen sei, aber die Kleinen erhalten, ja geradezu retten wolle, Herr Kollege, dann muß ich sagen, Ihre Worte in Gottes Ohr, aber die Wirklichkeit, die rauhe Wirklichkeit, die Tatsache, ist anders. Es würden viele Tausende und Zehntausende ehemalige ostdeutsche Kleinbauern glücklich sein, wenn sie in Westdeutschland oder in Österreich die Sorgen im Hinblick auf die kommende EWG noch als freie Bauern auf sich nehmen könnten. (Beifall.) Die Wirklichkeit ist mit Ihren Worten leider Gottes nicht in Einklang zu bringen. Es ist Tatsache, daß auf der halben Welt das freie Bauerntum — nicht der Großen, auch der Kleinen — in den letzten Jahrzehnten verschwunden ist, ausgelöscht ist. Und es ist Tatsache, daß der Bauer in der sogenannten „freien Welt“, in dieser industriellen Wirtschaftsstruktur einen sehr schweren, einen sehr harten, ja auf weiten Strecken einen verzweifelten Kampf führt. Es ist gesagt worden, daß dieser Strukturwandel, daß der große Wirtschaftsraum ein Umlernen, ein Umdenken erfordert. Es ist hier gesagt worden, daß vor allem der Dienstnehmer, der Bauer, die Bäuerin, diesen neuen Gegebenheiten entsprechendes Verständnis entgegenbringen müßten. Selbstverständlich. Es ist gesagt worden, daß die Arbeiterlöhne in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu den dritt niedrigsten unter den Bundesländern in Österreich gehören. Meine Herren, auf Grund der Unterlagen des „Grünen Berichtes“, aus dem auch die Unterlagen hinsichtlich der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft genommen wurden, ergibt sich, daß der Arbeits-Netto-Ertrag je Arbeitskraft im Jahre 1961 von 9865 S bis 12.531 S variierte, der Jahresarbeitsertrag sämtlicher Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft. Wenn Sie bedenken, daß es nur noch 3% familienfremde Unselbständige in der Land- und Forstwirtschaft gibt, und 92% im Jahre

1962 sogenannte Familienarbeitskräfte, dann werden Sie auf Grund dieser amtlichen Erhebungen zugestehen müssen, daß diese 92% im Durchschnitt nicht jenes Lohneinkommen erreichen, das Gott sei Dank die sogenannten Unselbständigen in der Land- und Forstwirtschaft erreicht haben. Natürlich sind das Durchschnittszahlen. Es ist richtig, wie hier gesagt worden ist, daß die Verzinsung in der Landwirtschaft vom Jahre 1916 von 1,7% im Jahre 1961 auf 1,5% heruntergesunken ist. Hier fehlt es nicht nur hinsichtlich der Unselbständigen, hier fehlt es noch ärger hinsichtlich der Selbständigen. Und nun, Hohes Haus, vielleicht darf ich auch darauf aufmerksam machen, die österreichische Landwirtschaft ist nicht über den EWG-Preis hinaus. Es mag beim Weizen vielleicht um einige Groschen sein, auch bei der Milch, zugegeben, höchstens rechnen sie die Staatsstützung als Stützung für die Landwirtschaft, aber so war es selbst von Ihnen, meine Herren von der sozialistischen Seite, nie gedacht. Wir liegen nicht über den EWG-Preisen, auch beim Vieh nicht. (Abg. Edlinger: „Jetzt schon gar nicht.“) Ganz richtig, Kollege Edlinger, jetzt schon gar nicht. Aber wir sollten eigentlich nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die gewerbliche und industrielle Wirtschaft mit ihrer Produktion die EWG-Preise vielfach erreicht hat. Ich gebe zu — und das ist das Dilemma — wir haben noch nicht die EWG-Löhne. Es wird eine der schwierigsten Fragen sein, im Großraum der europäischen Wirtschaft die Preise nicht zu erhöhen und bei den Löhnen, wie es dann nicht anders möglich ist, nachzuziehen. Ich vermute, daß die Vertreter des Gewerkschaftsbundes diese entscheidende und lebenswichtige Frage in diesem Hohen Hause berührten, ja ich habe geradezu den Eindruck gewonnen, daß sie sie verschwiegen haben. Und meine Herren von der linken Seite, nun wird es auf den Beweis ankommen, und zwar man darf sagen, vielleicht für links und rechts ankommen, trotz dieser Gegebenheiten, dieser Tatsachen und Wirklichkeiten dem Bauern das Seine zu geben. Sie werden grundlegend umlernen müssen. So ist es nicht, wie Ihr freundlicher Sprecher hier gemeint hat, wir sind ja eh auf weiten Strecken auf der gleichen Linie. (Abg. Wurm: „Ich habe einen ganzen Berg Unterlagen!“) Auf weiten Strecken auf der gleichen Linie, es wäre schön. Aber so ist es leider nicht, Hoher Landtag, daß die Schwierigkeiten und die Diskrepanz, die die Landwirtschaft seit 17 Jahren erträgt, nur dem Wirtschaftsbund zuzuschreiben sind. Das ist eine Verniedlichung, aber nicht nur eine Verniedlichung, sondern eine echte gewollte oder ungewollte Verkennung der Tatsachen. Wenn das nur von diesem einen sicherlich auch manchmal etwas kritischen Problem abhinge, so würden wir zur Regelung dieser Frage Ihre Mithilfe und Mitwirkung gar nicht brauchen.

Zu den Fragen, die hier angeschnitten wurden im Zusammenhang mit der Landarbeitsordnung, mit dem Landarbeitsrecht überhaupt, ist es doch so, wie auch der Debattenredner mindestens genauso gut weiß wie ich, daß hier ein Grundsatzgesetz vorhanden ist. Der Antrag ist leider über das Grundsatzgesetz weit hinausgegangen. Es müßten hier mit dem Verfassungsdienst, um diese Vorlage überhaupt landtags- oder ausschlußreif zu machen, entspre-

chende Besprechungen und Rückfragen getroffen werden. Es kommt, und wir werden dann Gelegenheit haben, darüber in den Ausschüssen und im Landtag zu verhandeln. Hohes Haus! Eine ernste Frage, die vom Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Länd- und Forstwirtschaft und auch vom Herrn Abg. Hans Brandl angeschnitten wurde, ist die Frage der Nachwuchsausbildung und der Nachwuchssicherung überhaupt. Es kann mit gewisser Freude festgestellt werden, daß die Bestrebungen der Bauernkammer und der Landarbeiterkammer in gemeinsamer Arbeit zu schönen Erfolgen geführt haben. Ich bin davon überzeugt, wenn diese Lehrlingsfachausbildungsstelle ihre Arbeit in der bisherigen Art und Form fortsetzt, so wird die Ausbildung und die Sicherung geeigneter Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft sicherlich wenigstens in bestmöglichem Ausmaß gegeben sein.

Der Herr Abg. Pözl hat das Fischereigesetz urgiert. Wir hatten einen Entwurf, der sehr viel Arbeit erfordert hat, von der zuständigen Abteilung, bereits in der Regierung, aber die Regierung war der einhelligen Auffassung, daß man ein so umfangreiches Gesetz nicht machen soll, das ja nicht nur als Gesetz umfangreich ist, sondern das auch eine umfangreiche Verwaltungsarbeit erfordert hätte. Irgendein Witzvogel hat mir gesagt: „Du Prirsch, paß auf, daß mit diesem Fischereigesetz du nicht verpflichtet wirst, den Fischen Ohrmarken einzuziehen.“ (Gelächter.)

Daran ist nicht gedacht, das hat auch niemand verlangt und es würde übrigens auch gewisse Schwierigkeiten machen. Aber daß es hier notwendig ist, eine gesetzliche Regelung zu finden und zu treffen, ist sicherlich unbestritten. Es soll in einer möglichst einfachen Form geschehen.

Hohes Haus! Es ist hier auch mit Recht gesagt worden, daß der Gesundheitszustand der ländlichen Bevölkerung schlecht ist, daß vor allem auch die Musterungsergebnisse aufzeigen, daß der Gesundheitszustand der ländlichen Jugend um rund 20% schlechter ist. Es mag das schon auch darauf zurückzuführen sein, daß — zum Teil wenigstens — die ärztliche Betreuung der ländlichen Jugend nicht in dem Ausmaße gegeben ist, wie das bei den anderen Berufsständen selbstverständlich ist. Aber es ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß man der steigenden Diskrepanz die Landwirtschaft dadurch auszuweichen versucht, daß vor allem die familienangehörigen Arbeitskräfte des Bauern, die Bäuerin und auch die Kinder immer mehr und mehr gezwungen sind, körperliche Überforderung und Überlastungen auf sich zu nehmen, um überhaupt wirtschaftlich bestehen zu können.

Hoher Landtag! Die Anforderungen an die Umstellung der Landwirtschaft in technischer Hinsicht sind durch den Arbeitermangel, durch andere Einflüsse außerordentlich groß. Und es kommt sicherlich vor, daß auf dem einen oder anderen Hof manche Einrichtung geschaffen werden konnte, manche notwendige Maschine erworben wurde, daß aber schließlich und endlich die Familie und hier vor allem die Bäuerin durch Krankheit die Last tragen und bezahlen muß. Hohes Haus! Lassen Sie mich

auch noch ein paar Worte zu den heiß umkämpften Stützungen sagen. Diese Lebensmittelstützungen sind und waren völlig berechtigt als Konsumentenstützungen gedacht und sind es auch heute noch. (Abg. Wurm: „Da waren wir uns nie einig!“) Herr Abgeordneter Wurm, einer Ihrer maßgeblichsten Wirtschaftstheoretiker und Fachleute (Abg. Wurm: „der Winkler!“) nein, nicht der Winkler, der Herr Nationalrat Staribacher, der hat erklärt, „Schauen Sie, Gestehungskosten waren für uns so lange interessant, so lange es zu wenig Lebensmittel gegeben hat. Jetzt haben wir genug, jetzt können Sie unsere ganzen Gestehungskostenberechnungen haben. Wir schenken sie euch. Es ist eine halbe Bibliothek. Mit diesen Dingen befassen wir uns nicht mehr.“ Er hat im konkreten Falle gemeint, daß der Weizenpreis, der seit 1952 in Österreich gleich geblieben ist, im Jahre 1963 gestaffelt und erheblich gesenkt werden kann. Keinem einzigen Berufsstand, weder auf der selbständigen noch auf der unselbständigen Seite, hat man jemals zugemutet, auf die Preis- und Lohnlage des Jahres 1952 zurückzukehren. Und der Landwirtschaft mutet man zu, daß sie vom Preis des Jahres 1952 im Jahre 1963 noch Abstriche macht. Wie schwierig, wie diffizil das Problem ist, lesen Sie in der heutigen sozialistischen Zeitung der Steiermark auf der ersten Seite. Dort steht klar und deutlich zu lesen: Die sicherlich gerechtfertigten Lohnforderungen der Molkereiarbeiter und -angestellten im letzten Jahr erzwingen eine Milchpreiserhöhung von 20 Groschen. Das steht in der „Neuen Zeit“ zu lesen. Ich glaube es. (Zwischenruf: „Auch so!“) Die Lohnerhöhungen eines einzigen Jahres erzwingen eine Frischmilchpreiserhöhung von 20 Groschen.

Der österreichische Bauer, vor allem der Kleinbauer, hat seit 1956 den gleichbleibenden Milchpreis. Meine sehr Verehrten, das sind Tatsachen. Darüber kann man nicht hinwegreden. Sie zeigen uns auch auf, wie also nicht nur schöne Worte, guter Wille, sondern echtes Verstehen und auch eine gewisse einsichtsvolle Opferbereitschaft der 84% der österreichischen Bevölkerung notwendig sein werden, um den 16% dieses Landes es zu ermöglichen, daß sie auch weiterhin für Kinder und Arbeiter, für Männer und Frauen dieses Staates besorgt sein können, daß für sie das tägliche Brot hervorgebracht wird. Es hat einer Ihrer Herren mit Recht gesagt, im Zusammenhang mit der Kuba-Krise, ja, wo wäre dann das Öl hergekommen? Es glauben viele in Österreich, daß vielleicht das Öl gefährdet sein könnte. Aber es glauben wenige, daß auch das Brot — und das ist noch notwendiger als das Öl — durch Krisen in der weiten Welt ernstlich gefährdet sein könnte. Es ist die vernünftigste Versicherung, die die österreichische Bevölkerung eingehen kann, wenn sie alles tut, um die österreichische Landwirtschaft lebensfähig und erzeugungskräftig zu erhalten. (Beifall.) Lassen wir uns durch gelegentliche Überschüsse nicht beirren. Wir sind ein Land in der Mitte Europas, wir werden uns dazu bekennen müssen, daß wir immer dann gerne bereit sind, auch land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse über die Grenzen des Landes hinauszuführen, wenn wir einen geeigneten Käufer finden. Wir müßten in diese Viehkrise nicht

hineingekommen sein, wenn wir die Möglichkeit gehabt hätten, im Frühjahr, wo Ihre Zeitungen noch geschrieben haben, es wird ein Fleischmangel entstehen, um einige tausend Stück Vieh mehr hinauszubringen. Und wir wären noch tiefer in die Krise hineingekommen (Abg. W u r m: „Ist ja eine gemeinsame Kommission gewesen!“), wenn wir Ihren Wirtschaftstheoretikern gefolgt hätten, die gesagt haben, seit Jahren gepredigt haben, weniger Milch — aber mehr Schlachtvieh. (Abg. W u r m: „Dann ziehen Sie Ihre Vertreter heraus, ist ja eine gemeinsame Kommission“ — Abg. H a n s B r a n d l: „Ihre Leute haben zugestimmt!“)

Meine Damen und Herren, ich muß leider mit der Zeit sparen, ich sage noch einmal, es ist unmöglich, daß man der österreichischen Landwirtschaft das Lebensrecht nur auf Widerruf gestattet (Zwischenruf von der SPÖ: „Aber, aber, übertreiben Sie nicht!“), die Marktordnungsgesetze sind von Ihnen mit 30. Juni d. J. befristet worden, es ist unmöglich, daß man das Landwirtschaftsgesetz mit 1965 befristet hat, erwarten Sie von einem Berufsstand, dem Sie nur auf Zeit eine Lebenssicherheit geben, nicht mehr, als er geben kann. (Abg. Z i n k a n e l l: „Im Jahre 1965 werden Sie froh sein, daß wir das Gesetz verbessern können!“) Sorgen Sie dafür, daß die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Landwirtschaft nicht immer mit ganz anderen Dingen junktimiert werden, dann will ich Ihnen auch gerne glauben, daß die Unterschiede verflachen und daß auch Sie ernstlich besorgt sind um die Erhaltung des Bauerntums in Österreich. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Landeshauptmann hat sich zum Schlußwort gemeldet, ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Krainer:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Zu einigen Wirtschaftsfragen, die in der Diskussion aufgeworfen worden sind, glaube ich, ist es notwendig, Stellung zu nehmen. Ich beginne damit, daß der Herr Abg. Ileschitz uns auch hier im Steiermärkischen Landtag den Wirtschaftsrat präsentiert hat. Ich möchte aber gleich hinzufügen, daß ich sehr wohl verstehe, daß der Herr Abg. Ileschitz ebenso wie wir alle um die künftige Entwicklung besorgt ist. Er vertritt ja in der Gewerkschaft die Arbeitnehmerschaft und hat verständlicherweise gerade über seine gewerkschaftliche Tätigkeit tieferen Einblick in die ganze Entwicklung. Es ist gar keine Frage, daß wir uns in einer Struktur-Krise befinden, daß es zu Umschichtungen kommen muß, wenn wir eine Zeit voraus blicken wollen. Es ist verständlich, daß dieser Zustand, der noch nicht entsprechend analysiert, aber schon spürbar ist, Unbehagen für jeden wirtschaftlich denkenden Menschen hervorruft, u. zw. ganz gleichgültig, auf welchem Sektor er als Partner — Arbeitnehmer oder Arbeitgeber — tätig ist oder überhaupt für die ganze Wirtschaft zu denken hat. Es ist gar keine Frage, daß wir als Steirer hier mit größeren Sorgen für die Zukunft belastet sind, als es eine Reihe anderer Bundesländer ist, da wir eben die Schwerindustrie, die Stahl- und Eisenindustrie bei uns beheimatet haben und weil gerade dieser Faktor Anfälligkeiten zu einer beachtlichen Verflachung zeigt und weil wir zu Stahl und Eisen auch

das Problem Kohle noch nicht endgültig gelöst haben; ich möchte das ausdrücklich und bewußt sagen, noch nicht gelöst haben! Nun ist es auch gar keine Frage, daß es Abstimmungen erfordert oder daß die Zeit und die wirtschaftliche Entwicklung Abstimmungen erfordern, Abstimmungen auf lange Sicht. Und als Therapie natürlich auch gezielte Maßnahmen, gezielte Einwirkungen, die natürlich nur in Form von Teilwirkungen irgendwo in Erscheinung treten können. Aber ich möchte das Hohe Haus davor warnen, zu glauben, daß es irgendeinen Rat oder eine Kommission gibt, die etwa in der Lage wäre, in einem demokratischen Staat eine Wirtschaft zu dirigieren oder eine Planwirtschaft, eine Kollektivwirtschaft, zu begründen. Meine Damen und Herren, wenn wir uns nicht mehr auf die Initiative, die Intelligenz und auf den Weitblick unserer Unternehmer — ich nehme davon niemanden aus —, auch selbstverständlich in der verstaatlichten Industrie, verlassen können, dann haben wir allen Grund beunruhigt zu sein. Dort sitzen schließlich auch Unternehmer und alle haben die Pflicht, in die Zukunft zu sehen, es ist ja ihre Existenz, ihr Leben, wovon sollen sie denn leben, wenn sie ihre Existenz verspielen. Es ist also Pflicht eines jeden, in die Zukunft zu sehen und auch mitzuwirken, im Gesamtstaate mitzuwirken, gesamtwirtschaftlich mitzudenken, daß wir nicht zu Fehlinvestitionen, zu Fehlentscheidungen auch in der Wirtschaftspolitik uns etwa verirren. Jawohl, ich bin für gezielte Koordination, aber meine Damen und Herren, es wäre so einfach, es wäre ein Glück, wenn es wirklich einen Rat gäbe, der uns befreien könnte oder der uns das Denken in der freien Marktwirtschaft abnehmen könnte. Das gibt es nicht. Ich möchte aber sagen, natürlich wird es in Hinsicht auf die Entwicklung unserer Energiewirtschaft einen Plan geben müssen, um den Strukturveränderungen, die wir ja heute schon sehen, zu begegnen. Es wird einen Plan geben müssen, wo wir verstärkt Investitionen einsetzen, vom Staate, den ERP-Mitteln, der Geldwirtschaft und überhaupt der ganzen Wirtschaft her gesehen.

Das ist klar (Abg. W u r m: „Herr Landeshauptmann, der Professor Taucher!“), dann müßte ja alles in bester Ordnung sein.

Aber lieber Freund Wurm, es ist ein Unterschied, ob ich Kredite plane oder ob ich Wirtschaft plane. Das ist ein großer Unterschied, ein ganz entscheidender Unterschied. Ich möchte nicht, daß wir eine andere Sprache sprechen, verstehen Sie mich, ich möchte, daß wir dieselbe Sprache sprechen. Aber wenn Sie von Planwirtschaft reden, wenn Sie von Reden und Ausschuß reden und glauben, damit die Dinge zu ordnen, das ist nicht möglich, meine Damen und Herren, wenn wir nicht dahinter das Konzentrationslager und wenn wir nicht dahinter den Kommissar und die brutale Gewalt des Staates haben. Das ist nicht möglich. Gehen wir doch endlich von diesem Gedanken ab, daß nur die Reden uns irgendwie helfen könnten. Wir sind nicht dort, wo nur die Rede diktiert.

Nein, ich sage ausdrücklich, das ist gar kein politischer Vorwurf, ich möchte nur den Gedanken wei-

terführen, schauen Sie, wie ist denn das, wenn man vom Planen und vom Wirtschaftsrat und von solchen Dingen redet? Was denken sich denn die Leute, die auch mitdenken? Jetzt ist endlich die Zauberformel gefunden. So denken sich die einfachen Menschen. Aber wie ist denn die Wirklichkeit? Wie ist denn die Wirklichkeit? Schauen Sie, woran kranken wir? Das sind ja die tiefbegründeten Sorgen unserer kommenden wirtschaftlichen Entwicklung. Wir kranken am Kapitalsmarkt, eindeutig und klar am Kapitalsmarkt. Ob es die verstaatlichte oder die Privatindustrie ist, was ist denn die Ursache der Sorgen?

Meine Damen und Herren, jene Industrie, die sich in den letzten Jahren zielbewußt modernisieren konnte, Investitionen durchführen konnte, haben ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem westlichen Markt aufrechterhalten können, dort haben wir keine Sorgen. Wo haben wir die Sorgen? Schauen Sie auf die Stahlindustrie. Hier müssen wir uns noch überlegen, werden wir weiter, ich sage es grob, werden wir weiter nur Roheisen und Stabeisen oder Walzware schlechthin, Trockenwalzware, erzeugen, oder werden wir nicht in die Verfeinerung gehen müssen, weil sich dadurch günstigere Aussichten für die Zukunft öffnen. Wir dürfen ja nicht übersehen, daß Stahl- und Eisenblech letzten Endes konkurrenzisiert werden durch Plastikstoffe, durch Ersatzstoffe; alle möglichen Stoffe sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf den Markt gekommen, die Blech und Eisen verdrängen. Ich meine, wir müssen uns also hier hineindenken, daß es etwa in der Entwicklung in 100 Jahren so sein wird, daß man von der Postkutsche zum Flugzeug überwechseln muß. (Abg. W u r m: „Doch ein wenig planen!“) Bitte sehr, schau, das ist ein gezieltes Denken, ich habe ja nichts gegen das Planen, das ist ja ein Irrtum. Aber ich habe etwas gegen die Planwirtschaft, weil sie uns nicht retten kann.

Aber, bitte, lieber Freund, du hast ja gesagt „Planwirtschaft“, ich kann dir da nicht helfen. Ich habe es ja nicht erfunden. Das hat mich ja sofort erregt. Nein, wir sehen, daß beispielsweise die Papierindustrie in Schwierigkeiten ist, einmal deshalb, weil ein unerhörter Konkurrenzkampf nicht nur in Europa, sondern in der Welt entstanden ist. (Abg. W u r m: „Zu wenig Holz!“) Aber gar keine Spur, ist ein völliger Irrtum. Entschuldige, wenn eine Papiermaschine, die wir im Jahre 1954 als die modernste bei uns eingestellt haben, heute in Schweden, in Kanada oder auch in Deutschland 4- und 5mal soviel erzeugt als unsere, und diese Maschine ist im Jahre 1961 eingestellt worden, bei der gleichen Zahl von Beschäftigten, bei der gleichen Lohn tangente, dann hat sich die Konkurrenzfähigkeit sehr einfach geklärt. Vier- bis 5mal läuft diese Maschine schneller und erzeugt mehr Papier. Auch wir können diese Maschine einstellen. Es fehlt uns aber das Kapital. Und in der Stahlindustrie. Na, wir haben sehr große Fortschritte zu verzeichnen, es ist ungeheuer viel investiert worden, aber wir sind bei weitem nicht auf dem letzten Stand. (Abg. W u r m: „Ah doch.“) Aber gar keine Spur.

Ich bitte sehr, Linz braucht mindestens eine halbe Milliarde, um weitere dringende Investitionen durch-

zuführen. Die Alpine braucht 800 Millionen Schilling, um die weiteren Investitionen durchzuführen. Böhler, Schöller-Bleckmann, sie brauchen auch zusammen 700 oder 800 Millionen, und so geht das weiter und weiter. Und unsere Textilindustrie braucht eine Milliarde, und unsere chemische Industrie braucht Hunderte Millionen, um Investitionen durchzuführen. Meine Frauen und Herren! Hier liegt der große Schlüssel. Wir müssen sichtbar zu einer Kapitalstärkung in irgendeiner Form kommen, es ist ja gar nicht so einfach, weil damit ja auch die Auftriebskräfte und die Stabilität zusammenhängen. Es ist ja nicht so, daß wir keine Auslandskredite bekämen, aber wir müssen ja hier aus monetären Überlegungen und in Rücksicht auf den Wirtschaftskreislauf vorsichtig vorgehen. Aber das Um und Auf ist das Kapital. Und hier wird man natürlich jetzt, wenn die Kapitalbeschaffung eine Lösung mit sich bringt, sagen, man kann nur da und dort auch wirklich verantwortungsbewußt investieren. Dazu braucht es Ratgeber, das ist gar keine Frage. Dazu braucht er Ratgeber, aber nicht um Gottes willen Politiker. (Abg. W u r m: „Die mengen sich überall ein!“) Moment, meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es ja vor allem, der Hoheitsverwaltung, der Führung des Staates unsere Kräfte zu widmen, aber nicht Wirtschaft zu betreiben, die wir ja doch nur zum Teil verstehen. Denn es ist doch überheblich, wenn jemand von sich sagt, wenn er nicht als Fachmann Politiker geworden ist, ist er als Politiker Fachmann geworden. Ich habe schon solche Behauptungen und solche Äußerungen auch gehört. Das ist doch irrig. Machen wir doch nicht den Fehler, als Politiker zu glauben, wir seien alles imstande zu ordnen. Ich bin der Meinung, daß wir als Ratgeber Praktiker brauchen aus der Wirtschaft, Direktoren, Generaldirektoren, Fachleute, Ingenieure, Konstrukteure. wir brauchen weitere Menschen, die uns Analysen, echte Analysen bringen, wir brauchen also eine bessere statistische Auswertung unserer ganzen Entwicklung. Hier brauchen wir Rat, hier brauchen wir Hilfe. Da finden wir uns auf einer Linie, sehr einfach. Aber um Gottes willen, die können nur raten. Die Maßnahmen muß die Regierung, soweit dafür die Regierung zuständig ist, muß die Nationalbank, soweit sie dafür zuständig ist, letztlich bestimmen und entscheiden. Also keine Verwechslung. Nicht leichthin den Glauben erwecken, mit Reden und Kommissionen könnten wir die Probleme einfach und leicht lösen. Sie sind so komplex, gerade auf dem Kapitalsmarkt. Schauen Sie, meine Damen und Herren, wenn beispielsweise das Unterhandlungskomitee im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie den Vorschlag gemacht hat, auch bis zu 51% die verstaatlichten Betriebe auf den Kapitalsmarkt zu verweisen (Abg. Dr. K a n: „bis zu 49!“), bis zu 49, bitte um Entschuldigung, also 49, so ist es nicht, um die verstaatlichte Industrie damit irgend jemand auszuliefern, sondern der verstaatlichten Industrie das Kapital zuzuführen, das sie braucht, von dem wir aber nicht wissen, wo wir es hernehmen sollen. Ja, sind es etwa die 120 Millionen Investitionsfonds, die ausreichen, um den Kapitalsmarkt zu befriedigen? Das ist doch ein Tropfen auf einen heißen Stein. Na, ich bitte sehr wenn Sie auf einen solchen Vorschlag nicht ein-

mal eingehen und ihn einfach als eine Faiselei ablehnen, so ist das doch falsch. Bitte, wenn Sie glauben, daß wir mit 66,6% besser gesichert sind, so sagen wir halt 66,6% Anteil des Staates an den Aktien. Aber wir müssen doch alle Wege gehen, die irgendwie dazu führen, daß wir zu Kapital kommen. Also das Entscheidende ist Kapital, das Nächste ist die Analyse, und hier sind dann die Ratgeber imstande, sowohl auch beim Kapital als auch beispielsweise bei der Analyse sicher gute Ratschläge zu erteilen. Aber, meine Damen und Herren, glauben wir ja nicht, daß wir uns hier etwa auf Österreich beschränken können. Es ist völlig ausgeschlossen, wenn wir uns hier also abkapseln und abschirmen wollen und wenn wir nicht weiterdenken und täglich überlegen, daß wir im Westen eine feste EWG, eine fest geordnete Wirtschaftsordnung innerhalb der 6 Staaten haben und im Osten das Comecon haben, das sich jetzt sowohl konstitutionell als auch nach dem Vorbild der EWG organisiert, und wir sind da zwischen drinnen.

Was sind wir in der Isolation? Arme Hunde, sonst gar nichts. Wir werden deshalb nicht zugrunde gehen, das glaube ich nicht, aber wir werden Hunger leiden. Das ist meine feste Überzeugung. Und daher müssen wir uns abstimmen, wir haben neutralitätspolitisch natürlich unsere gewissen und bestimmten Schwierigkeiten. Wir müssen uns abstimmen, damit wir nicht ausgeschlossen bleiben aus dem EWG-Raum, aus der EWG-Wirtschaftsordnung, wir müssen aber auch Rücksicht nehmen, daß wir im Osten unsere Handelsbeziehungen weiter aufrechterhalten und den Osten oder sagen wir, das Comecon nicht diskriminieren. Es ist uns hier eine doppelte Fleißaufgabe und Intelligenzfrage gestellt, wie wir diese Dinge lösen sollen. Wir können aber — und ich bitte, darauf immer bedacht zu sein — nicht im nationalen Raum heute mehr planen, das ist völlig abwegig, der Versuch ist kindisch. Wir können uns nicht in unserer neutralen Ecke verkriechen, wir müssen uns natürlich abstimmen und fragen, was können wir in erhöhtem Maße exportieren. Es ist heute schon einmal gesagt worden, Handel ist keine Einbahnstraße, man handelt nicht nur hinaus, sondern es wird auch hereingehandelt. Wenn man also voraussieht, gezielt voraussieht und versucht, zu koordinieren, dann muß man überlegen, was können wir überhaupt in die Räume, die unsere angestammten Abnehmer sind, weiter exportieren? Das ist eine große Frage. Aber wir müssen nicht nur nach dem Westen, wir müssen auch nach dem Osten schauen. Werden wir, nur um ein Beispiel zu sagen, in Zukunft noch ein bißchen hinausbringen nach dem Osten oder werden sie uns eine Reihe Bestellungen streichen, wie das in den letzten Wochen geschehen ist? Weil angeblich die Qualität nicht entspricht. Wir müssen also auch dorthin blicken. Noch ein Gesichtspunkt: Natürlich werden wir nicht nur nach dem Westen und nach dem Osten äugen, sondern wir werden auch nach Afrika und nach Asien blicken müssen, aber das ist nur eine reine Kapitalsfrage. Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe höchst interessanter Posten, die ich sonst nieregends placieren kann, also sehr sehr gute, lukrative Geschäfte, aber ich muß für 8, ja für 10 Jahre kreditieren. Und

acht und zehn Jahre kreditieren heißt, daß das Produkt, weil ich ja bei uns wieder 8% Zinsen zahlen muß, zum Beispiel sich von 100 Millionen auf 180 Millionen erhöht, wenn ich den Preis auch hereinbekomme. Diese Länder, können nicht anders, aber wo bringe ich das Geld auf, damit die Löhne und Rohstoffe bezahlt und der Betrieb in den Fabriken aufrechterhalten werden kann? Immer wieder kommen wir auf die Kapitalsfrage zurück, wir können das Problem hin- und herwälzen, wie wir wollen. Und durch die Planung, mit der Planwirtschaft können wir kein Kapital beschaffen. Ich bitte also, mich zu verstehen. Wir sollen uns bemühen, in diesen Fragen eine gemeinsame Sprache zu finden. Und ich bitte Sie, nicht den Bauer und nicht das Kapital von Marx und all diese Dinge als ideologische Grundlage für diese Betrachtungen zu nehmen, sondern wirklich mitzudenken, wie in der freien Welt heute Gott sei Dank gedacht wird und mit dieser Welt haben wir uns ja vor allen Dingen wirtschaftlich zu konfrontieren. Das, was wir hinüber nach dem Osten exportieren, diese kleine Rate ist ja wohl bekannt und liegt ja kaum bei 17% unserer Ausfuhr.

Also ich möchte zusammenfassend sagen, es muß unser höchstes Bestreben sein, den Strukturwandel in unserer Wirtschaft nicht nur zu beobachten, sondern ihn aufzufangen und natürlich auch gezielte Maßnahmen zu treffen und vor allem Kapital einzusetzen. Noch eines kommt dazu, für den Übergang bis zu einem Arrangement mit der EWG muß ja auch gesorgt werden. Wenn wir jetzt diskriminiert werden, ich weiß nicht, ob wir das vertragen. Nämlich die Meinung, die man von uns hat, oder die man uns versucht immer wieder einzureden, „bleibt nur schön-brav und neutral und kümmert euch nicht, was auf der Welt vor sich geht“, das werden wir nicht vertragen. Und die, die uns das einzureden versuchen, die irren sich. Wenn wir schlechte wirtschaftliche Verhältnisse haben in Österreich, dann wird das Schielen nach dem Westen sehr, sehr groß werden. Man wird sagen, ja dort wohl, bei uns nicht. Nach dem Osten schielen unsere Leute nicht; das zeigt jede Wahl und ich weiß nicht, wenn wir Arbeitslose haben, wie solche Demonstrationen und gegen wen solche Demonstrationen sich richten würden. Ah, es gibt schon Leute, und einer von diesen sitzt auch hier bei uns, die solche Demonstrationen sehr wohl zu organisieren wüßten, und wenn wir dann sozusagen die Schuldigen sind, ja wie wird denn dann die politische Entwicklung in Österreich ausschauen? Gar nicht zu reden von der Wirtschaft. Das sind meiner Überzeugung nach die größten Gefahren. Und die Neutralität Österreichs ist nur dann eine echte und wirkliche, wenn sie auch wirtschaftlich gesichert ist. Aber in dem Zusammenhang auch noch eines: Wir haben natürlich im Hintergrund den Staat, den Staat mit seiner Budget- und Finanzpolitik. Ich sehe die Zukunft in der Richtung der österreichischen Budget- und Finanzpolitik nicht rosig. Es zeigt sich sehr deutlich, daß wir uns überfordert haben. Und das wird in etwa zwei Monaten ganz offen und klar auf dem Tisch liegen. Wieviel wir dabei als Gemeinden und Länder Opfer zu bringen haben werden, steht auf einem anderen Blatt geschrieben, aber daß uns

Opfer auferlegt werden, daran zweifle ich nicht. Weil natürlich auch der Bund Mittel zur Verfügung stellen muß, damit wir die strukturelle Entwicklung unserer Wirtschaft auch vom Budget her beeinflussen können. Und sehen Sie, jetzt kommen wir in die Situation, die rechtfertigt, daß wir, das Land Steiermark — und hier gibt es keine verschiedenen Auffassungen zwischen den Landesfinanzreferenten als Sozialisten und der Volkspartei — eine sehr sparsame Finanzpolitik betreiben müssen, weil wir sehr wohl in den nächsten Jahren, in den nächsten Monaten vielleicht schon ein paar Groschen, die wir beiseite gelegt haben, sehr, sehr dringend notwendig brauchen werden, ich möchte sagen als Zehrgroschen. Aber in einem Jahr kann es auch so sein, daß wir sie nicht nur als Zehrgroschen brauchen, daß wir sie zur Erhaltung einer entsprechenden Industriestruktur in Steiermark brauchen. Auch hier werden wir nicht kleinlich sein und sagen, das ist nicht unsere Kompetenz, das geht uns nichts an, sondern wir werden einfach eingreifen müssen, wenn es erforderlich ist. Also die Budget-Politik ist eine entscheidende Frage für die Zukunft. Und die Budget-Politik hängt natürlich auch mit unserem Leben als Land, als Städte und als Gemeinden sehr eng zusammen. Daher muß man auch in diesem Zusammenhang sagen, daß wir bei einem späteren Kapitel keine Lizitationspolitik, und zwar nirgends (Abg. Bammer: „Auch nicht in Graz.“) dulden können.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Kohlenkrise sagen. Ich habe eingangs festgestellt, noch sind die Probleme nicht gelöst. Sie sind deshalb nicht gelöst, weil uns zur Zeit der Herrgott hier mehr geholfen hat als die Regierung. Die Tatsache, daß wir seit 1½ Jahren eine schlechte Wasserführung haben ist ein Glück und hat uns sozusagen die brennende Kohlenkrise aus der Hand genommen. Wir haben es also dem Herrgott zu verdanken, daß wir heuer nicht die großen Sorgen hinsichtlich unserer Kohle haben, als wir sie in den vergangenen Jahren hatten. Die Lagerbestände, die bei den Elektrizitätswerken liegen, brauchen uns keine grauen Haare zu machen. Ich meine, wenn es nicht bald anfängt zu regnen, werden wir also Tag und Nacht unsere kalorischen Kraftwerke einsetzen müssen. Also auch hier, wenn uns der Herrgott hilft. Die Zukunftsfrage wird sein: wie bringe ich die Feinkohle, um die es praktisch nur geht, an. Aber ich sage, dadurch ist die Kohlenkrise noch nicht gelöst, vor allem Pipeline-Öl und -Gas pochen an den Toren Österreichs, noch dazu mit Preisen, die unerhört verlässlich sind und die geradezu reizen. Wir werden also an diesen Dingen nicht einfach vorbeisehen können, und wir werden nicht sagen können, Steiermark hat eine Kohlenkrise, weil, ob wir ja oder nein sagen, irgendwo werden die Pipelines in unser Land bis nach Wien und weiter hineingreifen und auch über unser Land verlaufen. Wir haben also nach wie vor dafür besorgt zu sein, daß wir jede Möglichkeit nützen, ich darf es nur nicht laut sagen, aber ich bin bereit, es also dir, lieber Lackner, zu sagen, jede Gelegenheit beim Schopf zu packen, die uns auch dem Wandel der Struktur entsprechend neue Betriebe ermöglicht, jede Möglichkeit beim Schopf packen und dafür

auch Geld einsetzen. Wir werden uns vielleicht in einem halben Jahr sehr ernstlich gerade mit diesem Problem im Zusammenhang mit einer anderen Frage zu beschäftigen haben. Aber, wie gesagt, hier müssen wir stillschweigen, hier dürfen wir ja nichts an die große Glocke hängen, weil sonst die Konkurrenz stärker ist als wir, und die Konkurrenzen sind also in der Frage sehr, sehr groß. Und wir werden selbstverständlich den Weg gehen müssen, um die Kohle zu sichern, wie es mit dem Fernheizwerk in Graz geschehen ist oder wie es geschehen wäre, wenn man uns die Kohle zur Verfügung gestellt hätte, anstatt des Ölkraftwerkes in Pernegg ein kalorisches Kraftwerk in Leibnitz zu errichten. Wir müssen diesen Weg weiter beschreiten. Es besteht auch hier die begründete Aussicht und Möglichkeit, weiteren kalorischen Strom unterzubringen. Ich möchte auch noch etwas sagen: Oft wird der Vorwurf gemacht, daß wir uns mit dem Kohlenproblem nur aus parteipolitischen Rücksichten beschäftigen. Wir haben Forderungen aufgestellt und uns mit der Kohlenkrise auseinandergesetzt und immer wieder davon geredet. Es war mir klar, daß wir selbst zuerst ein gutes Beispiel geben müssen bei der Verheizung von Kohle, weil wenn wir als öffentliche Hand die Kohlenheizung diskriminieren, wie sollen wir dann verlangen, daß die Privaten Kohle verheizen. Tatsache ist, daß die Diskussion um die Kohlenkrise Erfolg gebracht hat. Es haben zu dem Zeitpunkt, wo wir am lautesten hier im Landtag geschrien haben, immerhin einige beachtliche Industrien in der Steiermark auf einmal den gespitzten Bleistift in die Hand genommen und nicht nur der Propaganda der verschiedenen Agenten für Ölheizungen geglaubt. Und diese Rechnung geht unter allen Umständen auf, auch wenn ich die Fracht in Rechnung stelle. Ich könnte Ihnen dafür einige Beispiele erzählen. Und sehen Sie, die Tatsache, daß also dort und da nun wieder Kohlenfeuerungen eingebaut werden oder man nicht Öl, sondern Kohle feuert, das hat auch die Leute veranlaßt, beispielsweise nicht nur ein Verfeuerungungsverfahren, wie wir es auf der Herbstmesse gesehen haben, sondern vor allem auch eine etwa Art Einspritzdose für Staub, Kohlenstaub, zu entwickeln, um also hier die Verfeuerung rentabel zu gestalten und sie auch zu entstauben. Auf dem Gebiet ist ja nichts geschehen, solange die Krise nicht gekommen ist, und das ist ja das Teuflische. Hier hätte man planen genug können, und es wäre auch der Boden dafür vorhanden gewesen. Nur hat man es nicht getan, weil ja gedacht wurde, uns muß man die Kohle abnehmen. Es zeigt sich, daß also eine Krise, so bedauerlich sie ist, neue Kräfte weckt und auch den Geist anregt. Und ich bin gar nicht so sehr besorgt, daß wir hier nicht auch eine weitere Entwicklung und weitere Abnahmemöglichkeiten haben, aber wie gesagt, auf lange Sicht gesehen dürfen wir hier nicht übersehen, daß sich die Welt auch hier umschichtet und daß wir früher oder später, wie gesagt, von der Postkutsche ins Flugzeug werden steigen müssen. Daher alle Vorsorge in der Richtung, daß uns der Arbeitsplatz gesichert ist. Das ist das Entscheidende und das ist das Wesentliche. Und jetzt schließe ich schon. Ich muß nur noch schauen, ob ich nicht noch irgendwo Stellung

nehmen muß. (Abg. Afritsch: „Elektrifizierung!“) Ich muß zuerst kurz selber schauen, ich darf nicht dir gleich glauben. (Gelächter.) Bitte, die Restelektrifizierung ist ja also im Plan, es wird die Frage, ob wir dort und da weiterkommen, sicher sehr wesentlich davon abhängen, wie sich überhaupt unsere Elektrizitätsversorgung bzw. die Erzeugung gerade im Zusammenhang mit der Enns entwickeln wird. Aber es gibt ja auch einige andere weiße Punkte, nicht nur in Ihrem Bereich, Herr Kollege Lackner, sondern auch in anderen Gebieten, so etwa in Oberzeiring bzw. Pusterwalt bzw. in St. Johann am Tauern, hier wird ja schon jetzt von Hohentauern ausgehend aus der Sunk heraus eine Leitung herunterverlegt, die ja dann bis nach Pusterwald anspeisen wird. Und damit ist also der weiße Fleck, der noch der größte ist, beseitigt. Die Frage der Prescenyklausen bzw. Anzapfung in Altmärk über Gußwerk nach Mürrzuslag, wird studiert. Es liegen schon Studienergebnisse vor. Das hat meiner Meinung die beste Aussicht. Ich glaube ja, daß die Finanzierung der Prescenyklausen ernste Schwierigkeiten und Sorgen bereiten wird, wenn hier nicht ein Zusammenspiel mit der Stadtgemeinde Wien möglich ist, also mit dem Hausherrn faktisch, wenn das nicht erreicht wird, darum wird ja auch sehr gearbeitet und ist man sehr bemüht, so bin ich noch nicht überzeugt, daß wir hier zu einem glücklichen Ergebnis kommen. Aber Sie können versichert sein, Herr Kollege, wir übersehen keinen Augenblick diese Fragen der endgültigen Elektrifizierung und schenken ihnen alles Augenmerk, und unsere zuständige Abteilung, die Agrartechnische Abteilung, ist ständig bestrebt, zu einem Erfolg, zu einem Ergebnis zu gelangen. Daß es nicht einfach ist, daß es unerhört schwierig ist, das werden Sie mir glauben, ohne daß damit etwa eine Verzögerungsabsicht vorhanden ist. Ich möchte also nur noch zur Kohle etwas sagen zum Schluß. Wir stimmen in einem alle überein: wir können nicht vom Ausland abhängig sein, und daher müssen selbstverständlich nationale Opfer für die Kohle gebracht werden. Das ist gar keine Frage. Das wird heute so sein, wird morgen so sein, und wenn wir auch nicht übersehen dürfen, daß wir also einer gewissen Strukturordnung unterliegen, wir werden niemals diese Reserve völlig außer Acht lassen können. Sie ist für unsere Neutralität auch eine Lebensfrage, genauso wie die Fragen unserer Landwirtschaft, die Fragen unserer Ernährung. Ich möchte also jetzt zum Schlusse kommen und sagen, meine Damen und Herren, die Probleme der Wirtschaft, partiell gesehen, auch mithereinbezogen die Kohle, sind Probleme, die uns in der Steiermark im besonderen in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Wir sind hier weitaus anfälliger als andere Bundesländer, und wenn wir dafür besorgt sind, beispielsweise den Fremdenverkehr zu heben, um hier auch dort und da einen Ausgleich zu schaffen, so können wir ja kein Volk von Kellnern werden oder wir können die Bergarbeiter ja nicht zu Kellnern machen, wir müssen also auf allen Gebieten alle Anstrengungen unternehmen, miteingeschlossen unsere Landwirtschaft, unsere Forstwirtschaft, die heute auch vor Problemen steht, lieber Freund Brandl, es ist nicht so, daß wir heute

etwa in der Forstwirtschaft die rosigen Zeiten, die wir noch vor 4 oder 5 Jahren gehabt haben, wieder erhoffen dürfen. Auch hier zeigen sich also Dinge und ein gewisser Druck, vor allem auch aus dem Osten, am Sektor des Rohmaterials, die wir nicht übersehen dürfen. Wir haben also besorgt zu sein und müssen frei von politischen und dogmatischen Einflüssen versuchen, die Dinge nüchtern zu sehen und darnach zu handeln. Ich bin überzeugt, daß uns dann der Übergang auch gelingen wird. Es wäre doch gelacht, wir haben einen unerhörten Zusammenbruch erlitten und haben uns bis herauf zu einer blühenden Wirtschaft emporgearbeitet. Ich glaube auch deshalb, daß uns die Zukunft keine ernste Krise bringen wird. Ich glaube an eine gute Zukunft, nur wird es schwerer sein, die Zukunft zu bewältigen als die Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, das sei für alle gesagt, die etwa glauben möchten, daß es so über den Daumen gepeilt lustig geht, wir brauchen ja nur zu fordern, es wird dann schon irgendwo herkommen, der irrt sich ganz entsetzlich und schrecklich. Wir sind auf dem Punkt angelangt, wo es Verflachungen gibt und wir müssen froh sein, wenn es noch einen kleinen Aufstieg, vielleicht eine Zuwachs von 2 oder 3% zum Nationalprodukt gibt. Und das gilt auch für uns als Landtag, als Regierung. Wenn die Verflachung eintritt, dann ist es nicht so, daß wir mit Zunahmen von 100 Millionen Schilling und mehr Steuereinnahmen rechnen können, sondern höchstens von 20 oder 30, wenn man uns dann noch dazu etwas wegnimmt, dann werden wir weniger haben. Bitte, das alles zu beachten. Wenn wir es richtig einschätzen, auch im vornhinein richtig einschätzen, dann bin ich überzeugt, daß wir auch in Zukunft, wenn auch etwas härter, so doch gut wirtschaften werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter:** Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 7 durch das Hohe Haus, da ja 23 Redner in 7½stündiger Debatte sie ausführlich behandelt haben.

**Präsident:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer für seinen Antrag ist, möge eine Hand erheben. (Geschlecht.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

### Gruppe 8.

Berichterstatter ist Abgeordneter Karl Prenner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Karl Prenner** (Berichterstatter): Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ gliedert sich in 5 Abschnitte, das sind die Abschnitte 83 die Steirischen Landesbahnen, Abschnitt 85 Unternehmen der Verkehrsförderung, Abschnitt 86 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Abschnitt 87 industrielle und gewerbliche Unterneh-

men. In der Gruppe 8 sind Gesamteinnahmen von 15,986.500 S, das sind gegenüber dem Vorjahr um 2,222.700 S mehr. Die Ausgaben für das Wirtschaftsjahr 1963 betragen 40,148.100 S, das sind um 2,013.100 S weniger als im Vorjahr.

Im Namen des Finanzausschusses ersuche ich das Hohe Haus um Annahme und Zustimmung zur Gruppe 8.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter:** Ich verzichte.

**Präsident:** Hohes Haus! Wer mit dem Antrag des Herrn Berichtstatters einverstanden ist, wolle eine Hand erheben. (Geschieht.) Danke. Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir gehen weiter zur

#### **Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Vinzenz Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Vinzenz Lackner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, ist die Gruppe der Erfüllung aller jener Wünsche, die in den vorangegangenen Gruppen ausgesprochen wurden. Sie umfaßt 9 Abschnitte mit 14 Unterabschnitten. Einnahmen sind in der Gruppe 9 1.038,467.500 S gegenüber 988,340.400 S im Jahre 1961. Das ist ein Plus von 50,127.100 S. Dem stehen Ausgaben gegenüber von 165,400.100 S. Gegenüber 1961 ist das ein Minus von 1,084.700 S. Im Finanzausschuß wurden diese Ansätze wie alle vorangegangenen Gruppen beraten und beschlossen. In seinem Namen bitte ich das Hohe Haus um die Annahme dieser Ansätze.

**Präsident:** Abgeordneter Scheer hat sich zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Noch eine kurze Anmerkung für die Abstimmung. Den Unterabschnitt 961 bilden die Bedarfszuweisungen. Es ist dies ein Betrag von 77,209.000 S, der unseren Gemeinden in der Steiermark im kommenden Jahr zur Verfügung steht. Wir haben diesbezüglich eine Resolution eingebracht bzw. einen Antrag eingebracht, der sich damit beschäftigt, die Gemeinde Graz in Ansehung ihrer besonderen Lage als Landeshauptstadt und in Ansehung der Finanzlage dieser Stadt einen Vorzugsanteil aus diesen Bedarfsdeckungsmitteln zu gewähren. Wir haben schon in der Generaldebatte eine Anmeldung diesbezüglich gemacht. Ich darf mich hier kurz fassen und nur noch diesen Resolutionsantrag dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen, der nunmehr in der endgültigen Fassung lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, aus den Mitteln für Bedarfszuweisungen an Gemeindeverbände und Gemeinden der Stadtgemeinde Graz in Ansehung ihrer besonderen Aufgaben als Landeshauptstadt tunlichst

einen Vorzugsanteil von mindestens 10 Millionen Schilling alljährlich zuzuweisen und die verbleibenden Mittel nach dem bisherigen Schlüssel aufzuteilen.“ Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß der Antrag nunmehr in dieser Form die Zustimmung des Hohen Hauses findet.

**Präsident:** Noch eine Wortmeldung?

Abg. **Bammer** (zu einer kurzen Erklärung): Ich mache im Namen der sozialistischen Fraktion dem Landtag Mitteilung, daß die Fraktion diesem Antrag des Herrn Abg. Scheer beitrifft und ihn unterstützt.

**Präsident:** Bitte, Dr. Kaan.

Abg. **Dr. Kaan:** Namens der Österreichischen Volkspartei lege ich Wert auf die Feststellung, daß dieser Antrag ein gemeinsamer Antrag aller drei Parteien ist.

**Präsident:** Noch eine Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall. Bitte, Herr Berichterstatter.

Landesrat **DDr. Schachner-Blazizek:** Hoher Landtag! Wenn ich mich bei der Gruppe 9 als zuständiger Referent noch einmal im Rahmen der Budgetberatungen zum Worte melde, so geschieht dies weder, um Ansätze dieser Gruppe näher zu erläutern, noch will ich eine Gelegenheit suchen, um zu sonstigen in der Debatte über das Budget vorgebrachten Meinungen Stellung nehmen zu können. Ich habe vielmehr das Gefühl, daß das nicht notwendig ist, daß es nicht erwartet wird, und ich möchte mich daher eigentlich nur bedanken. Das Budget wurde in allen Stufen und Phasen seiner Entstehung, in den Verhandlungen mit den Referenten und in Verhandlungen mit der Regierung, im Finanzausschuß und auch in den Beratungen des Hohen Hauses, soweit es um die Beurteilung der Ansätze ging, wirklich sachlich und korrekt gesichtet und beurteilt. Dafür bin ich als Finanzreferent dankbar und ich bin glücklich darüber, weil ich glaube, daß damit unserem steirischen Land und seiner Bevölkerung ein guter Dienst erwiesen wurde und erwiesen wird. Ich bitte Sie, es bei dieser letzten Gruppe des ordentlichen Budgets und bei den sonstigen noch zur Abstimmung gelangenden Teilen und Anlagen des Budgets genauso zu halten.

Meine Damen und Herren! Gehen wir alle miteinander über alle Gegensätze und Schwierigkeiten hinweg mit guten Vorsätzen in das neue Jahr. Nehmen wir uns vor, daß wir unser Bestes geben und unsere ganze Kraft daransetzen wollen, um unserer steirischen Heimat zu dienen. Hoffen wir und wünschen wir, daß es ein gutes Jahr wird, daß ein gutes Jahr für die Welt und für unser Land kommt und bemühen wir uns, alles zu tun, was dazu von uns und in unserem Lande getan werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter:** Ich verzichte und bitte um Annahme.

**Präsident:** Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Das Kapitel 9 ist erledigt.

**Präsident:** Wir kommen zum Außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Abg. Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Fritz Wurm:** Hohes Haus! Der außerordentliche Landesvoranschlag sieht Ausgaben in der Gruppe 0 von 24,2 Millionen Schilling vor, die mit 6,5 Millionen Schilling gedeckt sind, Gruppe 2: Ausgaben 17,380.000 Schilling, gedeckt mit 5,8 Millionen Schilling, Gruppe 3: 14,465.000 Schilling Ausgaben, gedeckt mit 8,265.000 Schilling, Gruppe 4: Ausgaben 9,800.000 Schilling, gedeckt mit 3,900.000 Schilling, Gruppe 5: Ausgaben 48,920.000 Schilling, gedeckt mit 24,920.000 Schilling, Gruppe 6: Ausgaben 88 Millionen Schilling, gedeckt mit 82 Millionen Schilling, Gruppe 7: Ausgaben mit 21,500.000 Schilling, gedeckt mit 14,500.000 Schilling, Gruppe 8: Ausgaben von 2,8 Millionen Schilling, gedeckt mit 800.000 Schilling, Gruppe 9: Ausgaben von 29,745.000 Schilling, Einnahmen 17,745.000 Schilling. Insgesamt sind im außerordentlichen Landesvoranschlag vorgesehen Ausgaben von 256,810.000 Schilling, die gedeckt sind mit 163,640.000 Schilling. Der Finanzausschuß hat sich mit dem außerordentlichen Landesvoranschlag beschäftigt, in seinem Namen empfehle ich dem Hohen Haus, diese Ansätze anzunehmen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer von den Damen und Herren mit dem Antrag des Herrn Referenten einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zum Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge. Berichterstatter ist der Abgeordnete Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Fritz Wurm:** Hohes Haus! Der Systemisierungsplan bestimmt die Kraftfahrzeuge, die im Land Steiermark verwendet werden. Es hat sich wesentlich keine Änderung ergeben. Ich ersuche um Annahme des Systemisierungsplanes.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Fritz Wurm:** Ich verzichte.

**Präsident:** Wer von den Damen und Herren mit dem Antrag des Herrn Referenten einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zum Dienstpostenplan 1963. Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der sehr umfang-

reiche Dienstpostenplan, der den Damen und Herren des Hohen Hauses vorliegt, enthält die Dienstposten für die aus Landesmitteln besoldeten Bediensteten, insgesamt 11.020 Dienstposten. Im Jahre 1962 waren es 10.883, sohin eine Vermehrung um 137 Dienstposten. Die 11.020 Dienstposten verteilen sich auf die Allgemeine Verwaltung 2770, gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um 46½ Dienstposten, Landesanstalten, Schulen, Betriebe und Einrichtungen 2274 Dienstposten, eine Verminderung von 33½ Dienstposten, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten 5215 Dienstposten, eine Vermehrung von 122, und die Wirtschaftsbetriebe 761 Dienstposten, eine Vermehrung plus 2. In der Allgemeinen Verwaltung ist die Vermehrung der Dienstposten vor allem auf die Überstellung von 4 Dienstposten aus der Gruppe 4 „Schülerausweisungsstätten“ und aus der Überstellung von 20 Dienstposten der Handwerksbetriebe in die Gruppe 0 zurückzuführen. Bei den Bezirkshauptmannschaften einschließlich der Bezirksforstinspektionen ist eine Erhöhung um 6½ Posten erforderlich, beim Landesbauamt eine Vermehrung um 2 Dienstposten, bei den Landesanstalten, Schulen, Betrieben und Einrichtungen ist eine Verminderung um 33½ Dienstposten festzustellen, vor allem durch die Übertragung von 24 Dienstposten aus Handwerksbetrieben und Kinderausweisungsstätten in die Gruppe 0. Die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten weisen die stärkste Vermehrung an Dienstposten aus. Diese Vermehrung ist zum Teil mit dem Ansteigen des Bettenbelages, organisatorischen Umstellungen, Neueinrichtungen, beispielsweise Fürsorgeheim Radkersburg, die gynäkologische Abteilung des Landeskrankenhauses Leoben usw. begründet. Die Wirtschaftsbetriebe weisen eine Vermehrung von 2 Dienstposten auf, ein Dienstposten bei den Landesbahnen und ein Dienstposten bei den Steiermärkischen Landesforsten. Das Gesamtpersonalerfordernis für die aktiven Bediensteten beträgt 434,693.300 Schilling und das Erfordernis für Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger 75,959.500 Schilling, die im Voranschlag vorgesehenen Verstärkungsmittel 8,400.000 Schilling, so daß sich für das Jahr 1963 ein Gesamtpersonalaufwand von 519,052.800 Schilling ergibt; gegenüber dem errechneten Aufwand des Jahres 1962 in der Höhe von 496,774.600 Schilling ist dies eine Erhöhung um 22,278.200 Schilling, das sind rund 4,5%.

Der Finanzausschuß hat sich mit dem Dienstpostenplan 1963 als Anlage 2 zur Gesetzesvorlage über den Landesvoranschlag befaßt und habe ich die Ehre, dem Hohen Hause die Annahme des Dienstpostenplanes zu empfehlen.

**Präsident:** Wortmeldung liegt nur eine einzige vor, und zwar des Herrn Landeshauptmannes Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann **Krainer:** Ich möchte zum Dienstpostenplan einige Bemerkungen machen, auch als zuständiger Referent. Wir haben nun die Elftausender-Grenze um zwanzig Posten überschritten, d. h. wir haben also im Lande Steiermark 11.020 Bedienstete für das kommende Jahr vorgesehen. Es ist dies eine Vermehrung, wie schon der

Berichterstatter gesagt hat, um 137 Dienstposten in der Gesamtheit, davon allein 122 in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, und nur um 15 in der Allgemeinen Verwaltung und in den übrigen Einrichtungen. Wir sehen immer wieder, daß wir in unserem Gesundheitsdienst, in unserem Kranken- und Heilanstalten zusätzlich Personal brauchen, weil wir ja zusätzlich Betten schaffen. Dazu kommt noch die bevorstehende Inbetriebnahme des Fürsorgeheimes in Radkersburg. Auch aus diesem Grunde wurde eine Vermehrung notwendig. Die Tatsache sagt uns aber auch, daß wir hier für die Zukunft sparsam und noch einmal sparsam sein müssen, wir haben nämlich schon mehr als ein Drittel, nämlich 34% unseres Gesamtbudgets Personalkosten. Ich will das unterstrichen wissen, weil die Aufgabe des Landes nicht allein darin bestehen kann, daß wir Personal halten, wie sehr wir wohl wissen, daß unsere Beamten und Bediensteten auch Bedeutendes leisten. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Einrichtungen, der öffentlichen Verwaltung brauchen wir einen Apparat und wir können uns glücklich schätzen, daß wir einen guten Apparat, wir können sogar sagen, einen erstklassigen Apparat haben, mit tüchtigen und sauberen Beamten. Wir haben Gott sei Dank im heurigen Jahr kaum einen Fall überhaupt zur Kenntnis erhalten, von dem wir sagen könnten, hier ist es nicht sauber zugegangen. Wir haben fleißige und tüchtige Beamte, alle Referenten haben ihren Beamten und Abteilungen gedankt. Ich glaube aber, wir müssen für die Zukunft genauso wie in der Wirtschaft vorausschauen, vorsichtig sein. Genauso, wie wir in der Wirtschaft eine gewisse Abflachung feststellen, dürfen wir diese Dinge nicht übersehen, weil sie selbstverständlich Auswirkungen auf unser Budget und unseren Bedienstetenstand haben könnten. Ich hoffe nicht, daß wir durch die Budget-Politik des Bundes und etwa durch Abzüge in unserem künftigen Finanzausgleich gezwungen sein würden, sehr hart zu sparen. Meine Damen und Herren, es muß unser Bestreben sein — es war dies bisher immer das Bestreben aller Parteien —, daß wir selbstverständlich unseren Apparat brauchen, daß wir aber ein gutes Verhältnis zu diesem Apparat, zu unseren Beamten, zu unseren Vertragsbediensteten, ganz gleichgültig, ob sie Straßenwärter, Krankenpfleger, Ärzte, Ingenieure oder Juristen sind, haben müssen. Das war immer unser Bestreben. Aber nicht allein die Beamten können es sein, nicht allein das Etat der Personalkosten kann es sein, sondern wir müssen fördern und die wirtschaftlichen Impulse intakt halten, vor allem, wenn wir mit geringeren Steuererträgen rechnen müssen. Auch wir haben hier ebenso wie die Gemeinden die Aufgabe, tätig zu sein, zu investieren, zu fördern, Straßen zu bauen, den Fremdenverkehr zu fördern, der an Bedeutung immer zunimmt, die Landwirtschaft zu fördern, weil gerade im Hinblick auf einen gemeinsamen Markt wir hier auf allen Bereichen der Wirtschaft es notwendig haben, gezielte Einflußnahmen durchzuführen, die aber nur möglich sind, wenn wir Geld haben. Und auch die Beamten und Bediensteten werden nur dann glücklich sein können, wenn alle im Lande beschäftigt sind. Darauf dürfen wir nie vergessen. Es darf nicht

so sein, daß etwa tausend Arbeitslose auf Arbeit warten und hereinzeigen in unsere Büros, „da schaut, wie gut es denen geht“. Ich glaube auch, es ist notwendig, zu sagen, daß wir selbstverständlich intern nicht allen Wünschen nachkommen können, die an uns gestellt werden. Wir haben z. B. nicht weniger als die Forderung nach 15 neuen achten Dienstklassen, verbunden auch natürlich mit dem Titel „Hofrat“. Meine Damen und Herren, ich vergönne jedem tüchtigen und braven Mann nicht nur den Titel, sondern vor allem die Dienstklasse. Aber wir können uns einen solchen Zustand leider nicht leisten. Wir können sonst den Förderungswünschen, die immer wieder an uns herangetragen werden, nicht nachkommen. Wir können nur nach den Richtlinien, und zwar streng nach den Richtlinien vorgehen. Warum? Ja weil wir eine Massen-Bedienstetenschaft von 11.020 haben, und wenn wir hier irgendwo abweichen, auch nur um einen oder zwei Monate, dann kommen nicht nur die Kollegen und sagen, „da schau, der wohl und andere nicht“, sondern auch die Bediensteten selbst — ich will nicht sagen, daß sie mit Fingern zeigen — und bringen in Briefen und in Vorsprachen zum Ausdruck, warum wohl der und nicht auch ich. Hier gilt ja im besonderen das alte Sprichwort, „Zuschauen kann ich nicht“. Ich bitte um das Verständnis unserer Beamtenschaft und unserer Bediensteten in diesen Fragen. Ich weiß, daß es dort und da besser geht; bei der Gemeinde Graz ist man also nicht so streng wie bei uns, aber es wird sich schon in gar nicht so langer Zeit zeigen, wie sich die Dinge letztlich auswirken. Und wenn wir sparsam sind, denken wir auch an unsere Beamten und Bediensteten, weil wir nicht den Zustand haben wollen, daß wir vielleicht in einer späteren Zeit die Gehälter nur mehr alle 14 Tage auszahlen könnten, oder weil wir nicht wollen, daß wir gar reduzieren müßten. Wir und der Finanzreferent müssen hier Vorsorge treffen, daß er mindestens ein Monats-Etat auf der Kante liegen hat, damit es bei der Auszahlung nicht notwendig ist, zur Bank zu gehen und dort das Geld zu leihen. Sparsam müssen wir sein, das darf ich für uns in Anspruch nehmen. Wir werden, wo wir können, gerne helfen.

Es ist eine Reihe von Wünschen, vor allem vom Abg. Schlager, aufgestellt worden. Ich möchte darauf verweisen, daß wir nicht nur nach unseren Gesetzen und Richtlinien vorgehen, nach dem Gehaltsgesetz und den Beförderungsrichtlinien, sondern daß wir natürlich auch zusätzlich bemüht sind, unserer Beamtenschaft entgegenzukommen. Wir haben die Geburtsbeihilfen, das ist Ihnen ja nicht unbekannt, sie sollen im kommenden Jahr erhöht werden, wir haben Beihilfen für Eheschließungen, sie sollen ebenfalls im kommenden Jahr erhöht werden, wir haben Beihilfen für Mittelschüler, wir haben Beihilfen für die Hochschüler unserer Beamtenschaft. Es ist nicht so, daß wir nur stur und streng nach den Gesetzen vorgehen. Wir haben auch im heurigen Jahr um eine Million zusätzlich einen Betrag im Budget eingesetzt, damit die Personalvertretung die Möglichkeit hat, auch so bei kleinen Dingen ein bißchen mitzuhelfen, den Menschen eine Freude zu machen und den Gemeinschaften in den Abteilungen und Betrieben mit einigen Schillingen

beizustehen. Das soll kein Betteln sein oder als das ausgefaßt werden, oder als eine Gabe, die man halt so scheinbar gibt, sondern dies soll die Kameradschaft innerhalb der Bediensteten heben und hier seine gute Wirkung tun. Schauen Sie, auch muß gesagt werden, daß wir gerade in der Förderung der Wohnbeschaffung, in der Förderung des Eigenheimbaues wirklich beachtliche Vorschüsse, zinsfreie Vorschüsse gewähren und daß wir diese Beträge auf 25.000 S erhöhen, das sind immerhin für das kommende Jahr beachtliche und schöne Leistungen. Es ist also nicht so, daß wir nicht wollen, aber wir haben eine strenge Auffassung in der Richtung, daß wir sagen, das können wir, das wollen wir vertreten, wir könnten vielleicht im Zeitpunkt momentan noch etwas mehr tun, aber wir müssen auch an das Morgen denken. Und dann, bitte, in diesem Zusammenhang, bei allem Lob und aller Anerkennung unserer Bediensteten und Beamten: Schauen Sie, es wird nie anerkannt, und das beklage ich, es wird nie anerkannt, ich sage das ausdrücklich, die Vorzüge, die ein Beamter genießt. Nicht nur, daß er ein freier Mann ist, ein unabhängiger, wenn er definitiv ist, daß ihn niemand entfernen kann, wenn er nicht gestohlen hat, er hat sein Gehalt, er hat seine Pension, und auch seine Familie ist versorgt, wenn er bei uns einmal eingetreten ist. Er hat für sein Leben ausgesorgt. Ich verstehe, daß man in dieser Zeit des Materiellen hinausblickt und hinüberblickt und sagt, ja dort habe ich viel mehr. Ja, ich kenne einige, die das vor 10 Jahren gesagt haben und jetzt reumütig zurückkehren, weil sie bald 40 Jahre alt sind und sagen, es ist doch ein schönes Haus, in dem wir bis zu unserem Lebensende wohnen möchten. Übersehen Sie nicht, daß es bei uns keine Stoppuhr gibt, und übersehen Sie nicht, meine Damen und Herren, daß es bei uns kein Fließband gibt. Und wenn sie beispielsweise wegen der Dienstzeit Wünsche haben, ja, aber zuerst müssen sie sich selbst einigen, wobei ich sage, wir sind da, vor allem um zu dienen! (Abg. Schläger: „Sind wir auch!“) Ich habe nicht gesagt, daß das nicht der Fall ist. Wir sind da, um zu dienen, weil der Teil der steirischen Bevölkerung, die Beamte und Bedienstete unseres Landes sind, sind 11.020 von 1.137.000 Menschen. Und wenn wir zu einer Fünftage-Woche kommen, würden wir nur nicht eine ungestüme Zeiteinteilung zur Kenntnis nehmen, weil wir zuerst unsere Arbeit, unsere Aufgaben erfüllen müssen. Das steht an der Spitze. Da müssen wir aber Rücksicht nehmen, vor allem draußen in den Bezirkshauptmannschaften. Meine Damen und Herren, der Forstarbeiter aus irgendeinem Graben des Ennstales oder des Murtales, dem muß ich zubilligen, daß er auch am Samstag seinen Führerschein, seinen Jagdschein, seine Fischerkarte oder was er sonst braucht, seinen Paß etwa, bei der Bezirkshauptmannschaft beheben kann. Ja, aber es ist nicht so leicht, zwischen den Amtsstellen draußen und in der Zentrale verschiedene Dienstzeiten festzulegen. Es ist gar nicht so einfach, wie das so von außenher irgendwie aussieht. Ich bitte dabei auch zu bedenken, daß wir immer irgendwo auch noch als Landesverwaltung lebensnahe bleiben müssen und daß das Wirken des Landtages, der Landesregierung davon abhängt, ob wir gutgesinnte, wil-

lige, den Menschen helfen wollende Beamte oder Bedienstete haben oder nicht. Wir haben auch bei der Dienstzeit darauf Rücksicht zu nehmen. Ich möchte davor warnen, sich selbst zu verniedlichen, sich selbst als Beamter so hinzustellen, als wäre es kaum auszuhalten. Auch das kommt vor. Mir hat vor kurzem ein Bezirkshauptmann, der auch schon Hofrat ist, sagen lassen, wieviel er schon in der Steiermark verloren hat im Vergleich dazu, wenn er ein niederösterreichischer Bezirkshauptmann wäre. Bitte sehr, es steht ihm frei, nach Niederösterreich abzuwandern. Aber eine so künstliche Unzufriedenheit zu züchten, nämlich das, was die Niederösterreicher beispielsweise nicht gespart haben in den vergangenen 10 Jahren, das müssen sie jetzt aufholen, weil sie einfach einen Personalbedarf, der an die 40% des Budgets heranreicht, nicht vertragen können. Wir haben uns nie in solche Irrungen vergangen. Wir sind immer auf dem Boden der Wirklichkeit geblieben. Und sehen Sie, ich will nicht, daß die Beamten sich selbst sagen, sie seien nicht in der Stellung, die ihnen zusteht. Im Gegenteil, wir wünschen, daß der Beamte ein Berufsethos hat, daß der Beamte auch stolz ist auf seine Aufgabe. Wir wollen, daß er als Beamter anerkannt ist. Und wenn er das will, dann ist er eben nicht einer, der dort draußen irgendwo steht, wenn er auch besser verdient in der Privatindustrie oder sonst irgendwo.

Ich schließe, meine Damen und Herren, mit dem Dank an alle, mit dem Dank an die Getreuen, die immer da sind, die uns immer zur Seite stehen in den Abteilungen, in den Büros. Ich danke denen, die draußen stehen, die auch keine Zeit scheuen und kein Wetter scheuen, um Dienste für dieses Land zu leisten, um dem Autofahrer das Fahren zu ermöglichen oder um den Kranken oder den in Lebensgefahr Befindlichen zu helfen, oder, ob es der Tierarzt ist dort oder da, oder wer immer es ist, der Ingenieur, ich weiß, ich anerkenne, daß sie wirklich große Leistungen vollbringen. Allen danke ich, ebenso wie unseren Portieren, genauso dem Hofrat, genauso dem Leiter der einen oder anderen Abteilung. Wir wollen ein gutes Verhältnis sein. Es ist ja nicht unser Geld. Wir verwalten ja genauso ihr Geld, Steuergeld. Und wenn wir sparsam sind, dann ist es nicht gezielt auf irgend jemanden, sondern dann ist es eben ein Prinzip. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, und ich darf Ihnen auch sagen, gerade im Zusammenhang mit unserer Regierungsarbeit ist es am Schlusse dieser Budgetdebatte, glaube ich, angebracht, zu sagen: Es gibt natürlich immer wieder Gegensätze zwischen den Parteien, hier im Landtag, auch in der Regierung. Aber es hat, und dafür danke ich dem Herrgott und allen, die hier tätig sind und mitwirken, es hat noch kein Problem gegeben, wo wir nicht eine Lösung gefunden hätten. Und sehen Sie, ich glaube, das muß unser Ziel sein, als Ziel für die Arbeit und als Aufgabe für dieses Land. Schauen Sie, die Demokratie hat bei uns Platz und kann sich wirklich reichlich austoben, möchte ich fast manchmal sagen, sie hat also reichlich Platz für ihren Bereich und auch jedes Talent kann sich also hier auswirken. Ich glaube, das ist gut so. Wir

sollen immer wissen, wir gehören ja letzten Endes alle zusammen. Dieses Land, diese steirische Heimat gehört uns allen. Sie kann nicht geteilt werden, diese steirische Heimat, in Parteien, sie kann nicht geteilt werden in Konfessionen, sie kann nicht geteilt werden in geistige Bereiche, d. h. geistig aufgespalten werden. Wir sind nun einmal in einer pluralen Gesellschaft. Wir sollen uns immer bewußt sein, wir haben viel zu bewahren, wir haben viel zu erhalten, wir haben viel zu entwickeln. Es ist uns gelungen in den vergangenen Jahren, durch fruchtbares gemeinsames Wirken und Arbeiten, diese Heimat schöner zu gestalten, und das soll ja immer wieder die Aufgabe dieses Landtages, die Aufgabe der Regierung, die Aufgabe der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sein. Und ich darf mit den besten Wünschen, mit dem besten Dankeschön und mit den besten Wünschen für das kommende Jahr und für ein gesegnetes Weihnachtsfest allen sagen: Fahren wir weiter in der Form des Arbeitens, des Denkens und des Sorgens für alle Steirer und für unsere steirische Heimat! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt uns nicht vor. Wir können daher abstimmen. Wer von den Damen und Herren mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich um ein Händezeichen. (Geschieht.) Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir haben noch über die Abänderungs- und Beschlußanträge des Finanzausschusses, Beilage 41, und den Gesetzestext mit den Sondervorschlägen abzustimmen. Da in der Beilage 41 auch eine Abänderung des Gesetzestextes enthalten ist und die Beschlußanträge unbestritten sind, schlage ich vor, über die Beilage 41 und den Gesetzestext mit den Sondervorschlägen in einem abzustimmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Bitte, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hohes Haus! Ich möchte Sie nur insofern aufmerksam machen, daß in dem abgezogenen Heft für Berichte zwei Korrekturen erforderlich sind. Auf der Seite 6 zur Gruppe 4 ist ein Antrag verzeichnet, der den Zivilschutz betrifft. Es müßte richtig heißen: „Gruppe 1.“ Und auf der Seite 7 zur Gruppe 5 ein Antrag einer Novelle zum Blindenbeihilfengesetz. Es muß richtig heißen: „Zur Gruppe 4.“ Ich bitte, diese Korrekturen zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident:** Das ist lediglich eine Korrektur. Das Hohe Haus ist mit der Durchführung dieser Korrektur sinngemäß einverstanden. Es wird kein Einwand erhoben zu dem, was ich vorher sagte. Ich ersuche die Abgeordneten, die den in der Beilage 41 enthaltenen Abänderungs- und Beschlußanträgen und dem Gesetzestext mit den Sondervorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Beilage 41 und der Gesetzestext sind angenommen.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß damit zeitgerecht die gesetzliche Grundlage für die Gebahrung des Landes im kommenden Jahr geschaffen wurde. Ich danke dem Herrn Finanzreferenten,

Herrn Dr. Schachner-Blazizek, und den zuständigen Beamten für ihre wirklich anerkanntswerten Bemühungen um dieses große Zahlenwerk. Aber auch den übrigen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, besonders den Mitgliedern des Finanzausschusses gilt mein Dank für die Sachlichkeit, mit der die Beratungen im Ausschuß und im Hause abgeführt wurden.

Eingebracht wurden noch zwei Anträge, und zwar der Antrag der Abgeordneten Scheer, Dr. Stephan, DDr. Hueber, Bammer, Ileschitz, DDr. Stepantschitz, Stöffler, betreffend Vorzugsanteil für die Stadtgemeinde Graz. Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan, Scheer und Dr. Hueber, betreffend die Novellierung der Wahlordnung für die Kammer für Land- und Forstwirtschaft. Da dieser Antrag nur von drei Abgeordneten unterfertigt ist, muß ich die Unterstützungsfrage stellen. Ich ersuche daher die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützungsfrage ist bejaht. Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Wir gehen nun zu den übrigen Tagesordnungspunkten über.

**2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 194, über die kostenlose Überlassung eines Teilgrundstückes des landeseigenen Besitzes, EZ. 269, KG. Andritz, im Ausmaß von 2450 m<sup>2</sup> und der Begründung eines Baurechtes auf diesem Teilgrundstück für die Osterreichische Wohnbaugenossenschaft, Graz, Leonhardstraße 76, zur Errichtung eines Personalhauses für Landesbahn-Bedienstete.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**DDr. Stepantschitz:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es soll vom Land Steiermark der Osterreichischen Wohnbaugenossenschaft ein Grund überlassen werden zur Errichtung eines Baurechtes, damit dort Wohnungen für Bedienstete der steiermärkischen Landesbahnen errichtet werden können. Ich darf bitten, im Sinne des Antrages zuzustimmen.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Wir können abstimmen. Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 200, über die Bemessung des Ruhegenusses des Pflegers in Ruhe Franz Luksch unter Zugrundelegung des Gehaltes, den dieser bei einer Überstellung in die Verwendungsgruppe C mit Wirksamkeit ab 1. Dezember 1960, mit Ende des Jahres, in dem er das 65. Lebensjahr vollendet hat, erlangen würde.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 200, hat die Bitte des ehemaligen Pflegers der Landes-Heil- und Pflegeanstalt am Feldhof um nachträgliche Überstellung in die Verwendungsgruppe C zur Grundlage. Luksch wurde im Jahre 1947 von einem Geisteskranken durch drei Hiebe am Kopf schwer verletzt und mußte als Folge dieser erlittenen Verletzungen vorzeitig pensioniert werden. Luksch wurde nach der Dienstklasse 3 der 7. Gehaltsstufe, Verwendungsgruppe D, pensioniert. Sein Ruhegehalt beträgt 2154 S. Luksch wäre, wenn nicht eine vorzeitige Pensionierung hätte Platz greifen müssen, mit 1. Dezember 1960 auf einen Dienstposten der Verwendungsgruppe C überstellt worden. Es liegt auch ein diesbezüglicher Beschluß der Landesregierung vom 7. November 1960 vor. Der Ruhegehalt würde nach der 4. Gehaltsstufe der Dienstklasse 4 der Verwendungsgruppe C monatlich 2495 S betragen, daher sich eine Differenz von monatlich S 341'20 ergeben. Der Finanzausschuß hat sich mit der Regierungsvorlage in seiner letzten Sitzung befaßt und stellt den Antrag, „der Hohe Landtag wolle beschließen, dem Pfleger Franz Luksch mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1960 die Bemessung des Ruhegehaltes unter Zugrundelegung jenes Gehaltes, den er bei Verbleib im Dienststand mit Ende des Jahres, in dem er das 65. Lebensjahr vollendet, und bei Überstellung in die Verwendungsgruppe C mit Wirkung vom 1. Dezember erlangt hätte, zuzuerkennen.“

**Präsident:** Hohes Haus! Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage 38, Gesetz, mit dem das Fremdenverkehrsinvestitionsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus! Die Beilage 38 ist Ihnen bekannt. Der Finanzausschuß hat sich sehr ausführlich damit beschäftigt. Ich bin beauftragt, in seinem Namen das Hohe Haus zu ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Hohes Haus! Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 213, über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Geschäftsjahr 1961.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bammer:** Hohes Haus! Die Landes-Hypothekenanstalt hat entsprechend ihren Satzungen jährlich der Landesregierung über ihre Geschäftsge-

barung und den Wirtschaftserfolg zu berichten. Dies ist geschehen mit einer Anlage, die einen Bericht des Kontrollorgans für diese Hypothekenanstalt umfaßt. Ich darf Sie bitten, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Bediensteten der Landes-Hypothekenanstalt für ihre erfolgreiche Arbeit den Dank auszusprechen.

**Präsident:** Wer von den Abgeordneten dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

**6. Mündlicher Bericht des Kontrollausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 214, über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1958.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wurm:** Die Steiermärkische Landesregierung legt nach den Bestimmungen des § 32 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Jahr 1958 vor. Das erste Mal wurde dem Finanzausschuß ein Rechnungsabschluß vorgelegt, der wohl vom Rechnungshof überprüft wurde, dem jedoch ein Bericht des Rechnungshofes nicht beiliegt. Wir haben bei der Landesbuchhaltung nachgefragt und die Landesbuchhaltung teilt uns mit: „Der von der Landesbuchhaltung termingemäß fertiggestellte und sodann in Druck gelegte Rechnungsabschluß für das Jahr 1958 wurde dem Rechnungshof zwar mit 31. Juli 1959 übermittelt, und der Rechnungshof hat die Landesgebarung des Jahres 1958 in der Zeit vom 17. August 1959 bis 4. September 1959 an Ort und Stelle auch überprüft, doch wurde ein Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung der Steierm. Landesregierung bis heute nicht zugefertigt. Auf die zweimalige schriftliche Erinnerung durch die Steierm. Landesregierung am 26. Oktober 1960 und am 20. Jänner 1961 hat der Präsidialvorstand des Rechnungshofes, der auch der Leiter der Prüfungsgruppe des Rechnungshofes war, mit Schreiben vom 23. Jänner 1961 mitgeteilt, daß der Bericht des Rechnungshofes in Verstoß geraten, nunmehr aber doch fertiggestellt sei und der Steierm. Landesregierung in nächster Zeit zugehen werde. Er ist jedoch, wie erwähnt, bis heute nicht eingelangt. Auf weitere schriftliche Erinnerungen vom 19. Dezember 1961 und vom 28. März 1962 hat der Rechnungshof der Steiermärkischen Landesregierung keine Antwort mehr erteilt. Da inzwischen die Gebarungsprüfung über die Jahresabrechnung für 1959 und 1960 in der Zeit vom 13. November 1961 bis 15. Dezember 1961 durch den Rechnungshof stattgefunden hat und der Rechnungshof hierüber der Steiermärkischen Landesregierung mit Schreiben vom 7. Oktober 1962 seinen Bericht an den Steiermärkischen Landtag zugefertigt hat, ohne auf das Überprüfungsergebnis für die Jahresabrechnung 1958 einzugehen, hat sich die Steierm. Landesregierung entschlossen, den Rechnungsabschluß 1958 auch ohne Rechnungshofbericht in den Steierm. Landtag ein-

zubringen. Im Bericht wird angeführt, und zwar der Kassabeschluß, die Gesamtübersichten, die Haushaltsrechnung, die Haushaltsrechnung für den außerordentlichen Haushalt, die Erfolgsrechnungen der Finanzgebarung, der Rechnungsabschluß der Sondervermögen, die Nachweisungen zum Rechnungsabschluß. Der ordentliche Haushalt sieht Ausgaben vor in der Höhe von 1.178.724.024 S, Einnahmen in der Höhe von 1.178.292.313 S. Der außerordentliche Haushaltsplan sieht vor Ausgaben in der Höhe von 38.520.177 S und Einnahmen in der Höhe von 68.579.373 S. Namens des Kontrollausschusses, der sich mit der Vorlage beschäftigt hat, ersuche ich um Annahme des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1958.

**Präsident:** Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 191, über die Erhöhung des Pauschales der Abgeordneten des Steierm. Landtages für die Benützung der Kraftfahrlinien mit Wirkung vom 1. Jänner 1962.**

Berichterstatter ist Abgeordneter **Bammer**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hohes Haus! Das Kraftfahrzeugpauschale für die Abgeordneten zum Landtag wurde zuletzt mit 1. Jänner 1954 mit dem Betrag von 175 S monatlich festgelegt. Durch inzwischen sich ergebende Änderungen in den Benützungstarifen der Kraftfahrzeuge ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer Neufestsetzung dieses Betrages. Die Vorlage und damit der Antrag der Landesregierung sieht vor, daß mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 dieses Kraftfahrzeugpauschale monatlich mit 350 S festgelegt wird. Ich darf Sie bitten, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Hohes Haus, wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 221, über die Bedeckung außer- und überplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1962 in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1962.**

Berichterstatter ist Abgeordneter **Hans Bammer**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hohes Haus! In Durchführung der Beschlüsse über den Landesvoranschlag ergibt sich immer wieder die Notwendigkeit für die Regierung, außer- und überplanmäßige Ausgaben während des Jahres zu beschließen und um die nachträgliche Genehmigung durch den Hohen Landtag anzuschauen. Es sind über Wunsch des Finanzausschusses nunmehr die außerplanmäßigen

und überplanmäßigen Ausgaben zusammengefaßt worden und liegen den Abgeordneten für den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres als Beilage zur Vorlage, Einl.-Zl. 221, vor. Der Gesamtbetrag dieser außer- und überplanmäßigen Ausgaben für diesen Zeitraum von 10 Monaten beträgt 25.527.041 S. Die Bedeckung erfolgt durch teilweise Einsparung bei anderen Posten, durch Mehreinnahmen und Änderungen in den Ausgaben und Einnahmen bei verschiedenen anderen Vorschlagsposten, wie bereits erwähnt, sowohl aus der Betriebsmittelrücklage. Ich darf Sie ersuchen, diesem Antrag auf Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Ausgaben im Gesamtausmaß von 25.527.041 S für den Zeitraum der ersten 10 Monate dieses Jahres die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Die Damen und Herren des Hohen Hauses haben den Antrag des Berichterstatters vernommen. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.) Danke. Angenommen.

**9. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage 62, Gesetz, mit dem die Gemeindevahlordnung Graz 1957 abgeändert und ergänzt wird. (Gemeindevahlordnungsnovelle Graz 1962).**

Berichterstatter ist Abgeordneter **Zinkanell**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Zinkanell:** Hohes Haus! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich ausführlich mit der gegenständlichen und Ihnen bekannten Vorlage befaßt und stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle das in der Beilage 62 enthaltene Gesetz mit folgenden Änderungen beschließen. Die Änderungen sind Ihnen ebenfalls bekannt. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. **Kaan**. Ich erteile es ihm.

Abg. **Dr. Kaan:** Die Ihnen vorliegende Änderung betrifft die Einführung der Möglichkeit der Reihung und Streichung auf dem Stimmzettel. Diese Änderung entspricht den Möglichkeiten, die auch bei der Wahl in die anderen gesetzgebenden Körperschaften vorhanden ist. Es war also ein Gebot der Angleichung an die Wahlordnungen, die ja auch in den übrigen Teilen dieser Novelle enthalten sind. Die Österreichische Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß ungeachtet der technischen Schwierigkeiten, die der Reihung und Streichung entgegenstehen, dieser Gedanke aufrechterhalten werden soll, da er schließlich überleitet zu dem, was viele, wahrscheinlich auch von den anderen Parteien, als eine zweckmäßige Änderung ansehen würden, nämlich den Übergang zu einem gelockerten Wahlsystem oder einem Personalwahlsystem. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Ich bitte daher die Damen und Herren, die mit dem An-

trag des Herrn Berichtstatters einverstanden sind, um ein Händezeichen (Geschieht.) Danke. Angenommen.

Wir haben die heutige Tagesordnung erledigt. Ich erlaube mir, den Mitgliedern der Steierm. Landesregierung und allen Abgeordneten und im Namen des Landtages der ganzen steirischen Bevölkerung ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie Gesundheit und viel Glück im Neuen Jahr zu wünschen. Dieser Wunsch, sowohl für die kommenden Feiertage als auch für das kommende Jahr, der gilt für alle, die uns am nächsten stehen, das sind unsere Mitarbeiter, und da möchte ich besonders unsere Stenographen und die Helfer, die wir brauchen, da-

mit wir uns gegenseitig auch dann im gedruckten Wort verständlich machen können, besonders danken. Sie haben jetzt einige sehr schwere Tage gehabt, aber wir haben es gemacht, nicht wahr? Und dann das übrige brauche ich nicht wiederholen. Wir werden uns immer gut verstehen, wenn wir die nötige Zeit aufbringen, um alles das zu besprechen, was uns interessiert im Interesse unseres ganzen Landes.

Die nächste Landtagssitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Schluß der Sitzung 15 Uhr.